

NOVEMBER 1980

NEUE ZEIT

48

Abgeschrieben
aus dem Bestand der Bibliothek

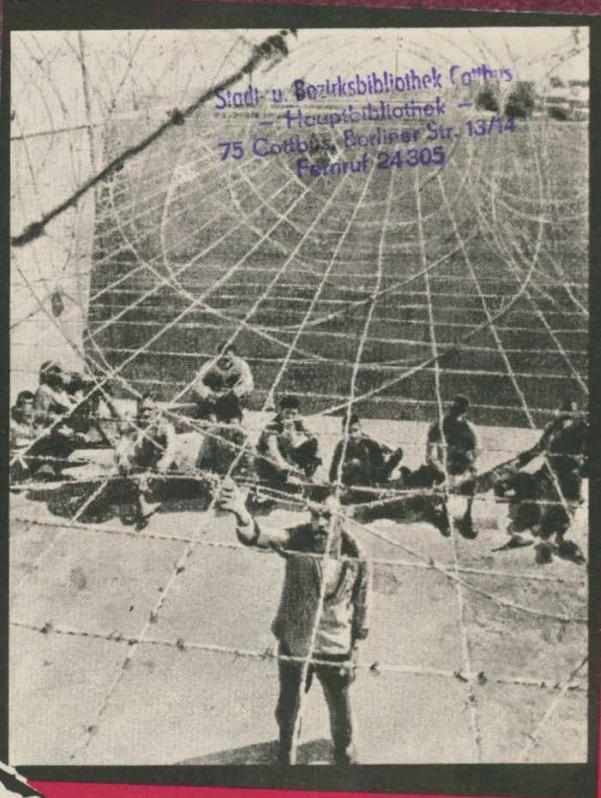


Datum

Unterschrift des Leiters

WOCHENSCHRIFT FÜR POLITIK

UNBEUGSAME PALÄSTINENSER



Stadt- u. Bezirksbibliothek Cottbus
- Hauptbibliothek -
75 Cottbus, Berliner Str. 13/14
Fernruf 24305

PSF-77

7500-9101

BIBLIOTHEK-BEZ

14159-48 123 678 190



Das „Swetlana“-Sanatorium, ein modernes Gesundheitszentrum

SOWJETUNION IM BILD

Die Sorge um Leben und Gesundheit der sowjetischen Menschen steht im Mittelpunkt des Wirkens von Partei und Regierung. Davon war insbesondere auf dem Oktoberplenum (1980) des ZK der KPdSU die Rede. Das umfassende Sozialprogramm, das in der UdSSR verwirklicht wird, sieht den Bau neuer Sanatorien, Erholungsheime und Hotelpensionate vor.

Das kardiologische Kinder-sanatorium „Swetlana“ in

Moskau, das in diesem Jahr die ersten Erholungsuchenden aufnahm, gehört zu den neuen Objekten. Die kleinen Patienten (zwischen 4 und 7) erholen sich hier zusammen mit ihren Eltern. Solche Sanato-riien und Erholungsheime für Mutter und Kind werden in der Sowjetunion immer beliebter.

Das „Swetlana“-Sanatorium liegt neben einem Waldmas-siv im Nordteil der Hauptstadt. Es ist mit modernen Diagnose- und Therapiegeräten ausgerüstet. In den Behandlungs-



Die Erzieherin Larissa Koplewa



Mama hat noch zu tun...



Wie viele interessante Bücher gibt es hier!



Im Behandlungsräum für Elektroschlaftherapie

Fotos: I. Sotin

Kleine Wasserratten

räumen für Elektroschlafthera-pie, im Inhalationszimmer, in den Bassins und Räumen für Wasserkuren absolvieren die jungen Patien-ten ihre Prozeduren. In Zirkeln und Musikzimmern lernen die Kinder zeichnen, singen und fertigen Bastelar-beiten aus natürlichem Mate-rial an. Und dann können sich die Kleinen in den Spielzim-mern austoben, wo jeder sein Spielzeug findet. Die Tierecke, die „Insel der Märchen“ und der Park sind bei den Kindern besonders beliebt.

Für die Eltern werden Vor-träge und Gespräche, Aus-flüge und Konzerte in der Aula veranstaltet. In der Bibliothek finden Kinder wie Erwachsene intere-ssante Bücher und Zeitschriften. Der Aufenthalt der Eltern und der Kinder wird von der Gewerkschaft vollständig oder zu 70 Prozent gefragt.

DIE GERECHTE SACHE DES VOLKES VON PALÄSTINA

Nicht viele Völker müssen heute so schweres durchmachen wie das Volk Palästinas. Mehr als eine Million Palästinenser leben unter dem Joch der israelischen Okkupation, weitere fast drei Millionen mußten in arabische und andere Länder fliehen. Doch ist das Flüchtlingslos bitter, die fast im ganzen Nahen Osten verstreuten Lager der palästinensischen Flüchtlinge geben eine Vorstellung davon. Dort sind inzwischen Kinder großgeworden, ist eine neue Generation herangewachsen. Aber das Schicksal der Söhne ist nicht besser als das der Väter. Mehr noch, die palästinensische Emigration hört nicht auf: 1948, 1967 und schließlich unserer Tage, da sich aus Südalbanon, das von israelischen Flugzeugen und Kanonen zerstört wird, eine neue Flüchtlingswoge ergießt.

Die Ursachen der palästinensischen Tragödie liegen an der Oberfläche des politischen Lebens von heute. Erstens ist es die expansionistische Politik der israelischen Machthaber, die die legitimen Rechte des arabischen Volkes von Palästina verletzen, ja seine nationale Existenz leugnen. Zweitens ist es die Unterstützung, die die zionistischen Kreise des Westens, und unter ihrem Einfluß die USA, dieser Politik erweisen. Drittens ist es der verräterische Kurs der heutigen ägyptischen Führung, die die Rechte der Palästinenser, wie Yasser Arafat einmal bemerkte, „für eine Handvoll Sinai-Sand“, die ihnen nach dem Abkommen von Camp David versprochen wurde, verkaufte. Viertens wird die Gewährleistung der legitimen Rechte der Palästinenser durch Differenzen zwischen jenen arabischen Ländern erschwert, die das Camp-David-Abkommen ablehnen und die Palästinenser unterstützen. Auch die palästinensische Widerstandsbewegung selbst braucht, wie ihre Leiter und Teilnehmer wiederholt sagten, mehr Einheit und Geschlossenheit.

Und doch wird der Kampf für die Rechte der Palästinenser nicht nur stärker, sondern auch aussichtsreicher. Die PLO, die einzige legitime Vertreterin dieses Volkes, betätigt sich effektiv. Als solche wurde sie von arabischen und anderen Staaten anerkannt, erhielt den Beobachter-

status bei der UNO und eröffnete ihre Vertretungen in vielen Hauptstädten. Das Ansehen der PLO auf den von Israel 1967 okkupierten Territorien nimmt zu, denn die dortige arabische Bevölkerung sieht in der Organisation ihre Hoffnung und Stütze, ihre politische Führung.

Die Massendemonstrationen der Araber am Westufer des Jordan, die Abfuhr, die die palästinensischen Einheiten den israelischen Aggressoren in Südalbanon erteilen, und schließlich die aktive politische und diplomatische internationale Tätigkeit der PLO zeugen bereit von der Entschlossenheit und Fähigkeit der Palästinenser, die Verwirklichung ihrer legitimen Rechte zu erreichen.

In ihrem Kampf sind sie nicht allein. Auf ihrer Seite stehen die UdSSR, die sozialistische Gemeinschaft, alle fortschrittlichen Kräfte der Gegenwart. Die Solidarität mit diesem mutigen Volk ist eine internationale Pflicht der Anhänger des Fortschritts und der nationalen Unabhängigkeit. Indem die Menschen guten Willen in verschiedenen Ländern die Palästinenser unterstützen, helfen sie damit, auch die Verwirklichung ihres vorrangigen Ziels — eines dauerhaften Friedens — näherzubringen. Das Leben hat ja schon bewiesen, daß es im ausgedehnten und explosiven Nahostraum keinen wirklichen Frieden geben kann, solange die legitimen Rechte des arabischen Volkes von Palästina, darunter sein Recht auf einen eigenen Nationalstaat, nicht realisiert sind. Das ist ein Eckstein des allgemein anerkannten Programms für eine gerechte und umfassende Nahostregelung.

Am 8. Oktober sagte Leonid Breshnew zur Begrüßung des syrischen Präsidenten Assad in Moskau: „Das arabische Volk von Palästina muß die Möglichkeit haben, seine nationalen Rechte, auch das Recht auf die Schaffung eines unabhängigen Staates, voll zu verwirklichen. Man kann nicht die Sicherheit der einen gewährleisten indem man die Rechte anderer mit Füßen tritt. Die Führer Israels sollten diese einfache Wahrheit allmählich begreifen.“

Die palästinensische Bewegung ist Bestandteil der einheitlichen Aktionen der Völker, die ihre Zukunft zuverlässig garantieren wollen. Am 29. November, dem Welttag der Solidarität mit dem Volk Palästinas, verleihen wir deshalb der Überzeugung Ausdruck, daß seine gerechte Sache siegen wird. Je früher, desto besser für die ganze Menschheit.

NEUE ZEIT

WOCHENSCHRIFT FÜR POLITIK

Nr. 48 NOVEMBER 1980

Gründungsjahr 1943

Chefredakteur: M. FJODOROW

Redaktionskollegium: L. BESYMEŃSKI, S. GOLIAKOW (Verantw. Sekretär), W. KUSNEZOW, A. PIN, B. PIESTSCHIK (Stellv. Chefredakteur), W. SCHELEPIN, I. TROFIMOWA, V. TSCHERNIAWSKI (Stellv. Chefredakteur für die fremdsprachigen Ausgaben), D. WOLSKI

Verantwortlicher Redakteur der deutschen Ausgabe: R. KRESTJANINOW

IN DIESEM HEFT:

Die gerechte Sache des Volkes von Palästina	1
J. Botscharjow — UdSSR—Moçambique. Treue Kampfgefährten	5
O. Charchardin — Gewissen der Menschheit	6
L. Besymenski — Corrida-Stimmung — und kein Ende!	8
W. Orjol — Öffentlichkeit und Madrid	8
J. Gudkow — USA. Abgesegneter Mord	10
W. Dolgow — Nikaragua. Ablöse für die Konterrevolution	12
A. Gulajew — Schweiz. Aufstand bei den Eidgenossen	12
L. Mletschin — UdSSR—Japan. Moskauer Dialog	14
Notizen ◆ Glossen	16
I. Artemjew — USA. Export im diplomatischen Gespann	18
J. Kaschlew — Die UNESCO und die Medien	20
A. Galkin — Kampf dem Neofaschismus	22
N. Sholikwer — Nie wieder!	23
V. Skworzow — Laos. Die Türme von That Luang	24
N. Baratow — Neues Leben eines alten Symbols	26
G. Sidorowa — Zusammenarbeit im Fernsehen	27
A. Ledowski — Die „Geiselfrage“ — ein chinesischer Präzedenzfall	28
Diskussion mit dem Leser	31
PS	32



Der 29. November ist der Internationale Tag der Solidarität mit dem Kampf des arabischen Volkes von Palästina. Die Menschen guten Willens unterstützen in der ganzen Welt die gerechte Forderung der Palästinenser: Realisierung des unveräußerlichen Rechts auf Selbstbestimmung und die Schaffung eines unabhängigen Staates

Titelgestaltung V. Koslow

Gestaltung: A. Garanin

Verlag der Zeitung „Trud“, Moskau

Erscheint in russischer, deutscher, englischer, französischer, spanischer, portugiesischer, italienischer, polnischer, tschechischer und arabischer Sprache

UNSERE ANSCHRIFT: Moskau K-6, 103782, GSP, Puschkinskaja Plojtschadji

Printed in the Union of Soviet Socialist Republics

Das ZK der KPdSU, das Präsidium des Obersten Sowjets und der Ministerrat der UdSSR äußerten ihren herzlichen Dank an alle Partei-, Staats- und Massenorganisationen, an die Belegschaften von Industrie-, Baubetrieben, Ämtern, Kolchosen und Sowchosen, an die Angehörigen der Sowjetarmee und der Sowjetflotte, an die Führer der sozialistischen Länder, der kommunistischen und Arbeiterparteien, der revolutionär-demokratischen Parteien, an die Regierungen, Staatsmänner und Vertreter der Öffentlichkeit, an demokratische Organisationen sowie Bürger anderer Länder für ihre Glückwünsche zum 63. Jahrestag der Oktoberrevolution.

Am 22. November kam der offizielle Freundschaftsbesuch Samora Machels, Vorsitzender der FRELIMO und Präsident der VR Moçambique, in der UdSSR zum Abschluß. Es wurden eine sowjetisch-moçambiquische Erklärung, ein Abkommen über die Zusammenarbeit zwischen der KPdSU und der FRELIMO sowie ein Protokoll über die kulturelle und wissenschaftliche Zusammenarbeit beider Länder unterzeichnet. (Siehe S. 5.)

Leonid Breschnew gratulierte Jose Eduardo dos Santos, Vorsitzender der MPLA—Partei der Arbeit und Präsident der VR Angola, zum Zusammentreffen der ersten Volksversammlung des unabhängigen Angolas und zu seiner Wahl als ihr Vorsitzender. In seiner Botschaft brachte L. I. Breschnew die Überzeugung zum Ausdruck, daß „eine enge, fruchtbare Zusammenarbeit zwischen den obersten Legislativen der UdSSR und der VR Angola eingeleitet wird, um zur weiteren Festigung der Freundschaft und gegenseitigen Verständigung, die zwischen beiden Parteien, Regierungen und Völkern bestehen, beizutragen“.

Vom 18. bis zum 20. November fand in Moskau eine Rundtischkonferenz der Öffentlichkeit der UdSSR und Japans statt. Am 21. November empfingen Wassili Kusnezow, Kandidat des Politbüros des ZK der KPdSU und 1. Stellvertreter des Präsidiumsvorsitzenden des Obersten Sowjets der UdSSR, und Iwan Archipow, 1. Stellvertreter des Vorsitzenden des Ministerrates der UdSSR, eine Gruppe von Leitern der japanischen Delegation. (Siehe S. 14.)

Eine Delegation von Funktionären der Sozialistischen Partei Japans hielt sich vom 17. bis zum 24. November auf Einladung des ZK der KPdSU in der Sowjetunion auf.

Anlässlich des bevorstehenden Besuchs Leonid Breschnews wird in Indien der

„NEUE ZEIT“

48:80



Moskau, Kreml, 18. November. Unterzeichnung der sowjetisch-mosambiquischen Dokumente

Foto: TASS

Monat der indisch-sowjetischen Freundschaft fortgesetzt. In Bombay, Madras und anderen Städten fanden Massenkundgebungen der Öffentlichkeit statt.

In der zweiten Novemberhälfte besuchte eine kampucheaneische Delegation unter Heng Samrin, Vorsitzender des ZK der Nationalen Einheitsfront Kampuchea für Nationale Rettung und Vorsitzender des Revolutionären Volksrates Kampuchea, die CSSR und Bulgarien.

Am 21. und 22. November stattete Lubomír Štrougal, Regierungsvorsitzender der CSSR, einen Besuch in Rumänien ab. Er wurde von Nicolae Ceaușescu, Generalsekretär der Rumänischen KP und Präsident der Sozialistischen Republik Rumänien, empfangen und verhandelte mit Ministerpräsident Verdet.

Vom 20. bis zum 22. November tagte in Warschau der Sejm der VR Polen. Die Abgeordneten erörterten die Mitteilung der Regierung über die innenpolitische Lage und die Information über die Erfüllung der Verträge zwischen Regierungskommissionen und Belegschaften. Józef Pińkowski, Vorsitzender des Ministerrates, zog eine Bilanz aus der Diskussion. Der Sejm bestätigte Änderungen in seinem Arbeitsverfahren sowie einige Umbesetzungen in der Regierung.

Das Außenministerium der SR Vietnam richtete eine Note an das Außenministerium Chinas. Wie es darin heißt, okkupierte China einige Höhen in den Provinzen Lang Son, Cao Bang, Ha Tuyen und Hoang Lien Son, wo die chi-

neseische Seite bereits Beobachtungsstellen, Feuerstellungen und ein System von Militäranlagen geschaffen hat. Das Außenministerium der SRV verlangte kategorisch sofortige Einstellung der genannten Handlungen und sofortigen Abzug der chinesischen Truppen aus allen okkupierten Gebieten.

In der vergangenen Woche setzte das Madrider KSZE-Nachfolgetreffen seine Arbeit fort. (Siehe S. 8.)

In Brüssel erörterten am 21. und 22. November Vertreter der europäischen Öffentlichkeit aktuelle Probleme der Sicherheit und Zusammenarbeit. In ihrem gemeinsamen Kommuniqué brachten die Delegierten von 21 europäischen Ländern und Vertreter von 12 internationalen Organisationen die Hoffnung zum Ausdruck, daß die Teilnehmer des Madrider Treffens das Streben nach der Entspannung bekräftigen und das gefährliche Wettrüsten hemmen würden.

Das Vereinigte Niederländische Komitee „Die Neutronenbombe stoppen — das Wettrüsten stoppen!“ hielt in Amsterdam eine konsultative Konferenz von Vertretern der Massenbewegungen von 13 europäischen Ländern gegen die Kernraketengefahr, gegen die Unterbringung neuer amerikanischer Raketenwaffen in Westeuropa ab.

In der Wiener Hofburg hielten die Vertreter der Rüstungsabbauverhandlungen am 20. November eine Plenarsitzung ab. Es sprach der bundesdeutsche Chefdelegierte Botschafter Jung. Der Presse-

chef der DDR-Delegation verwies auf einer Pressekonferenz darauf, daß der bundesdeutsche Delegierte auch diesmal über den Angelpunkt der Verhandlungen — die gegenseitige Einschränkung von Streitkräften und Rüstungen — nichts gesagt hatte.

In Berlin fand vom 17. bis zum 24. November der XIII. Kongreß des Internationalen Studentenbundes statt. Aufgenommen wurden 13 weitere Studentenorganisationen, u. a. von Afghanistan, Brasilien und der Türkei.

Der USA-Kongreß bestätigte den Bundeshaushalt für das Finanzjahr 1981 in Höhe von 632,4 Md. Dollar. Ein Defizit von 27,4 Md. ist eingeplant. Der größte Ausgabeposten sind die Aufwendungen für das Pentagon. Dieses bekommt für diverse konkrete Programme 159 Md. Dollar (über 28 Md. Dollar mehr als im vorigen Haushalt).

Am 19. November stimmte der USA-Senat für die Aufhebung des von der Carter-Administration verhängten Embargos für den Export von USA-Getreide in die UdSSR. Mit 51 gegen 35 Stimmen bestätigte der Senat den Gesetzentwurf über die Bewilligungen für das Staatsdepartement, das Justiz- und das Handelsministerium, der die Änderung enthält, der zufolge die Bundesmittel nicht für die Verwirklichung besagten Embargos ausgegeben werden dürfen.

Die USA und Norwegen erzielten ein Abkommen über eine „rechtzeitige Unterbringung“ amerikanischer schwerer Rüstungen, Munitionen und Transportmittel für eine Brigade der USA-Marineinfanterie (10 000 Mann) auf norwegischem Boden und darüber, daß die norwegischen Flughäfen in einer „Krisensituation“ als Stützpunkte der USA-Luftwaffe dienen sollen.

In vielen Städten und Ortschaften der von Israel okkupierten arabischen Gebiete am Westufer des Jordan und im Gaza-Streifen fanden Massenunruhen wegen der blutigen Repressalien statt, die die Okkupanten am 17. November gegen die Demonstranten in Bir Zeit, Beit Lahm und Ramallah verfügten. Die Okkupationsbehörden setzten Verbände der israelischen Armee und Polizeitruppen gegen die Demonstrationen ein. Mehr als 10 Demonstranten wurden schwer verwundet.



Tausende Einwohner Washingtons demonstrierten gegen Militarismus und Weltfrüsten, für Frieden und Abrüstung

Foto: L. Pachomowa (TASS)

Am 20. November begann in Peking der Gerichtsprozeß in Sachen der „konterrevolutionären Gruppierungen“ Lin Biao und Jiang Qings.

In der vergangenen Woche dauerten die beharrlichen Kämpfe zwischen den irakischen und den iranischen Truppen an der ganzen 550-km-Front an. Olof Palme, der Sonderbeauftragte des UNO-Generalsekretärs Waldheim, besuchte Teheran und Bagdad im Auftrag der UNO zwecks Ausfindigmachung von Wegen zur Beilegung des Konfliktes.

Am 24. November begann in Brüssel eine EG-Ministerratstagung, auf der die Finanzminister Haushaltsfragen erörtern sollen. Zur Diskussion steht erneut der Haushaltspunkt „Kleineuropas“ für das Finanzjahr 1981. Diese turnusmäßige Tagung wurde einberufen, nachdem das Europaparlament auf seiner letzten Tagung in Luxemburg über 500 Abänderungen zu dem vom Ministerrat früher bestätigten Entwurf eingebracht hatte.

Am 24. und 25. November tagte in Brüssel der EG-Ministerrat auf der Ebene der Außenminister.

Vom 19. bis zum 21. November hielt sich Bundeskanzler Helmut Schmidt zu einem Besuch in den USA auf. Er hatte Gespräche mit dem derzeitigen USA-Präsidenten Carter und dem künftigen Präsidenten Reagan.

Am 24. November gab Helmut Schmidt im Bundestag eine Regierungserklärung über die Außen- und Innenpolitik des neuen Kabinetts ab. Wie er sagte, werde dieses den politischen Kurs weitersteuern, der die Festigung von Frieden, Sicherheit und guter Nachbarschaft mit den anderen Ländern zum Ziel hat. Die Regierung sei für die Fortsetzung der durch die KSZE und die Unterzeichnung der Schlußakte in Helsinki eingeleiteten Entwicklung. Zugleich erklärte Schmidt, das Kernstück der atlantischen Gemeinschaft sei die Partnerschaft mit den USA und die Sicherheit der Bundesrepublik nur im NATO-Rahmen zu gewährleisten.

Am 20. und 21. November fand in Brüssel die jährliche Tagung der Nordatlantischen Versammlung unter Teilnahme von 172 Parlamentariern aus 15 NATO-Ländern statt. Die Resolution fordert die NATO-Länder auf, die militärischen Vorbereitungen zu intensivieren. Im Verlauf der Tagung traten wesentliche Differenzen zwischen den Partnern, besonders im Hinblick auf die Entspannung und die Beziehungen zu den USA, zutage.

In Conakry verlief am 21. und 22. November ein Treffen der Staatschefs von 9 westafrikanischen Staaten über Fragen der Entwicklung des Nigerbeckens.

Am 19. November stimmte das israelische Parlament über das von drei Oppositionsparteien eingebrachte Mißtrauensvotum für die Regierung Begin ab. Die Regierung blieb mit knapper Mehrheit an der Macht (57 gegen 54 Stimmen).

Am Abend des 23. November kam es in Südtirol zu einem Erdbeben, vermutlich das stärkste der letzten 70 Jahre. Es dauerde bis zum Morgen. Schätzungsweise kamen mehr als 1000 Personen um; die Zahl der Verwundeten ist hoch.



Bei einer vom reaktionären Regime in El Salvador veranstalteten Razzia wurden friedliche Einwohner auf den bloßen Verdacht hin, die Patrioten zu unterstützen, drangsaliert

Foto: TASS

James Carter hat ein großes politisches Fiasco hinnehmen müssen, weil er nicht nur ein antisowjetischer, sondern auch ein antiamerikanischer Präsident geworden war. Die Politik seiner Regierung hat dem amerikanischen Volk viel geschadet. Steigende Arbeitslosigkeit und Inflation, unmäßige Militärausgaben und die Direktive Nr. 59, dazu der Boykott der Olympiade 80, das alles untergrub das Prestige des Präsidenten.

G. SACHARJAN
Tscharenzawan, Armenische SSR

Die Militärbehörden Pakistans unterstützen die Einmischung der USA in die inneren Angelegenheiten souveräner Staaten und die Versuche Washingtons, die nationalen Befreiungsbewegungen zu unterdrücken. Die USA und China benutzen das Territorium Pakistans zur Organisierung von Überfällen auf Afghanistan, um die progressiven Umgestaltungen in diesem Land zu behindern. Das Militärregime sieht in den antiafghanischen Aktionen einen Weg zur Stärkung der eigenen Position. In jüngster Zeit stößt die Regierung in Islamabad auf starke Kritik innerhalb des eigenen Landes.

Syed Ahmed AGA
Srinagar, Indien

Gestatten Sie mir, mich über Ihre Wochenschrift an den Autor der Notiz im irischen „Sunday Press“ zu wenden, der meinen in NZ 34/80 veröffentlichten Brief zitierte, in dem ich mich für die sowjetische Hilfe in Afghanistan äußerte und die amerikanische Politik kritisierte. Ich möchte hier erklären, daß ich, der Briefschreiber, entgegen den Zweifeln des „Sunday-Press“-Mitarbeiters nicht der Phantasie der NZ-Redakteure entspringe, sondern tatsächlich existiere. Wenn sich der „Sunday-Press“-Mitarbeiter davon überzeugen will, kann er ruhig in den Bezirk Bogside in Derry kommen und nach Liam McDaid fragen. Man zeigt ihm bestimmt, wo ich wohne. Ich sehe, daß die NZ für die käuflichen bürgerlichen Skribenten ein Balken im Auge ist. Ihnen erscheint es seltsam, daß nicht alle Menschen im Westen teilnahmslos zu dem stehen, was die politischen Gangster in den USA und in Großbritannien treiben.

Liam McDAD
Derry, Vereinigtes Königreich von Großbritannien und Nordirland

TREUE KAMPFGEFÄHRTE

Auf verschiedene Weise erzielten die Länder Afrikas ihre Unabhängigkeit. In den einen hatten die Kolonialisten dafür gesorgt, daß der Neokolonialismus diese Völker in Ketten schlägt, in anderen sind nationaldemokratische Kräfte an die Macht gekommen, unter deren Führung die nunmehr freien Völker darangingen, die ihnen von den Kolonialisten hinterlassene überalterte Gesellschaft von Grund auf umzustalten. Zu solchen Ländern gehört die Volksrepublik Moçambique, deren Führer Samora Moisés Machel sich vom 17. bis zum 22. November an der Spitze einer Partei- und Regierungsdelegation in der UdSSR aufhielt.

Die Moskauer Gespräche fanden ihren Niederschlag in der gemeinsamen sowjetisch-moçambiquischen Erklärung. Wie daraus hervorgeht, wurden bei den Verhandlungen die bilateralen Beziehungen sowie weltpolitische Fragen erörtert. Zur Situation in Afrika wurde auf eine „Vertiefung des antiimperialistischen Gehalts des nationalen Freiheitskampfes auf dem afrikanischen Kontinent“ verwiesen.

Bei der Begrüßung der Gäste aus Moçambique in Moskau sagte Leonid Breshnew: „Gegenwärtig ist fast ganz Afrika unabhängig. Nur in seinem Süden besteht noch eine Bastion des Kolonialismus und Rassismus — als historischer Anachronismus unter den heutigen Verhältnissen, aber ein aggressiver und gefährlicher Anachronismus.“ Der Kampf für die Befreiung Afrikas vom Kolonialismus und Rassismus geht weiter, und Moçambique, das eine gemeinsame Grenze mit der RSA hat, ist so gut wie ein Frontstaat.

Ebendeshalb haben die USA Moçambique auf ihre „Proskriptionsliste“ jener afrikanischen Länder gesetzt, deren Schritte zur Festigung der Unabhängigkeit und zur wirtschaftlichen Entwicklung sie auf jede Weise zu behindern versuchen. Seit den ersten Tagen der Unabhängigkeit des Landes haben die Imperialisten den Kurs darauf eingeschlagen, die moçambiquische Revolution wirtschaftlich zu erwürgen. 250 000 Portugiesen zugleich verließen ihre ehemalige Kolonie. Meist waren es technische und andere Fachkräfte. So mußte das Volk Moçambiques sein neues Leben vom Nullpunkt an aufbauen.

Aber die Revolution erweckte einen beispiellosen Elan im Volk und stärkte seinen Willen zur Überwindung der Schwierigkeiten. Die revolutionäre Partei FRELIMO unter ihrem Vorsitzenden Machel führte das Volk in den Kampf gegen die Rückständigkeit. Die Nationalisierung der Banken und Versicherungsanstalten, der wichtigsten Industrien, des Außenhandels, des Grund und Bodens und des Gesundheitswesens schuf Voraussetzungen für die wirtschaftliche und kulturelle Wiedergeburt des Landes.

In der gemeinsamen Erklärung würdigte die UdSSR „die Maßnahmen der VR Moçambique zum Schutz der revolutionären Errungenschaften ihres Volkes, zur Verwirklichung einschneidender politischer und sozialökonomischer Umgestaltungen, zum Aufbau der sozialistischen Gesellschaft“.

Die Führer Moçambiques sind ihrer weiteren Erfolge sicher, weil sie an die Möglichkeiten des Volkes, an die Richtigkeit des politischen Kurses der Parteiführung und an die gewaltige Kraft der internationalen Solidarität glauben. Präsident Machel dankte der UdSSR für die Hilfe, die sie Moçambique erweist. Bei den Gesprächen in Moskau wurde mit Genugtuung die erfolgreiche Entwicklung der Freundschaft, Solidarität und fruchtbaren Zusammenarbeit zwischen unseren beiden Ländern festgestellt. Wie Leonid Breshnew sagte, entwickeln sie sich aufwärts, auf der festen Grundlage des Vertrages über Freundschaft und Zusammenarbeit.

Die Gründung einer sowjetisch-moçambiquischen Regierungskommission für die wirtschaftliche und technische Zusammenarbeit und den Handel (das wurde während der Gespräche in Moskau vereinbart) wird den freundschaftlichen Beziehungen zwischen beiden Ländern einen neuen Impuls geben. Unterzeichnet wurden ferner ein Protokoll über kulturelle und wissenschaftliche Zusammenarbeit für 1981 und 1982 und ein Abkommen über die Zusammenarbeit zwischen der KPdSU und der FRELIMO. Es heißt in der gemeinsamen Erklärung: „Der Ausbau der brüderlichen Beziehungen zwischen beiden Parteien auf der Grundlage des Marxismus-Leninismus und des proletarischen Internationalismus ist für den gesamten Komplex der sowjetisch-moçam-

biquischen Beziehungen und die weltweite revolutionäre Bewegung von großer Bedeutung.“

Moçambique liegt an der Küste des Indischen Ozeans. Deshalb kann es nicht gleichgültig zusehen, wie die fieberhaften militärischen Aktivitäten der USA, die Anlegung von USA-Stützpunkten, auch in Afrika, die Gefahr steigern, daß die afrikanischen Länder in den Strudel der imperialistischen Politik des USA-Imperialismus hineingerissen werden, und den Frieden auf dem Kontinent gefährden. Die militärische Betriebsamkeit der USA enthält natürlich Elemente der Erpressung, ist ein Versuch, die Völker, die sich der Kontrolle des Imperialismus entzogen haben, einzuschüchtern und ihre Unabhängigkeit zu beeinträchtigen.

Keine neue Politik. Der Imperialismus greift dazu jedesmal, wenn er das Anschwellen der revolutionären Freiheitsbewegungen nicht auf andere Weise aufhalten kann. Aber heutzutage lassen sich die Völker nicht einschüchtern. Sie sind durchaus imstande, die Anschläge auf ihre revolutionären Errungenschaften zurückzuschlagen, und sie tun es auch. Wie Samora Machel erklärte, stützen sie sich in diesem gerechten Kampf auf die Hilfe der UdSSR und aller Fortschrittskräfte.

Doch darf man die ernste Gefahr, die die gegenwärtige Weltlage in sich birgt, nicht unterschätzen. Die Imperialisten heizen die Spannungen und das Wettrüsten an und unterbringen ihre Streitkräfte in immer neuen Räumen der Welt. Dieser wahnwitzigen Politik, die die Menschheit aufs äußerste bedroht, stellen die friedliebenden Völker ihren Kampf für die weitere Entspannung, für gleichberechtigte zwischenstaatliche Zusammenarbeit, für gerechte Regelung der internationalen Probleme durch Verhandlungen gegenüber. Die UdSSR und die VR Moçambique halten sich an diesen außenpolitischen Kurs. Auf internationaler Ebene wirken sie als treue Kampfgefährten zusammen, um Frieden, nationale Befreiung und sozialen Fortschritt zu sichern.

Nach den Verhandlungen, die ein restloser Erfolg waren, betonten Breshnew und Machel, daß sie sie als einen neuen wichtigen Schritt zur Festigung der langjährigen Freundschaft zwischen den Parteien und Völkern beider Länder ansehen.

J. BOTSCHEKARJOW

GEWISSEN DER MENSCHHEIT

Oleg CHARCHARDIN, Erster stellvertretender Vorsitzender des Sowjetischen Friedenskomitees

Als der Weltfriedensrat vom II. Weltkongreß der Friedenskräfte in Warschau am 22. November 1950 gewählt wurde, gehörten ihm Vertreter von 60 Ländern an. Gegenwärtig koordiniert der WFR die Tätigkeit der nationalen Organisationen, Bewegungen und Gruppen der Friedensfreunde in mehr als 135 Ländern. Zugleich hat sich unermüdlich das politische und soziale Spektrum der Friedensbewegung erweitert. Recht hatte Frédéric Joliot-Curie, als er vor 30 Jahren sagte: „Keine Kraft wird die lebenspendenden Ideen von Frieden, Wahrheit und Gerechtigkeit daran hindern, alle Grenzen zu überwinden und sich weltweit zu verbreiten.“

Die Gründung des WFR entsprach dem objektiven Bedürfnis der gegen den Krieg gerichteten Massenbewegungen, sich zu einer allgemeindemokratischen, möglichst breiten Organisation zusammenzuschließen, die dazu beitragen könnte, die gesellschaftlichen Kräfte aller Kontinente in den Friedenkampf einzubeziehen, die militaristischen Kreise politisch und moralisch zu isolieren, die internationale Solidarität zu stärken und die Kämpfer für die nationale und soziale Befreiung der Völker allseitig zu unterstützen.

Diese klaren antimilitaristischen und allgemeindemokratischen Prinzipien bestimmen das Wirken des WFR seit seiner Gründung. In dieser Zeit, besonders in den letzten 10 Jahren, hat er sich sowohl seinem repräsentativen Charakter als auch dem Ausmaß seiner Aktionen nach zur größten internationalen demokratischen Organisation entwickelt.

Die Atmosphäre der Entspannung trug in hohem Maße zur Vereitelung der Versuche der bürgerlichen Propaganda und der westlichen Geheimdienste bei, den WFR zu isolieren. Besonders wichtig war dabei der Weltkongreß der Friedenskräfte in Moskau 1973. Dort fand ein offener, konstruktiver Dialog statt und wurde ein konkretes Programm gemeinsamer Aktionen der Friedenskräfte formuliert. Die Vorbereitung des Kongresses, seine Arbeit und die spätere Realisierung seiner Beschlüsse ermöglichten es vielen internationalen Organisationen, darunter dem WFR, Kontakte und die Zusammenarbeit in beispiellosem

Umfang in die Wege zu leiten.

Der Weltfriedensrat unterhält umfassende und vielfältige Beziehungen zur UNO, UNESCO, UNCTAD und zu anderen zwischenstaatlichen Organisationen. Ebenso wie in den früheren Jahren suchte eine WFR-Delegation zur Zeit der UNO-Vollversammlung das UNO-Hauptquartier auf und hielt Treffen und Gespräche mit Vertretern der Führung der Organisation und der Regierungsdelegationen zur Tagung ab.

Das politische Gewicht des WFR erwächst vor allem aus seiner Universalität. An ihm beteiligen sich aktiv Vertreter der Öffentlichkeit kapitalistischer und sozialistischer Länder. Er genießt ein hohes Ansehen bei den politischen Kreisen der Länder Asiens, Afrikas und Lateinamerikas. Den Vertretern der revolutionär-demokratischen Parteien in der dritten Welt, darunter den herrschenden unter solchen Parteien, imponiert der antiimperialistische und antikolonialistische Inhalt von Plattform und Wirken des WFR.

In den letzten Jahren beteiligen sich die verschiedensten politischen Strömungen des Westens — Sozialdemokraten, Radikale, Zentristen, Demochristen und Liberale — reger an den Veranstaltungen der Friedensbewegung. Unter ihnen sind Parlamentarier, Gewerkschafter, Geistliche. Das bedeutet, daß immer weitere Kreise der Öffentlichkeit begreifen, wie notwendig gemeinsame Anstrengungen für die Erhaltung des Friedens sind.

Die Möglichkeiten für eine noch breitere Teilnahme der realen Kräfte an der Friedensbewegung sind geographisch und sozialpolitisch unerschöpflich. Das veranschaulichten so große Aktionen wie die Massenkampagnen gegen die Neutronenbombe, gegen die Unterbringung der neuen Raketenkernwaffen in Westeuropa; die im vorigen Jahr abgehaltenen Solidaritätskonferenzen für Vietnam und das Volk von Palästina; die Internationale Konferenz

der Parlamentarier „Für Frieden, Abrüstung und Weltsicherheit“ in Helsinki. Neben Vertretern von 63 Parteien (17 davon sind sozialdemokratisch) und von internationalen Organisationen nahm der WFR ebenfalls am „Dialog für Abrüstung und Entspannung“ (Wien, Mai 1980) teil.

Wie zahlreich die Kräfte der Bewegung sind, zeigte das unlängst abgeholtene Weltparlament der Völker für den Frieden in Sofia, von dem unsere „Neue Zeit“ ausführlich schrieb (Heft 40/80). Zu ihm kamen 2260 Delegierte und Gäste aus 137 Ländern sowie von mehr als



London. Bei der Demonstration für den Frieden, die im Oktober von der Bewegung für nukleare Abrüstung durchgeführt wurde

Aus „Morning Star“ (London)

100 internationalen Organisationen.

Die wichtigsten Lösungen und Forderungen, die in den Dokumenten des Weltparlaments — dem Aufruf und der Charta — formuliert sind, bilden das Programm der gegenwärtigen Aktionen der friedliegenden Öffentlichkeit.

Hier nur einige wenige Beispiele aus der überreichen Information, die bei uns aus aller Welt einläuft. Vor kurzem hielten rund 40 Massenorganisationen Australiens die Landeskonferenz „Wettrüsten oder Überleben“ ab. Sie leitete die Unterschriftensammlung unter eine Petition ein, die das Verbot der nuklearen und aller anderen Massenvernichtungswaffen, die Einschränkung der konventionellen Rüstungen und unaufschiebbare Maßnahmen zur allgemeinen und vollständigen



Abrüstung fordert.

In Belgien führten mehrere Organisationen, Bewegungen und Gruppen in Mol eine Manifestation von 10 000 Personen durch, an der demokratische Antikriegsbewegungen der Niederlande, Großbritanniens, Frankreichs und der BRD vertreten waren. Im „Manifest von Mol“ heißt es: „Unsere Handlungen richten sich vor allem gegen die Unterbringung nuklearer Raketen in Westeuropa.“ Mit Rücksicht auf die Stimmung und die Forderungen der Öffentlichkeit begrüßte die belgische Regierung erneut ihre Absicht, die Entscheidung über die Unterbringung von US-Raketen auf belgischem Territorium aufzuschieben.

In London kam es im Oktober zu großen Ereignissen. Stundenlang marschierten fast 100 000 Demonstranten aus dem ganzen Land durch seine Straßen, um gegen die Pläne der Unterbringung von Flugraketen in England zu protestieren. Kommunisten, Labours, Liberale, Geistliche, Vertreter von Umweltschutzorganisationen und Teilnehmer der Bewegung für nukleare Abrüstung marschierten Schulter an Schulter.

Tausendköpfige Kundgebungen und Demonstrationen finden in der BRD statt. An der antifaschistischen Manifestation der westdeutschen Öffentlichkeit in Kaiserslautern, in der Nähe von US-Militärstützpunkten, nahmen zahlreiche Organisationen aus Frankreich, Belgien, den Niederlanden sowie eine WFR-Delegation teil.

Solche Aktionen wurden von den Friedenskräften auch in anderen kapitalistischen Ländern unternommen. In den Niederlanden, in Griechenland, Dänemark, Kanada, den USA, Portugal, Norwegen, Finnland, Indien und Japan manifestieren die Menschen immer wieder, um die Völker zum Frieden, zur Abrüstung und zur Konsolidierung der Entspannung aufzurufen.

Die Grundlage der Erfolge des WFR ist der massenhafte und streitbare Charakter der nationalen Friedensorganisationen, deren Tätigkeit er koordiniert. Vor kurzem wurde der USA-Friedensrat ge-

gründet; er erweitert seine Tätigkeit. Eine britische Friedensassemblee ist entstanden; ihr gehören linke Labours, Kommunisten, Gewerkschafter und Geistliche an. Die Friedensorganisationen in der Türkei, der Schweiz, in Griechenland, auf Zypern, in Australien, Kanada, Kolumbien, Panama, Mexiko und Argentinien sind gewachsen. In Afrika spielen die Regierungsparteien und politischen Organisationen von Mali, Angola, Senegal, Guinea, Äthiopien und Madagaskar, in Asien die Friedenskomitees Indiens, Sri Lankas und anderer Länder eine aktive Rolle in der Friedensbewegung.

Das Jahr 1980, ein schweres Jahr akuter Auseinandersetzungen von Friedens- und Kriegskräften, geht zu Ende. Der Weltfriedensrat rüstet zu 1981, indem er Antikriegsinitiativen und wirksame Schritte zur Realisierung der Beschlüsse von Sofia vorbereitet. Das bevorstehende Jahr ist zum Jahr der entscheidenden Offensive der Friedenskräfte erklärt worden, die im Kampf für die Einstellung des Wettrüstens einen Umschwung herbeiführen wollen. Die in vielen Ländern schon eingelegte Sammlung von Unterschriften unter den Aufruf des Weltparlaments der Völker für den Frieden soll fortgesetzt werden.

Der WFR hat die Fähigkeit, die Weltlage kollektiv, also richtig zu analysieren, die Aufgaben der Bewegung präzise zu formulieren und günstige objektive Bedingungen zu ihrer Bewältigung zu nutzen. Als politische Zentrale der Bewegung steht der WFR den unterschiedlichsten politischen und ideologischen Strömungen offen und bleibt unabhängig von der Politik eines Staates oder einer Staatengruppe. Doch war die Friedensbewegung nie neutral gegenüber der konkreten Politik der Regierungen. Sie entlarvt und entlarvt die Umtriebe der Feinde von Frieden und Entspannung, die Aggressionen und die Willkür, das Anheizen des Wettrüstens und alle Anschläge auf die Unabhängigkeit und Freiheit der Völker. Zugleich unterstützt sie unwandelbar jene Staaten, die den Frieden und die Völkersicherheit in Wahrheit festigen und, was noch wichtiger ist, aufrichtig nach der Abrüstung streben.

Heute findet eine solche Haltung selbst unter den Kreisen der westlichen Öffentlichkeit immer größeren Anklang, die erst vor kurzem dazu neigten, internationale Fragen objektivistisch zu interpretieren, und die militärische Gefahr, die vom

Imperialismus ausgeht, unterschätzen. Das Vorgehen der Administration Carters, die das politische Steuer des größten westlichen Landes herumwarf und von Dialog und Zusammenarbeit zur gefährlichen Konfrontation umschwenkte, ließ solche Illusionen schwinden.

Die Entspannungspolitik, die in den internationalen Beziehungen der 70er Jahre herrschte, hat im Bewußtsein der Öffentlichkeit wirklich festen Platz eingenommen. Nicht nur linke, sondern zum Teil auch zentristische Politiker und Bewegungen befreien sich dank den Entspannungsideen immer mehr vom Tauemel der antisowjetischen Propaganda, besonders der um Afghanistan. Die Öffentlichkeit begrüßt das aufrichtige Streben der UdSSR nach friedlicher Beilegung der Konflikte, nach konstruktiven Verhandlungen. Ein starkes Echo fand überall in der Welt Breshnews Erklärung, daß die UdSSR bereit ist, positiv auf beliebige konstruktive Schritte der neuen USA-Administration im Bereich der amerikanisch-sowjetischen Beziehungen und der aktuellen Weltprobleme zu reagieren.

In einem Interview für unsere Wochenschrift verglich WFR-Präsident Romesh Chandra die Friedensbewegung mit dem Ozean, der zahlreiche Ströme und Quellen aufnimmt. Nicht alle Ströme fließen von einem und demselben Gipfel herab, nicht alle werden von gleichem Schnee oder Regen gespeist. Sie seien unterschiedlich, und das verleihe der Friedensbewegung eine große Kraft.

„Die weltweite Friedensbewegung und natürlich der Weltfriedensrat haben einen gewaltigen Wirkungsbereich von wirklich historischer Bedeutung“, sagte Leonid Breschnew, als ihm 1975 die Goldene Friedensmedaille überreicht wurde, und diese Worte bedeuten eine hohe Einschätzung der Tätigkeit des Rates.

Die Sowjetbürger begehen das 30jährige Jubiläum des Weltfriedensrates mitten in der Vorbereitung auf den baldigen XXVI. Parteitag der KPdSU, ein bedeutsames Ereignis im Leben des Landes. Sie unterstützen voll und ganz die grundsätzlich friedensdienliche Politik von Partei und Regierung und werden auch künftig zur Sache des Weltfriedens beitragen. Das bedeutet vor allem, die konstruktiven Bemühungen zu mehren, damit die Stärke und Autorität des Landes des siegreichen Sozialismus — des Hauptbollwerks der Friedenskräfte — zunehmen. ■

CORRIDA-STIMMUNG — UND KEIN ENDE?

Von unserem Sonderberichterstatter Lew BESYMENSKI

Nach äußerem Merkmalen zu urteilen, unterschied sich schon die zweite Arbeitswoche des Madrider Treffens bedeutend von seiner Eröffnung. Keine Journalistennemgen in der Halle des Kongreßpalastes, keine TV-Scheinwerfer. Die meisten eigens nach Madrid gekommenen Korrespondenten sind heimgekehrt, desgleichen viele Außenminister und ihre Stellvertreter, die zur Eröffnung eingetroffen waren. Schließlich hat sich auch der Charakter der Arbeit verändert, denn nun tagen geschlossene Plenarsitzungen. Im weiteren werden — ebenfalls geschlossene — Tagungen der Hilfsorgane hinzukommen. Wie viele Delegierte sagen, haben sich normale Bedingungen für die Arbeit ergeben.

Sind aber die inneren Spannungen geringer geworden? Wohl kaum, besonders wenn man die spezifischen Ziele in Betracht zieht, mit denen Vertreter des entspannungsfeindlichen Kurses nach Madrid gekommen sind. Vieles läßt darauf schließen, daß ihnen die sonst für die gesamteuropäischen Foren übli-

che Atmosphäre — vertraulicher, ernstgemeinter Meinungsaustausch — nicht paßte. Gewiß: Wenn man sich rein propagandistische Ziele setzt, wie soll man da bei geschlossenen Sitzungen vorgehen, auf denen die Presse nicht da ist und die Reden nur von Diplomaten gehört werden?

Trotzdem haben die Leute, die die Atmosphäre zu vergiften suchen, einen Ausweg gefunden: die in vielen westlichen Hauptstädten seit langem erprobte Methode der „durchgesickerten Information“. Aber wenn es sich früher in solchen Fällen um Einzelheiten handelte, so „sickert“ jetzt eine richtige Informationswoge durch. Schon am ersten Tag der geschlossenen Sitzungen übergab die USA-Delegation ganz einfach die Rede ihres Vertreters Max Kampelman den Journalisten, während er selbst US-Journalisten zu einer Pressekonferenz zusammengesummelte und einen weitschweifigen Kommentar dazu lieferte.

Warum das alles? Antwort geben die nächsten Tage, als auf den Plenarsitzungen Meinungen über die

Hauptabschnitte („Körbe“) der Schlußakte ausgetauscht wurden. Die Delegationen hatten ihre Erfüllung zusammenzufassen und die gesamteuropäische Entwicklung in den vergangenen Jahren zu überdenken. Hierbei halfen ihnen ein Vertreter der ECE (UNO-Wirtschaftskommission für Europa) und ein Vertreter der UNESCO. Sie haben inhaltsreiche Dokumente nach Madrid mitgebracht, die von tiefen Wandlungen in zwei wichtigen Bereichen des gesamteuropäischen Verkehrs — in Wirtschaft und Kultur (zweiter und dritter „Korb“) — zeugten. Was den ersten „Korb“ (die politische Sphäre) angeht, so wurden schon auf den offenen Sitzungen der ersten Woche viele positive Ideen geäußert, darunter die einer gesamteuropäischen Konferenz über militärische Entspannung.

In dieser konkreten Situation wurde der amerikanische „Schachzug“ gestartet. Vielmehr war es ein Schlag mit dem Faust auf den Tisch. Nicht anders wurde die auf die obenerwähnte Weise laut gepräsene Deklaration aufgenommen. Ohne Umschweife gab der US-Delegierte zu verstehen: Keine Verhandlungen über die Einschränkung der Rüstungen, keine Konferenz über militärische Entspannung — aber Kurs auf eine neue Runde im Wettrüsten! „Es darf keine Mißverständnisse geben. Die USA treffen bereits Maßnahmen zur Steigerung ihrer Militärmacht

ÖFFENTLICHKEIT UND MADRID

Wladimir ORJOL

Die friedliebende Öffentlichkeit erachtet die Schlußakte von Helsinki mit Recht als Ergebnis der Arbeit nicht nur von Regierungsexperten, Diplomaten und Staatsmännern, sondern auch der eigenen Aktionen. Die öffentlichen Kräfte taten nicht wenig, um ein für die erfolgreiche Arbeit der Gesamteuropäischen Konferenz günstiges Klima herbeizuführen. Sie sorgen ständig dafür, daß die Bestimmungen der Schlußakte in die Tat umgesetzt werden.

Wenige Tage vor der offiziellen Eröffnung des KSZE-Nachfolgetreffens in Madrid tagte ebendort eine internationale Konferenz nichtstaatlicher Organisationen zur Förderung der Realisierung der Schlußakte. Vertreten waren 33 große internationale und 16 nationale Organisationen. Die Konferenz wurde vom Weltverband der UNO-Gesellschaften angeregt. Der Weltkirchenrat, der Weltfriedensrat, die Interparlamentarische

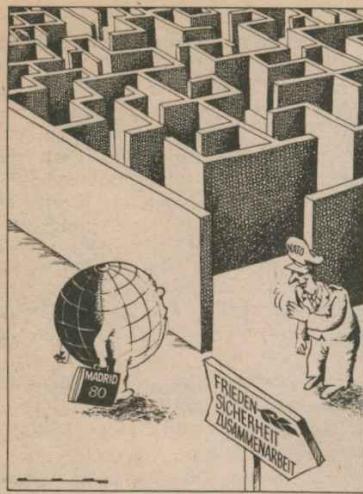
Union, das Internationale Komitee für europäische Sicherheit und Zusammenarbeit, demokratische Gewerkschafts-, Frauen- und Jugendverbände entsandten ihre Delegierten nach Madrid. Teilnehmer der Konferenz waren auch recht bekannte westliche Organisationen wie die Internationale Amnestie, der Jüdische Weltkongreß, die Internationale Juristenkommission, die Pax Christi und die Internationale Frauenliga für Frieden und Freiheit.

Schon diese Liste gibt eine Vorstellung vom breiten politischen Spektrum und repräsentativen Charakter der Konferenz. Deshalb sind ihre Arbeitsergebnisse ein maßgeblicher Ausdruck der internationalen, vor allem westlichen öffentlichen Meinung über Fragen, die mit der KSZE zusammenhängen. Besonders erwähnenswert ist das angesichts diverser lärmender, niemanden vertretender Zusammenrottungen von „Dissiden-

ten“ und sonstiger zweifelhafter Ansammlungen, die eigens zur Zeit des Madrider Nachfolgetreffens abgehalten und von den bürgerlichen Massenmedien hochgespielt werden.

Diese Massenmedien haben wie auf Kommando (oder auch ohne das „wie“?) die Arbeit und die Ergebnisse der Madrider Konferenz totgeschwiegen — eine unangenehme Überraschung für einige ihrer Teilnehmer, die sich zu Beginn der Diskussion über die „Informationsfreiheit“ im Westen und den „geschlossenen“ Charakter der sozialistischen Gesellschaft ausließen.

Die Konferenz enttäuschte offensichtlich die Entspannungsgegner. Ihr alles in allem konstruktiver Verlauf fügte sich schlecht in das USA-Szenarium ein, das das Schüren von Konfrontation und antisowjetischer Hysterie um das Madrider KSZE-Nachfolgetreffen vorsah. Die Vertreter der Weltöffentlichkeit legten genügend politische Nüchternheit und Zurückhaltung an den Tag, um sich nicht von der Erörterung der Hauptaufgabe der Öffentlichkeit ablenken zu lassen.



Zeichnung: N. Stscherbakow

und werden solche Maßnahmen demnächst verstärken".... „Wir werden das Programm unserer militärischen Bereitschaft verwirklichen und die Ressourcen des amerikanischen Volkes, des amerikanischen Reichtums, des amerikanischen Erfindungsgeistes und der amerikanischen Technologie dafür aufbieten.“ Von solchen Stilblüten wimmelte es im Text, der in den Wandelhallen umlief. Offene Drohungen gingen mit einer Art Ultimatum an die Adresse der UdSSR einher: Die USA würden einer Kon-

ferenz über die militärische Entspannung in Europa nur zustimmen, wenn die UdSSR die Bedingungen der Carter-Administration erfülle. Einer meiner westlichen Kollegen meinte ironisch, in Washington gehe man an die Konferenz wie an die Moskauer Olympiade heran.

Nun, diese Position löst bei den anderen westlichen Delegationen nicht gerade Begeisterung aus. Die meisten ihrer Vertreter zogen es vor, sich aller Kommentare zu enthalten. Max Kampelman selbst sah sich genötigt zuzugeben, daß seine Ausführungen bei den Verbündeten der USA „keine einmütige Billigung fanden“. Zum Wesen der Sache aber konstatierte der sowjetische Chefdelegierte Leonid Iljitschow Journalisten gegenüber folgende einfache, aber offensichtliche Tatsache: Die negative Einstellung der USA zu einer Konferenz über militärische Entspannung war auch früher bekannt. Die USA lehnten diesen Vorschlag, gleich nachdem er vom Politischen Beratenden Ausschuß der Warschauer Vertragsstaaten unterbreitet worden war, ab. Aber die europäischen Länder, z. B. Frankreich, Schweden und Finnland, sprachen sich dafür aus.

Die Diskussionen auf den darauf folgenden Sitzungen illustrierten die Ziele und Ergebnisse des „Faustschlages“. Wie Journalisten bekannt wurde, forderte bei der Diskussion über den zweiten „Korb“ ein einziger Delegierter (selbstverständlich

der amerikanische) eine „Wirtschaftsblockade“. Die übrigen dagegen sprachen, wenn auch nicht ohne kritische Bemerkungen, von der Nützlichkeit und Wichtigkeit der wirtschaftlichen Zusammenarbeit. Der ECE-Geschäftssekretär Stanovnik erklärte auf einer offenen Sitzung, die Ausmaße und die Intensität der wirtschaftlichen Ost-West-Zusammenarbeit hätten sich im letzten Jahrzehnt in Europa „eindrucksvoll vergrößert“. Wie er betonte, stieg der Export aus den westlichen Ländern Europas in die östlichen 1965–1979 auf mehr als das Vierfache und der aus den osteuropäischen Ländern auf das Doppelte. Der Handel habe 1979 und 1980 weiterhin zugenommen.

Die geschlossenen Sitzungen werden fortgesetzt. Auf ihnen herrscht Beileibe keine ungetrübte Atmosphäre. Sobald z. B. die Rede auf die Verwirklichung der Schlußakte auf den humanitären Gebieten (dritter „Korb“) kam, erwies es sich, daß sich in Madrid besonders zahlreiche Liebhaber verbaler Corridas eingefunden haben, die es darauf anlegten, sachliche Arbeit durch propagandistisches Geplänkel zu ersetzen. Wie mir aber ein Alteingesessener sagte, wäre es nicht schlecht, wenn die Teilnehmer des Treffens dem Beispiel der spanischen Hauptstadt folgten: Hier ist die Zeit der Stierkämpfe schon zu Ende.

Madrid, den 22. November

Diese Aufgabe lautet heute: Erhaltung und Festigung der Entspannung, Beseitigung der Kriegsgefahr.

In dem im Konsensverfahren angenommenen Schlußdokument drückten die Konferenzteilnehmer ihre Besorgnis über die Verschlechterung der Beziehungen zwischen den Signatarstaaten der Schlußakte aus. Sie forderten die Regierungen auf, die Atmosphäre der gegenseitigen Verständigung und des guten Willens wiederherzustellen, die auf der Helsinki-Konferenz die für alle annehmbaren Vereinbarungen ermöglicht hatte. Das Wettrüsten, das zur Erhöhung der nuklearen Gefahr in Europa und der ganzen Welt führt, wurde verurteilt. In vielen Reden wurde die von Präsident Carter verkündete Doktrin des „begrenzten“ Nuklearkrieges vernichtet kritisiert.

Gerade zu der Zeit, als die Obstruktion gewisser westlicher Delegationen auf dem Madrider Treffen dessen Zustandekommen fraglich machte, rief die Konferenz seine Teilnehmer auf, „sich auf die konstruktive Ausarbeitung prak-

tischer Maßnahmen zur Festigung der Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa, insbesondere zur Vereinbarung der baldigsten Einberufung einer Konferenz über die Abrüstung in Europa, zu konzentrieren“.

Die Madrider Konferenz merkte konkrete Maßnahmen vor, die den nichtstaatlichen Organisationen auf internationaler und nationaler Ebene helfen sollen, noch aktiver zur Realisierung der Schlußakte beizutragen.

Aber der konstruktive Verlauf der Konferenz paßte den Entspannungsgegnern offensichtlich nicht. Schon beinahe zum Schluß kam es zu einem Zwischenfall, der veranschaulichte, wie destruktiv die offizielle USA-Position auf dem Madrider Nachfolgetreffen ist. Der USA-Delegierte (der übrigens im Rockaufschlag auch die Plakette eines beim Madrider Treffen akkreditierten Pressevertreters trug) versuchte, die Annahme des Schlußdokumentes zu blockieren, wozu er ultimativ forderte, in diese Urkunde eine provokatorische Änderung

im Hinblick auf die „Menschenrechte“ aufzunehmen. Sowohl der Inhalt der Änderung als auch die Art und Weise, wie sie vorgebracht wurde, ließen dem Geist der Konferenz dermaßen zuwider, daß kein einziger ihrer Teilnehmer den USA-Vertreter unterstützte. Er sah sich völlig isoliert und mußte seinen Vorschlag zurücknehmen.

Unterschiedlich orientierte nichtstaatliche Organisationen erklärten klipp und klar, daß sie von den Regierungen die Erfüllung der Vereinbarungen von Helsinki erwarten, auch ein Herantreten an das gegenwärtige Madrider Treffen, das die Verständigung und das Vertrauen zwischen den Ländern festigen würde. Hoffentlich werden die im Schlußdokument der Konferenz (es wurde allen 35 Delegationen auf dem Madrider Treffen zugeleitet) dargelegten Standpunkte der Weltöffentlichkeit berücksichtigt und Madrid in einem neuen Schritt vorwärts auf dem Wege der Entspannung gipfeln.

Madrid—Moskau

ABGESEGNETER MORD

Von unserem ständigen Berichterstatter Juri GUDKOW

Das Gericht ließ sich Zeit: Insgesamt fünf Monate. Sechs Wochen wurden gebraucht, um die Jury zusammenzukriegen, 14, die Zeugen zu vernehmen. Die Geschworenen saßen sieben Tage in Klausur.

Dafür weiß heute, nach der Urteilsverkündung vom 18. November jeder: Das Gericht hat Unrecht gesprochen. Der Freispruch der Mörder war ein Hohn auf die Opfer, auf das Gesetz, auf ein doch anscheinend so unbestreitbares Recht, wie das Recht auf Leben. Inzwischen wurde über dem Urteil im Mordprozeß von Greensboro (US-Staat North Carolina) der Vorhang gesenkt. Das US-Fernsehen, sonst so auf Zack, hüllt sich in Schweigen. Allerdings: die Mörder schweigen nicht. Auf einer Pressekonferenz anlässlich des Prozeßabschlusses rief der Führer der neonazistischen Partei in North Carolina die Staaten North und South Carolina auf, die United States zu verlassen und „einen Staat nur für Weiße“ zu bilden. Wie überkandidelt dieser Plan auch wirken mag, inspiriert wurden die Rassisten dazu von dem Urteil selbst. Soweit der Epilog. Wenden wir uns nun dem Beginn der Geschichte zu.

„Eine Schande für unser Land“

Am 3. November vorigen Jahres war im Negerghetto von Greensboro, einer Industriestadt mit 160 000 Einwohnern, eine Protestdemonstration gegen das Aufmupfen des Ku-Klux-Klan und der neonazistischen Organisationen angesetzt. Die Demonstration sollte um die Mittagszeit an der Kreuzung der Everitt und der Carver Street beginnen. Die Organisatoren befürchteten, die Rassisten könnten den Demonstrationszug schon bei seiner Aufstellung sprengen, und hatten deshalb öffentlich bekanntgegeben, er beginne um 11 Uhr am Windsor Community Center, etwa einen Kilometer vom tatsächlichen Treffpunkt entfernt.

Um 11.20 Uhr hatten sich an der Kreuzung mehr als 100 Personen versammelt, als langsam eine aus neun Wagen bestehende Autokolonne auf sie zukam. Die Fahrzeuge blockierten die Kreuzung und ließen als einzigen Rückzugsweg die Omoriot Street, die eher einer schmalen Allee ähnelt.

„Ku-Klux-Klan, eine Schande für unser Land!“ ertönten Rufe.

„Macht euch von der Straße,

Nigger!“ schrie der Fahrer des ersten Wagens, und die Ku-Klux-Klan-Leute sprangen heraus. Es waren etwa dreißig bis vierzig (die genaue Zahl ist auch heute noch, nach dem Prozeß, unbekannt). Es kam zu Handgreiflichkeiten, wobei einer vom Klan zweimal in die Luft schoß. Das war offenbar das Signal. Aus den Kofferräumen der Wagen wurden sofort Pistolen, Flinten und Gewehre hervorgezaubert. Geordnet wie bei einer Übung eröffneten die Klan-Leute das Feuer. Zwei von ihnen behielten dabei sogar die Zigarette im Mund. Bilanz: Vier Tote, ein Sterbender (er hauchte einen Tag später im Krankenhaus sein Leben aus) und zehn Verletzte. Die in Aktion getretene Polizei verhaftete zwölf Leute vom Klan und Nazis und beschlagnahmte einen gelben Jeep. Die übrigen Fahrzeuge kratzten die Kurve.

Nelson Johnson, Negro und Mitorganisator der Demonstration, sagte, an die Menge gewendet: „Der Ku-Klux-Klan ist eine Waffe der regierenden Klasse, und er will Weiße und Schwarze spalten, um den gemeinsamen Kampf gegen den tatsächlichen Feind, die Macht des Kapitals, zu verhindern.“ Johnson wurde wegen Aufrührertum festgenommen. Nicht weit davon stand Rand Manzella mit einer Pistole, die er dem umgekommenen Bill Sampson abgenommen hatte. Auch er wurde verhaftet, und zwar wegen „Tragen von Waffen zur Organisierung von Terror gegen die Bevölkerung“. Auf der Kreuzung Everitt und Carver Street trat Totenstille ein, wie das nach Schußwechseln häufig geschieht. Zu hören war nur das Stöhnen der Verwundeten und das Weinen der Verwandten und Freunde der Ermordeten.

Fünf gemeine Morde

Greensboro hat eine lange Geschichte des Kampfes für die Bürgerrechte. Und eine lange Geschichte der Gewalt.

Dennoch läßt sich kaum ein Vergleich zu den Vorgängen des 3. No-

vember 1979 finden, die so der Bürgermeister, „zu den schrecklichsten in Amerika“ gehören.

Die Toten hatten erstaunlich vieles gemeinsam. Die Vier waren Weiße und alle Ärzte. Michael Nathan und Cesar Caucé waren in Krankenhäusern für die minderbeamtete Bevölkerung beschäftigt und setzten viel Zeit und Kraft für die Gewerkschaftsarbeit ein. James Waller und Bill Sampson hatten ihre Berufe aufgegeben, die zu den einträglichsten in den USA gehören, und waren Gewerkschaftsorganisationen geworden.

Das fünfte Opfer — die 28jährige Negerin Sandy Smith — war ebenfalls eine Aktivistin der Bürgerrechtsbewegung.

Am Sammelplatz hatten sich also sechs Organisatoren der Demonstration aufgehalten, von denen fünf er-



Noch immer flammen in Amerika die Kreuze des Ku-Klux-Klan, der, 1865 gegründet, einen neuen Aufstieg erlebt.

Telebild UPI-TASS

mordet wurden. Kann man hier von einem „Zufall“ sprechen?

Die Kugeln trafen genau in den Kopf oder ins Herz. Geschossen wurde entweder mit starkem Schrot oder mit Gewehrkarabinen, die die Opfer geradezu durchschlugen. Auch das ein Zufall?

Der Districtsanwalt weigerte sich, den Ku-Klux-Klan der organisierten Verschwörung anzuklagen und antwortete auf eine zweifelnde Journalistenfrage:

„Eine Verschwörung ist kaum haltbar. Wo sind die Beweise dafür?“

Dies war nicht der erste Zusammenstoß mit dem Ku-Klux-Klan. Vier Monate vor diesen Ereignissen konnten die Verstorbenen eine ähnliche Demonstration organisieren und die Vorführung eines rassistischen Films in der Ortschaft China Grove verhindern. Der Ku-Klux-

Klan nahm das als starke Niederlage auf. Danach schlossen sich die „unsichtbaren Ritter des Klans“ in North Carolina mit der dortigen Nazipartei zusammen und bildeten eine „United Racist Front“ (daraus erhellte, warum unter den zwölf Verhafteten sechs Nazis waren). Das Oberhaupt der „unsichtbaren Ritter“, Griffin, befand sich nach Worten von Augenzeugen im ersten Kraftfahrzeug. Kurz vor dem 3. November hatte er, wie der „Charlotte Observer“ meldete, seinen Gesinnungskumpaten gesagt: „Wenn ihr euch um eure Kinder sorgt, müßt ihr losgehen und hundert Nigger töten und sie tot in den Straßen liegenlassen.“ Nach dem 3. November zeigte sich Griffin nicht weniger deutlich: „Die Kommunistische Partei war immer unser Hauptziel... Wenn es keine Kommunistische Partei gäbe, dann gäbe es keine Probleme mit den Niggern.“

Und noch eine Frage: Wo war die Polizei während des Überfalls?

Am gleichen Tag gab es in Dallas (Texas) eine Demonstration von 50 Ku-Klux-Klan-Mitgliedern. Sie wurden von 300 stark bewaffneten Polizisten und vier Hubschraubern vor jeglicher „Überraschung“ geschützt. In Greensboro glänzte die Polizei durch Abwesenheit. „Die Polizei war von dem neuen Treffpunkt nicht in Kenntnis gesetzt worden. Im Unterschied zum Klan glaubte die Polizei, der Demonstrationszug sammle sich beim Windsor Community Center“, meldete die „Washington Post“, die diese Erläuterung vom Greensborer Polizeichef hatte.

In der US-Presse veröffentlichte Fakten allerdings widerlegen derartige Behauptungen. Der FBI hatte unter den Rechtsextremisten seinen Agenten, der an zwei Zusammenkünften des Klans am 1. und am 2. November teilnahm. Er beobachtete die Kolonne auch am 3. November. Die letzte Meldung, die er um 11.22 Uhr über Polizeifunk gab, lautete: „Jetzt sind sie am Sammelplatz“. Dennoch sorgte die Polizei nicht für den Schutz der Demonstration, sondern verlangte vielmehr, ihre Teilnehmer dürften nicht bewaffnet sein, obwohl das Waffentragen in North Carolina gesetzlich gestattet ist.

Beweis für die „Unschuld“

Im Gegensatz zur Polizei war das Fernsehen rechtzeitig zur Stelle, und so konnten die Ereignisse vom 3. November auf Film gebannt werden. Er zeigt, wie Jerry Smith aus zwei Pistolen auf den mit einem Plakat „bewaffneten“ Cesar Cauce feuert. In der Gerichtsverhandlung wurde bewiesen, daß David Matthews, einstiger Marineinfanterist, vier Personen ermordet hatte (er

selbst meint, er habe „drei erwischt“). Dem Gesetz nach sind alle übrigen der Beihilfe zum Mord schuldig. Und sie alle wurden von der Jury freigesprochen. Begründung: Die Leute des Ku-Klux-Klan waren zur Abwehrhandlung gezwungen, da die Demonstranten Waffen besaßen.

Nelson Johnson, einziger Überlebender Organisator der Demonstration, sagt: „Unsere Hauptaufgabe ist eindeutig politisch. Wir bekämpfen den Klan politisch. Deshalb waren wir einverstanden, unbewaffnet zur Demonstration zu gehen. Bill Sampson hatte seine 38er mitgenommen, weil sein Leben schon mehrmals bedroht worden war.“

Die sechs Wochen, die das Gericht zur Wahl der Geschworenen aufwandte, waren nicht umsonst verbracht. Sie waren nicht nur alle Weiße, sondern der Chairman war ein ehemaliger Fabrikbesitzer auf Kuba und Leiter einer profaschistischen und antikubanischen Terrororganisation. Unter den Geschworenen war ein ehemaliger Marineinfanterist, genauso wie unter den Angeklagten. „Die Anwälte beider Seiten sagten, die Jury sei durch das patriotische Image beeinflußt gewesen, das die Verteidigung für die Klan-Leute und für die Nazis, die gegen die Kommunisten auf der Straße kämpften, aufgebaut hatte“, meldet die „Washington Post“. Die Kumpane des Ku-Klux-Klan nannten das Urteil der Jury einen „Sieg des Weißen Amerika“.

Der Klan im Aufstieg

Dieser „Sieg“ kam gelegen. Der Klan befindet sich im Aufstieg: Seit 1975 hat sich seine Mitgliedszahl verdoppelt und er agiert heute in 22 Bundesstaaten. Die Zahl der Sympathisanten beträgt 75 000 bis 100 000. „Wir sind der neue Klan, wir haben nicht das alte Image der Tabak- und Gummikauer“, sagt einer der Rassisten. „Wir haben gemerkt, daß wir in miesen Zeiten Mitgliederzuwachs kriegen“. Die Zeiten sind tatsächlich mies, und der politische Einfluß des Klans, so betont der bekannte Negerführer Jesse Jackson, ergibt sich daraus, daß er die Furcht jener Weißen ausnutzt, die dazu neigen, sich an den Negern abzureagieren, wenn nicht alles so klappt, wie es sollte.

Bei den kürzlichen Kongreßwahlen der Demokratischen Partei im dichtestbevölkerten Wahlkreis California wurde der „Große Drachen“ des dortigen Ku-Klux-Klan aufgestellt.

Die an höchsten Stellen des Verwaltungsapparates sitzenden Rechten ziehen es vor, Fanatiker „rechter als sie selbst“ zu haben. Das erleichtert es ihnen, ihre eigenen antisozialen Programme ans breite

Publikum zu bringen. Und die Zeichen der Aufmerksamkeit für Klan nehmen zu. 1978 gestattete das Oberste Bundesgericht der USA der Nazipartei einen Marsch nach Chicago, wobei es sich auf die von der Verfassung garantierte „Redefreiheit“ berief. Ein New Yorker Berufungsgericht urteilte, eine Mitgliedschaft im Klan dürfe kein Hindernisgrund für einen Dienst in der Verwaltung des Strafvollzugs sein.

Gegenwärtig wird das Land von einer rassistischen Mordwelle überrollt. In Oklahoma City wurden kürzlich ein Neger und eine weiße Frau erschossen. Das gleiche geschah in Johnstown (Pennsylvania). In Salt Lake City machte ein Scharfschütze zwei Neger nieder. Im Mai wurde der Negerführer Vernon Jordan in Fort Wayne (Indiana) schwer verletzt. Die Polizei macht für diese Taten einen gewissen Joseph Franklin verantwortlich, der jüngst in Florida inhaftiert wurde. Franklin war Mitglied des Klans und der US-Nazipartei. Vielleicht ist er der Mörder Niemand aber kann bislang den Mord an vier Negern in Buffalo klären, die innerhalb von 36 Stunden aus der gleichen 22-Kaliber-Pistole erschossen wurden. Und niemand kann die Negerfamilien von Atlanta schützen, denen nun schon 15 Monate hintereinander ihre Kinder entführt werden. Pro Monat ein Kind. Vier von ihnen wurden tot aufgefunden. Die Tat eines Wahnsinnigen? Vielleicht. Doch die Wahnsinnigen in den Ku-Klux-Klan-Klufteln und in den Brauhäfen der Nazis versammeln sich offen zu Demonstrationen und verkünden ihre Standpunkte in den Massenmedien. Vor kurzem ging eine Meldung über militärische Übungen des Ku-Klux-Klan in den Wäldern nördlich von Birmingham durch die Zeitungen. Dort stellt der Klan „Sondertruppen“ ähnlich den „Eingreiftruppen“ des Pentagon auf, die mit Gewehren, MGs und sogar Artillerie ausgerüstet sind. Das Lager bei Birmingham heißt „My Lai“. So hieß das Dorf in Vietnam, wo US-Leutnant William Calley befohlen hatte, alle Einwohner auszurotten. Derartige Lager gibt es bereits in sieben Bundesstaaten. Der Zweck? Der Ku-Klux-Klan-Mann Terry Tucker, dem der Gedanke zu dieser „Sondertruppe“ gekommen war, verbirgt den Zweck nicht: „Wenn Birmingham eines Tages zu einem neuen Miami wird, wird die Sondertruppe des Klans dort sein.“

In Greensboro ist sie schon gewesen. Nach Auftragserledigung wurden die Mörder freigesprochen. Die Ultras bekamen vom Gericht den Segen zu neuen Verbrechen.

New York

ABFUHR FÜR DIE KONTERREVOLUTION

Unter großen Anstrengungen errichtet das Volk von Nikaragua seine nationale Wirtschaft wieder. Und je mehr Erfolge es beim Aufbau des neuen Lebens verzeichnet, desto stärker wird die Wut der Feinde des neuen Nikaragua innerhalb sowie außerhalb des Landes. Die aus getreuen Somoza-Leuten und feindlichen Elementen aus den bürgerlichen Parteien bestehende Konterrevolution unternimmt alles, um das Land vom Weg der fortschrittenen Umgestaltungen abzubringen.

Vertreter der Demokratischen Bewegung Nikaraguas (MDN), der Partei des Großkapitals sowie Unternehmerkreise und Mitglieder der Christdemokraten, der Konservativen und der Liberalen Partei wollten Mitte November eine künstliche Krise schaffen, indem sie den Staatsrat (das konsultative Gesetzgebungsorgan, in dem Parteien,

Gewerkschaften, Unternehmerekreise und gesellschaftliche Organisationen vertreten sind) verließen. Der Vertreter der Sandinistischen Befreiungsfront (FSLN) in diesem Machtorgan, Julio López, bezeichnete diesen Schritt als „grobe, schändliche, von langer Hand vorbereitete Provokation“.

Einige Tage vorher hatten die MDN-Leute eine Fahne der FSLN verbrannt. Einige Gruppen wollten eine Großveranstaltung zum Gedenken an den Nationalhelden Nikaraguas und Mitbegründer der Front Carlos Fonseca Amador stören.

Diese volksfeindlichen Aktionen waren eine Herausforderung an die Regierung der Nationalen Erneuerung, die eine Kundgebung der MDN untersagt hatte, weil sie Hinweise besaß, daß während dieser Kundgebung Konterrevolutionäre auftreten sollten. Tatsächlich unternahmen an diesem Tag Somozabän-

den vom benachbarten Honduras aus einen bewaffneten Überfall auf einen Grenzposten Nikaraguas im Raum der Ortschaft Santa Maria.

Später, am 17. November, wurde eine konterrevolutionäre Organisation aufgedeckt, die bei den „Demokratischen bewaffneten Kräften“ mitmischt. Die Verschwörer planten einen Staatsstreich, die Verhaftung und Beseitigung von Mitgliedern der jetzigen Regierung und sandinistischen Führern und danach die Einsetzung einer provisorischen Regierungsjunta.

Zu diesem Zweck nahm die Gruppe Verbindungen zu den ehemaligen Nationalgardisten Somozas im Ausland auf und sollte von ihnen Waffen und Munition für Terrorakte erhalten. Der Leiter der Organisation, Jorge Salazar Arguello, Besitzer von Kaffeefeldern, wurde bei einer Schießerei getötet, als Angehörige der Staatsicherheit bei der Ortschaft Crucero, 22 km von der Hauptstadt entfernt, eine Aktion zur Festnahme der Verschwörer starteten.

Die Provokation der Feinde der Erneuerung Nikaraguas wurde von den meisten Nikaraguanern und den

SCHWEIZ

AUFSTAND BEI DEN EIDGENOSSEN

Sich in der Hauptverkehrszeit durch Zürich zu winden, ist eine Nerven- und Geduldsprobe. Je näher man dem Limmat-Kai kommt, desto unmöglich wird es, durch das Gewirr von Straßen, Gassen, Brücken über die Limmat, die die Stadt zweiteilt, zu kommen. Neben den Verkehrsampeln gibt es ein neues Verkehrszeichen: Stau. Hundert Meter weiter muß man wieder halten. Diesmal vor einem Schild mit der Aufforderung: Motor abstellen! Hier, in einer Niederung, sammeln sich bei starken Stillstandszeiten Auspuffgase, die häufig die zulässige Norm überschreiten. Aus diesem Grund hat die Polizei das neue Verkehrszeichen eingeführt.

Diese Sorge um die Reinheit der Luft bringt die Zürcher allerdings nur zum Grinsen. Wie oft haben die Ordnungshüter in jüngster Zeit die Atmosphäre der Stadt mit Tränengas verunreinigt! Anlaß dazu waren Demonstrationen von Jugendlichen gegen die bestehende Ordnung, gegen die Willkür der Behörden.

Mehr als fünf Monate ringen die jungen Zürcher um ihr Kulturzentrum und die Bewilligung der dazu nötigen Mittel durch die Behörden. Sie haben die Gleichgültigkeit der Stadtväter gegenüber den Wünschen der Jugendlichen

nach aktiver, schöpferischer Betätigung satt.

Hinter den Demonstrationen von anscheinend lokalem Charakter aber verborgen sich ernst zu nehmende soziale und politische Probleme nicht nur Zürichs, sondern des ganzen Landes.

Um die Schaffung eines Kulturzentrums geht es bereits 12 Jahre. 1968 protestierte die Jugend entschieden gegen den Verkauf des früher dafür bestimmten Gebäudes an die bundesdeutsche Firma „Globus“, das zu einem Kaufhaus gemacht wurde.

Die Stadtbehörden betrogen die Jugend auch jetzt, indem sie ein anderes Gebäude zu Lagerzwecken hergaben, das entsprechend einer Volksabstimmung von 1977 eben für die Jugend bestimmt war. Diese Willkürtrieb die jungen Leute auf die Straße.

Gegen die friedliche Demonstration gab es Sonder einsätze der Polizei. Die Ordnungshüter bewarfen die Demonstranten mit Tränengasgranaten, beschossen sie mit Gummikugeln und aus Wasserwerfern. Die Jugend leistete Widerstand, wollte Barrikaden errichten. Die Auseinandersetzungen währten mehr als 24 Stunden. Es wurden Verhaftungen vorgenommen.

Daraufhin entbrannten die politischen Leidenschaften. Die bürgerliche Presse schüttete Unratkübel über die Jugend aus. Vertreter der Linksparteien erklärten, die Ursache für die Unruhen seien in der verantwortungslosen Handlungsweise der Behörden zu suchen. Die Sachen bekräftigten das.

Während der Vorgänge in Zürich konnte eine Gruppe Studenten der dortigen Universität einen Film aufnehmen, der deutlich zeigte, daß die Unruhen von der Polizei provoziert waren. Die Universitätsleitung verbot die Vorführung des Films. Unter Berufung darauf, das Videogerät sei aus Universitätsgeldern angeschafft worden, zog sie es und gleichzeitig den Film ein.

Diese Willkürmaßnahme und die starke Unzufriedenheit der Studenten gaben Anstoß zu neuen Massendemonstrationen der Jugend. Sie verlangte die Beendigung der Repressalien, die Aufhebung der Zensur und die Demokratisierung des Bildungssystems. Letzgenanntes Problem ist für die Schweiz besonders akut. Auf allen Bildungsebenen blüht der „Numerus Klausus“. An den Hochschulen studieren lediglich 7—9% Arbeit- und Bauernkinder.

Unter dem Druck der Öffentlichkeit machten die Behörden Zürichs Zugeständnisse und überließen der Jugend ein leerstehendes Gebäude am Limmat-Kai. Auch damit waren die Dinge nicht

ihre Interessen vertretenden Parteien und Organisationen entschieden verurteilt. Der Verband der Sandinistischen Jugend „19. Juli“, die Sandinistischen Komitees zum Schutz der Revolution und andere Massenorganisationen veranstalteten einen Marsch durch die Hauptstadt sowie eine Kundgebung, auf der die Beendigung der Provokationen gefordert wurde, und erklärten ihre Bereitschaft, die revolutionären Errungenschaften entschlossen zu verteidigen. Die Machenschaften der bürgerlichen Parteien zur Destabilisierung der Lage im Lande wurden von der Patrioten-Front des Revolutionären Nikaragua entlarvt, zu der sich die Sandinistische Befreiungsfront, die Christlich-Soziale, die Sozialistische und die Unabhängige Liberale Partei zusammengeschlossen haben.

Die Teilnehmer der ersten Gewerkschaftsversammlung Nikaraguas Mitte November verabschiedeten einstimmig eine Adresse an das Volk, in der es u. a. heißt, der Austritt der bürgerlichen Parteien aus dem Staatsrat sei ein Versuch, die Revolution und die Einheit des Volkes zu untergraben.

Westliche Beobachter äußerten,

die Aktivierung der Rechtselemente innerhalb und außerhalb Nikaraguas sei zu beobachten, nachdem Ronald Reagan den Sieg bei den Präsidentschaftswahlen davongetragen habe.

Es ist natürlich noch verfrüht, von den wahren Plänen der künftigen US-Administration in bezug auf die lateinamerikanischen Länder zu sprechen. Das läßt sich nur anhand konkreter Dinge beurteilen. Festzu stellen ist jedoch, daß in Mittelamerika z. B. die Rechtskräfte, die ihre einstigen Positionen eingebüßt hatten, wieder munter werden. Die „New York Times“ äußerte, der Sieg Reagans habe bereits das politische Gleichgewicht in Mittelamerika verändert... Dabei seien die konservativen Kräfte rasch in die Offensive gegangen. Der gleichen Zeitung zufolge hofften Anhänger der Somozadynastie, die Regierung Reagan werde sich bemühen, die revolutionäre Regierung Nikaraguas zu isolieren und werde sogar unter schwellig eine verstärkte konterrevolutionäre Betätigung fördern.

In einem Kommentar der Agentur „Nueva Nicaragua“ vom 6. November heißt es dazu, „die nikaraguani sche Revolution hat ihre Beziehun-

gen zu den Vereinten Staaten seit ihrem Sieg präzis definiert“. Nikaragua gründet seine Außenpolitik auf den Prinzipien der „Unabhängigkeit und Souveränität, der gegenseitigen Achtung und Nichteinmischung in die inneren Angelegenheiten anderer Länder“, sagten Mitglieder des Führungsrats der Regierung der Nationalen Erneuerung. Gleichzeitig betonten sie, sie seien entschlossen, normale Beziehungen zu den USA zu unterhalten, würden sich aber nicht mit Versuchen abfinden, ihnen irgendwelche Bedingungen zu diktieren oder sie in die Knie zu zwingen.

Auf einer Pressekonferenz am 7. November in der Hauptstadt Managua erklärte das Mitglied des Führungsrats der Regierung Rafael Córdova Rivas, die Konterrevolutionäre entwickelten eventuell schon ihre fantastischen Pläne einer Invasion in Nikaragua. Sollten sie sie aber realisieren wollen, bekämen sie es mit einem Land zu tun, das eine Armee und eine Volksmiliz hat, die streng darauf achtet, Abenteuern nicht zu gestatten, den Boden Nikaraguas zu betreten.

W. DOLGOW



Die Polizei im Einsatz gegen die Jugend
Foto: Keystone

abgetan. Mit Hilfe der Polizei wurde alles unternommen, die Besucher des Zentrums zu kompromittieren und einen Vorwand für seine Schließung zu finden.

Keine Woche verging ohne Auseinandersetzung mit der Polizei. Zu den stärksten Zusammenstößen kam es Anfang September, als die Polizei schließlich einen Anlaß gefunden hatte und das Zentrum schloß. Wieder ging die Jugend auf die Straße. Diesmal übertrug sich die Polizei bei ihren Aktionen gegen die Teilnehmer der Kundgebung selbst.

Der Zürcher Journalist Baech-

ler bezeichnete die Grausamkeit der Polizei als unerhört. Er verglich diese Aktion mit dem Generalstreik von 1918, der im Blut erstickt worden war. Die Lausanner „24 Heurs“ brachte ein Foto von den Übergriffen der Polizei und verglich Zürich mit Ulster.

Die Demonstrationen der jungen Zürcher wurden in anderen schweizerischen Städten — Bern, Basel, Zug, Lausanne und Genf — unterstützt. An manchen Orten nahm der Protest größere Ausmaße an. In Basel z. B. wandten sich die jungen Leute gegen die Wohnungsspekulation und setzten sich für die Vergabe von Wohnraum zu erschwinglichen Mieten an minderbemittelte Bevölkerungsschichten ein.

Die Jugend wurde von der demokratischen Öffentlichkeit unterstützt. In Zürich veranstalteten die Partei der Arbeit der Schweiz sowie andere linke Parteien und fortschrittliche Organisationen eine zehntausendköpfige Demonstration.

Die Unruhen dauern noch immer an. Inzwischen stoßen hin und wieder links-extreme Elemente dazu und verleihen dem Aufstand anarchistische Formen. Dabei werden Schaufenster eingeschlagen und Geschäfte ausgeraubt. Um die für ihre Rechte kämpfenden Jugendlichen zu diskreditieren, schleust die Polizei auch eigene Agenten in die Jugendgruppen ein.

Gleichzeitig wurde ein ganzes System zur Unterdrückung von Andersdenkenden aufgebaut. Der „Tagesanzeiger“ berichtete folgendes: Der Zürcher Bürger Froehlich, Angestellter im Modehaus Spengler, erzählte in einem Leserbrief von den Beobachtungen, die er anstellte, als die Zürcher Polizei die Jugenddemonstration auseinanderknüppelte. Der Leser war bisher tatsächlich der Annahme, in einem freien Land könnte jeder frei seine Meinung äußern. Aber das war ein Irrtum. Gleich nach seinem Brief an die Presse wurde Froehlich mit anonymen Schreiben und nächtlichen Anrufern sowie „Befragungen“ in seinem Betrieb gequält. Dann kam der Höhepunkt: Ihm, der der Firma 13 Jahre treu gedient hatte, wurde nahegelegt, sich einen anderen Arbeitsplatz zu suchen.

Aber es ist nicht so einfach, die Jugend, die es in dem schweizerischen „Schoko-Paradies“ gar nicht so lecker hat, klein zu kriegen. Sie setzt den Kampf fort. Eine ihrer Demonstrationen veranstalteten die Jungen und Mädchen Zürichs vor dem Gebäude der „Neuen Zürcher Zeitung“, wobei sie Redefreiheit, objektive Information der Öffentlichkeit über die Forderungen der jungen Generation verlangten.

A. GULAJEW

Bern — Zürich

MOSKAUER DIALOG

Leonid MLETSCHIN

In der Hoffnung, ihren Konkurrenten zuvorkommen, brachte die Japan Broadcasting Corporation die Eröffnungsfeier der 2. Rundtisch-Konferenz sowjetischer und japanischer Öffentlichkeitsarbeiter in Moskau über einen Fernsehsatelliten. Der Verlauf der Konferenz wurde von der Tokioter Presse ausführlich kommentiert. Das lag nicht nur daran, daß unter den 137 japanischen Konferenzteilnehmern viele bekannte Journalisten waren. Das Interesse wurde von dem Wunsch bestimmt, die Fragen der bilateralen Beziehungen und Lösungswege für bestehende Schwierigkeiten sowie die Aussichten der Zusammenarbeit zu erörtern.

An einem „gefährlichen Scheideweg“

Vor fast einem Jahr fand im Tokioter Hotel New Otani die erste Rundtischkonferenz der sowjetischen und der japanischen Öffentlichkeit statt. Im Abschlußkommuniqué hieß es: „Die UdSSR und Japan sollten so bald als möglich zur Ausarbeitung eines Dokuments über die Prinzipien der Beziehungen zwischen beiden Ländern auf der Grundlage der guten Nachbarschaft und der gegenseitig vorteilhaften Zusammenarbeit kommen...“ Die Konferenzteilnehmer kamen ferner zu dem Schluß, daß der Umfang der Handels- und Wirtschaftsbeziehungen sowie des wissenschaftlichen und kulturellen Austauschs eine qualitativ neue Ebene der Beziehungen erfordere.

Leider schraubte Japan, unter dem Vorwand der Ereignisse in Afghanistan, bald darauf seine Zusammenarbeit mit der UdSSR herunter. Das Großkapital, das sich ernsthaft mit den amerikanischen und west-europäischen Partnern wegen des Massenexports von Kraftfahrzeugen und Haushaltstechnik auseinandersetzen hat, beeilte sich offenbar, Washington einen Knochen zuzuwirfen und die Einheit mit dem Westen vorzuzeigen. Diesen Aktio-nen Tokios, die die Prinzipien der guten Nachbarschaft verletzten, folgte eine ganze Reihe antisowje-

tischer Presseberichte und Äußerungen in Rundfunk und Fernsehen.

Als die Zeit zur zweiten Konferenz herankam, gab es in Japan Stimmen, die Zweifel an ihrem Erfolg äußerten.

Diese Voraussagen sind nicht eingetroffen. Sowohl die Anzahl der japanischen Teilnehmer wie deren Ansehen im gesellschaftspolitischen Leben des Landes beweisen, daß Nüchterndenkmale begreifen: Die Normalisierung der Beziehungen zur Sowjetunion liegt im Interesse Japans.

Hirohide Ishida, Parlamentsabgeordneter der regierenden Liberal-Demokratischen Partei und Vorsitzender der Parlamentsassoziation für japanisch-sowjetische Freundschaft sagte in seinem Eröffnungsreferat (sowjetischerseits sprach der Vorsitzende der Gesellschaft „UdSSR-Japan“, der Minister für die Hochseeflotte der UdSSR Gushenko):

„In diesem Jahr wurden die japanisch-sowjetischen Beziehungen ernsthaften Prüfungen unterzogen. Das ist das Ergebnis negativer Momente in der Weltlage: des Abweichens einiger Länder von der Entspannungspolitik, des Aufkommens militaristischer Stimmungen — und Japan macht hier keine Ausnahme —, des Entstehens militärischer Konflikte in mehreren Welträumen. Ich als Mensch, der die Folgen des vom militaristischen Japan entfesselten und so tragisch beendeten Krieges selbst erfahren mußte, bin mir voll der Verantwortung dafür bewußt, daß sich dies nicht wiederhole. Wir schätzen die außenpolitischen Friedensinitiativen der Sowjetregierung und Leonid Brezhnev persönlich sehr. Unserseits erklären wir den Wunsch, auch künftig zur Entwicklung der Freundschaft und Verständigung zwischen den Völkern Japans und der Sowjetunion beizutragen.“

„Die japanisch-sowjetischen Beziehungen nähern sich einem gefährlichen Scheideweg... Die Umstände gestatten es der japanischen Diplomatie nicht mehr, hinsichtlich der UdSSR tatenlos zu bleiben“, schrieb die Zeitung „Sankei“ vor der Eröffnung der Konferenz.

Die Konferenzteilnehmer bildeten vier Kommissionen, in denen sie verschiedene Aspekte der Beziehungen debattierten.

Selbstverständlich war die Konferenz kein Dialog von Gleichgesinnten, denn die japanischen Delegierten repräsentierten ein anderes sozialpolitisches System. Dennoch war die sachliche, konstruktive Atmosphäre ein deutliches Anzeichen dafür, daß die Teilnehmer den aufrichtigen Wunsch haben, die japanisch-sowjetischen Beziehungen weiter von dem gefährlichen Scheideweg fortzubringen.

Weg zur Verständigung

Munenori Akagi, Präsident der japanisch-sowjetischen Freundschaftsgesellschaft, kürzlich mit dem Orden der Völkerfreundschaft ausgezeichnet (siehe NZ 39/80) und Co-Vorsitzender der Rundtischkonferenz kritisierte wohl schärfer als andere den antisowjetischen Kurs mancher Tokioter Politiker. Er äußerte sich auch mißbilligend zu einigen Ausführungen der japanischen Presse. So ist es nicht erstaunlich, daß die Berichterstatter der bürgerlichen Zeitungen auf der Pressekonferenz Akagi buchstäblich attackierten und den Eindruck seiner Worte abschwächen wollten.

Munenori Akagi ist jedoch ein namhafter Mann der LDP. Er war schon vor dem Krieg Parlamentsmitglied geworden, hatte in fünf Kabinetten Ministerposten inne, war Generalsekretär des Kabinetts (der Bedeutung nach der zweite Posten in der Regierung), Chef des Verteidigungsamtes. Kurz, Akagi gehört zur Regierungselite. Gestützt auf seine großen politischen Erfahrungen gelangte er zu dem Schluß: Eine Unterschätzung der Wichtigkeit der Beziehungen zur UdSSR ist für Japan gefährlich.

„Nicht die Sowjetunion leidet unter dem niedrigen Stand der Kontakte zu Japan“, sagte Akagi. „Im Gegenteil, unser Land hat Einbußen, wenn es die riesigen Möglichkeiten der Zusammenarbeit mit der UdSSR außer Acht läßt.“

Die Anwesenden waren sich durchaus darüber im klaren, daß die Verschlechterung der Beziehungen zur Sowjetunion die Kehrseite solcher Momente in der gegenwärtigen japanischen Politik darstellt, wie die Annäherung an Peking, die Stärkung des militärpolitischen Bündnisses mit Washington, die Zunahme der militaristischen Stimmungen innerhalb des Landes. Indem sich Japan von seinem nördlichen Nachbarn entfernt, verletzt es das System der eigenen außenpolitischen Beziehungen und büßt die Manövri-

fähigkeit ein. Viele Japaner begreifen, daß die Sowjetunion eine stabilisierende Rolle im Fernen Osten spielt und einige Heißsporne abkühlte. Ein Ausbau der Beziehungen zur UdSSR — dieser Gedanke klang in den Reden der japanischen Konferenzteilnehmer deutlich an — würde die Stärkung der japanischen Position auch auf dem Weltmarkt und in dem Verhältnis zu Peking und Washington fördern.

Die Sowjetunion ist, wie das noch einmal in aller Deutlichkeit in der Rede Leonid Breshnews in Alma-Ata hervorgehoben wurde, bereit, auch in Zukunft die gegenseitig vorteilhaften Beziehungen zu Japan auszubauen. Wie kompliziert die politische Situation auch sein möge und wie unterschiedlich die Standpunkte zu einigen Fragen, man muß sich über die Gefährlichkeit einer weiteren Verschlechterung der zwischenstaatlichen Beziehungen im klaren sein. Wenn die japanische Seite zum Abschluß eines Friedensvertrags noch nicht bereit ist, könnte man als Zwischenetappe die Prinzipien der Beziehungen in einem Vertrag über gute Nachbarschaft und Zusammenarbeit verankern, was die Basis für eine planmäßige Entwicklung der Kontakte in den verschiedensten Bereichen schaffen würde.

Ein wichtiger Erfolg der Konferenz war es, daß die japanischen Teilnehmer einverstanden waren, es müsse nach neuen Berührungs punkten gesucht und eine Einheit der Meinungen erzielt werden. Man dürfe dagegen nicht die Aufmerksamkeit auf die Differenzen akzentuieren. Das wurde auch im Schlußkommuniqué festgelegt: „Die Differenzen zwischen den beiden Ländern nicht erweitern, sondern verringern, die politischen Differenzen nicht auf die Kontakte in anderen Bereichen ausdehnen, Zurückhaltung, Kaltblütigkeit und Geduld zeigen, ausgehend von den langfristigen nationalen Interessen.“

Stärkung des Vertrauens zueinander, Zurückhaltung in den zwischenstaatlichen Beziehungen, Wunsch nach Zusammenarbeit, das ist der Weg zur gegenseitigen Verständigung, die ein wichtiger Faktor zur Stärkung des Friedens im Fernen Osten und in der ganzen asiatischen Region werden könnte.

Vor der Karte der BAM

An der Wand des Sitzungssaals der Kommission für Wirtschaftszusammenarbeit hing eine große Karte der Region der Baikal-Amur-Magistrale. Die sowjetischen Konferenzteilnehmer sprachen von den

Möglichkeiten der Zusammenarbeit, deren Aussichten immer besser werden. In der Kommission gab es keine heißen Debatten, man diskutierte ohne Emotionen. Denn deren Mitglieder sind es mehr gewohnt zu rechnen als zu reden. Für die anwesenden Japaner war es keine Frage: Handeln oder nicht handeln? Die Frage bestand darin, wie sowjetische Aufträge zu erhalten seien.

Die Wirtschaftszusammenarbeit hatte sich bis zu diesem Jahr rasch entwickelt. Außer dem Handel umfaßte sie eine ganze Reihe gemeinsamer Großprojekte: Erschließung des Waldreichstums in Ostsibirien, der Kohle in Jakutien... In der Perspektive könnte über die Erschließung von Kupfervorkommen in Udkan, den Bau eines Hütten- und eines Erzreicherungskombinats gesprochen werden. Mit diesen Plänen befaßten sich im vergangenen Jahr das japanisch-sowjetische und das sowjetisch-japanische Komitee für Wirtschaftszusammenarbeit. Japan aber trägt die Schuld, daß deren Ausführung stagniert.

Japanische Gesellschaften haben Verträge über Hunderte Millionen Dollar eingebüßt. Das stellte Shoichi Yokokawa, Präsident der Japanisch-Sowjetischen Handelsassoziation, in seinem Referat mit Bedauern fest. Es sei lächerlich zu glauben, erklärte er, im Zeitalter der zunehmenden internationalen Arbeits teilung könne man ein Land aus dem System der Weltwirtschaftskontakte ausklammern. Die japanischen Firmen hätten sehr viele rücksichtslose Konkurrenten.

In den letzten Monaten verstärkten sich die Forderungen der japanischen Geschäftskreise nach Rückkehr zu normalen Handels- und Wirtschaftsbeziehungen. Dazu äußerte sich auch die Presse. Die „Tokyo Shimbun“ betonte: „Die Handels- und Industriekreise verlangen von der Regierung dringend eine Änderung ihrer Politik. Die Geschäftsleute sind darüber beunruhigt, daß Firmen der BRD und anderer westeuropäischer Länder in jüngster Zeit den japanischen Firmen vorteilhafte Aufträge aus der Sowjetunion weg schnappen.“

Die Kommission für Wirtschaftszusammenarbeit war die zahlmäßig stärkste. Die japanische Delegation — hauptsächlich Firmenpräsidenten — repräsentierte die Geschäftswelt des Landes, die am Handel und an gemeinsamen Projekten äußerst interessiert ist. Sie erfuhren in Moskau viel interessantes. Die Inbetriebnahme der BAM beispielsweise wird nicht nur eine schnellere Beförderung des für Japan dringend benötigten Rohstoffes und die Möglichkeit billiger

Transitbeförderungen mit der Eisenbahn durch das gesamte Territorium der UdSSR bedeuten. Große Reserven an Mineralressourcen werden verwertet: Hier beginnt die Entwicklung einer neuen Holzverarbeitungs-, Zellulose- und Kohle industrie, die Förderung seltener und Buntmetalle... Das ist noch keineswegs alles. Bereiche und Objekte für die Wirtschaftszusammenarbeit der beiden Länder gibt es mehr als genug. Die sowjetische Seite hat ganz unzweideutig ihre Bereitschaft zu dieser Zusammenarbeit erklärt.

Die japanischen Teilnehmer studierten aufmerksam die Karte der BAM. Einige von ihnen sahen in den sowjetischen Aufträgen einen Weg zur Eindämmung des unrythmischen japanischen Wirtschaftszyklus. Das betonte erneut Shoichi Yokokawa in seiner Schlussansprache. „Die Japan aufgezwungenen Sanktionen haben uns riesigen Schaden zugefügt“, sagte er. „Es wäre gut, wenn das alles der Vergangenheit angehört. Wir brauchen die Zusammenarbeit mit der Sowjetunion. Wir würden uns freuen, an der Erschließung Sibiriens und des Fernen Ostens teilnehmen zu können.“

Nach Beendigung der Rundtischkonferenz gliederte sich die japanische Delegation in einzelne Gruppen und erläuterte ihre Gedanken zur bilateralen Zusammenarbeit im Ministerium für Außenhandel der UdSSR, in den Ministerien für Fischereiwirtschaft und Kultur sowie im Staatlichen Film-, Rundfunk- und Fernsehwesen.

Die Leiter der japanischen Delegation wurden vom Kandidaten des Politbüros des ZK der KPdSU und ersten stellvertretenden Vorsitzenden des Präsidiums des Obersten Sowjets der UdSSR Kusnezow sowie dem ersten stellvertretenden Vorsitzenden des Ministerrats der UdSSR Archipow empfangen. Den japanischen Repräsentanten wurde noch einmal nachdrücklich erklärt: Die Sowjetunion hat ihre prinzipielle Linie auf Ausbau der Beziehungen zu dem fernöstlichen Nachbarn nicht geändert. Moskau ist zum Abschluß eines Vertrags über gute Nachbarschaft und Zusammenarbeit sowie eines zwischenstaatlichen Abkommens über die Prinzipien der Wirtschaftszusammenarbeit bereit, was es Japan gestatten könnte, seine Beziehungen zur UdSSR auf die der anderen kapitalistischen Staaten zu heben.

Dazu aber braucht es Gegen schritte Japans und dessen guten Willen.

STAHLHARTE DIPLOMATIE

Vor kurzem hat Washington den Import von Spezialstählen aus Betrieben der französischen „Creusot-Loire“ verboten. Weshalb haben ihm diese Erzeugnisse nicht gefallen? Sieh an, der Stahl soll Nickel kubanischer Herkunft enthalten. Der Vertreter des US-Finanzministeriums motivierte die Sanktion damit, daß die USA vor 18 Jahren eine Wirtschaftsblockade gegen Kuba verhängt haben.

Das war nicht sehr überzeugend, nicht einmal für die Amerikaner. Der wahre Verbotsgrund wurde von der „New York Times“ ausgeplaudert, die meinte, es handele sich um direkte Repressionen gegen die Firma, die es gewagt hatte, trotz des Drucks des Weißen Hauses einen Liefervertrag über Ausrüstungen für ein sowjetisches Hüttenkomplex abzuschließen.

„Das Verbot des Stahlimports“, schrieb die „Humanité“, „erlangt politische Bedeutung, da es ein Beweis dafür ist, daß die US-Administration auch die geringste Form von Selbständigkeit

der französischen Diplomatie nicht dulden will.“

I. GAPOTSCHEKA

...UND WEITER NICHTS

In einem Interview des italienischen Magazins „Mondo“ meldete sich der einstige US-Botschafter in Rom, John Volpe, mit einer Warnung. Ohne Umschweife erklärte er, es solle klar sein, daß die USA und ihre europäischen Verbündeten die Position Italiens in der NATO überprüfen müßten, falls in Italien die Kommunisten an die Macht kämen.

Nicht zum ersten Mal erteilen US-Botschafter den Italienern Lehren, wen sie zu wählen und wen sie nicht zu wählen haben, wer in die Regierung durfe und wer nicht. Sie verwechseln die Sprache des Diplomaten mit der eines Aufsehers. Die jüngste Warnung aus Übersee lautet im Klartext: Hier entscheiden wir und nicht ihr. Und weiter nichts.

L. NIKOLAJEW



Ein Orkan über dem Westteil des Inselstaats Haiti hat 200 Menschenleben gefordert und Tausende Einwohner obdachlos gemacht. Ein arger Schlag für ein Land, in dem die Einkünfte von rund 75% der Bewohner bei

RATEN SIE MAL, SIR?

Wer mit der Wahrsagerei nicht so gut Bescheid weiß, hat immerhin eine Vorstellung davon, daß man die Zukunft aus den Karten und aus dem Kafteesatz lesen kann. Am populärsten im Westen ist jetzt das Wahrsagen aus dem Nichts.



Der britische General John Hackett ist ein Profi. Sir Hackett wahrsagt nur den dritten Weltkrieg, was er in seinem Buch „Der dritte Weltkrieg: August 1985“ unter Beweis stellt. Der Experte für Nuklearkonfrontation weiß da Be-

scheid und mag das sehr. Und ihn mag man sehr, nämlich „U.S. News & World Report“, das eine ganze Seite für ein Interview des Herrn aufgewendet hat.

Von nun an muß die Gefahr des Ausbruchs eines dritten Weltkriegs allein in der Politik der sozialistischen Länder gesucht werden. (Da ist der Sir sicher.) Die Zunahme der US-Präsenz im Persischen Golf aber ist nur ein unschuldiges Spiell „Das ist sehr gut, sehr gesund“, meint Hackett. (Der General weiß alles.)

Es gibt übrigens auch andere Versionen. In dem Buch von Larry Collins und Dominique LaPierre „Der fünfte Reiter“ kann sich der dritte Weltkrieg wegen Libyen entwickeln. Die Buchverfasser verkünden, daß Libyen insgeheim einen Nuklearsprengkörper mit einer Kapazität von 3 Megatonnen nach New

York einschleust und ihn zu zünden droht, wenn der US-Präsident nicht auf seine Forderungen eingeht. Entsetzlich.

Angesichts der Ideen dieser „Prognostiker“ ist die Karikatur aus der kanadischen „Globe and Mail“ ein mieses Ding. Der Rundfunk sprecher verkündet dem gerade erwachten Spießbürgert: „Nun die Nachrichten. In der Nacht wurde die Welt durch Ausflüsse chemischer Stoffe vernichtet. Am Leben geblieben sind nur zwei Menschen.“ Der eine ist der Sprecher, der andere dieser Bürger mit noch



ungeputzten Zähnen. Am lustigsten finden das die Amerikaner, die man häufig mit ähnlichen Nachrichten weckt, mit „falschem“ Nuklearalarm und mit chemischen Ausflüssen schreckt. Lustiger oder schlimmer?

Nein. Am schlimmsten haben es wohl die Leser des „Fünften Reiters“ und die Verehrer des Deutera-telens Sir Hackett, denen auf populäre Weise klargestellt wird: Der dritte Weltkrieg steht kurz vor der Tür.

V. GRIBATSCHOW

P.S. Damit niemand denkt, Sir Hackett sei irgendein Vampir oder ein verrückt gewordener General, brachte „U.S. News & World Report“ dieses Foto des eleganten grauhaarigen Gentleman. Wir denken nicht so. Aber was man neuen „Forrestal-Kranken“ verzeihen kann, läßt sich bei Herrschern mit klarem Verstand und gutem Gedächtnis nicht entschuldigen.

HÜ

Wen
der m
zeichne
daß Pe
mosler

Vor
Gründ
und an
Organ
geng
der Ä
densal
wurde
boyko
Gebil
sche P
begeis
Liga d
Der F
Friede
hen O
Welt
Ägypte
„Al-Al

Die
fiel ze
week“
nik an
daß e
der K
sche Z
nisten
seine
und se
Palästi

R 3 DOLLAR „GÜTE“

er der „absoluten Armutsliegen, und 140 Dollar pro Kopf betragen, der Kinder sich ständig attessen können.

ein kilometerlange Schlange der „väterlichen“ Aufsicht (Vater-Polizei) wartet auf Sie wird von der Familie verteilt, dem Sohn des ehemaligen Diktators und seitdem die extra dazu in die Kirche gefahren sind.

end das gelangweilte überhaupt mit seinen Leibwächtern Domino spielt, kümmert Madame Duvalier um die Untertanen. Ein Fläschchen, ein Säckchen Reis, eine Seife und irgendwelche Kleinstücke — das kommt vom Kreuz. Von „Baby“ wie Jean-Claude Duvalier wird, gibt es einen Umgang mit drei Dollar drin.



Wenig? Wenig. Aber die Ausgaben des Präsidenten sind ja auch gestiegen. Da hat er doch gerade geheiratet, und das Feuerwerk, die 101 Kanonenschüsse, die Hochzeitstafel für 2000 Personen und andere Kleinigkeiten haben schließlich 3 Mio Dollar gekostet.

L. SMIRNOWA

Fotos aus „Stern“ (BRD)

UND HOTT

eking als den „treuesten Freund“ chen und arabischen Völkern be nichts Neues. Neu ist allerdings, offen der ganzen arabischen und Welt entgegengestellt hat.

and in Kairo die erste Tagung der Mung der Liga moslemischer Völker statt. Diese „internationale“ wurde vom Sadat-Regime als Ge Arabischen Liga geschaffen, auch nach der Unterzeichnung des Friedensvertrags mit Israel faktisch ausgeschlossen. Seminären und arabischen Völker der Tagung, dennoch erhielt das Partei Unterstützung. Der chinesische in der ARÄ, Liao Chang, „war im Gedanken der Gründung einer arabischen und arabischen Völker“. Abgesandte „maß den [Separatistischen] Präsidenten im Na Rolle Ägyptens in der islamischen festen Beziehungen zwischen China hohen Wert bei“, verkündete

g des chinesischen Diplomaten mit einer Meldung von „Newsberichten chinesischer Militärtechnologien. Es macht Peking nichts, eigentlich die antiarabischen Aktionen schthaber preisen und die militärische Arbeit mit den israelischen Zionisten. Und es verkündet lautstark Freiheit mit den arabischen Völkern“ Verstärkung der gerechten Sache der

W. KEDROW

„NEUE ZEIT“ 48-80

AUF DEM PULVERFAß

Generalmajor Robert Close hat sich vom Militär auf die Politik verlegt. Nach seinem Ausscheiden aus den belgischen Streitkräften will er in der belgischen Liberalen Partei Karriere machen.

Die Sternchen auf den Schulterklappen waren immerhin nützlich. In einer Ansprache vor Hörern der Militärschule machte er alle fix und fertig. Erst die „Russen“, weil sie angeblich einen Nuklearkrieg vorbereiten, dann die Belgier, weil sie angeblich auf einen solchen Krieg nicht vorbereitet sind.

Immerhin wußte der General einen Ausweg. Für die Jugend müsse die Wehrdienstzeit verlängert werden. Die älteren Herrschaften, die im Parlament sitzen und Politik machen, sollten so schnell wie möglich der Stationierung neuer US-Raketen in Belgien zustimmen. Das Ziel unserer Verteidigung, verkündete Close, ist es, „eine möglichst große Anzahl der Zivilbevölkerung am Leben zu erhalten“.

Auf einem Pulverfaß „am Leben zu halten“? Anscheinend wird Robert Close als Politiker ein genauso unsicherer Kandidat, wie er es als General war.

L. MAKAREWITSCH

GEMISCHTES DOPPEL

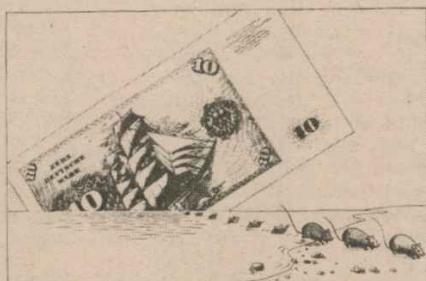
In Lissabon haben sich fast gleichzeitig der Außenminister Freitas do Amaral und der Verteidigungsminister Amaro da Costa geäußert.

Der Verteidigungsminister mit einer melodramatischen Note: „Die Politik der „Tauben“ angesichts der „Falkenpolitik“ der UdSSR fortzusetzen, heißt die NATO zu einem naiven und feigen Selbstmord verdammen“. Dazu wird es der Minister natürlich nicht kommen lassen. Er wird die hilflosen und demütig gurrenden NATO-Tauben aus den sowjetischen Fängen reißen, und zwar mit Hilfe eines „Verteidigungsplans, der zur Erfüllung des NATO-Auftrags zur Abwehr des UdSSR-Expansionismus beitragen würde“. Während der Verteidigungsminister seine bedrohlichen Tiraden von sich gab, ließ sein Außenministerkollege die Katze aus dem Sack, indem er schon das Abkommen über die kulturelle Zusammenarbeit mit der UdSSR als „Expansionismus“ betrachtete.

Währe noch der Grund für die antisowjetischen Ausfälle der portugiesischen Offiziellen herauszufinden. Der Verteidigungsminister erinnerte daran, die Regierung habe sich für die Stationierung neuer US-Kernraketen in Europa ausgesprochen und erklärte: „Es wäre in politischer und moralischer Hinsicht unehrlich, diesen Beschuß in bezug auf andere Staaten zu verteidigen und ihn in bezug auf Portugal abzulehnen“. Will man in Lissabon etwa dem Pentagon unter die Arme greifen, das es mit der Stationierung seiner Pershings und Tomahawks in Belgien und Holland gar nicht so einfach hat?

Gerade jetzt geht es ja um eine verstärkte Präsenz der USA und der NATO in Portugal, um den Bau von Stützpunkten auf seinem Territorium. Und wenn der Ausverkauf schon im Gange ist, warum soll man dem Pentagon dann nicht auch ein Plätzchen für seine neuen Raketen einräumen!

W. IWANOW



Zeichnung aus „Stern“ (BRD)

„Keinen Grund zu rosigem Optimismus liefern die jüngsten wirtschaftlichen Prognosen für die Bundesrepublik“, schlußfolgerte die „Süddeutsche Zeitung“. Auch die Währung der BRD hat Tiefgang. Noch vor kurzem galt die DM als Vorbild finanzieller Stärke. Jetzt beginnt man sie schon fast mit der italienischen Lira zu vergleichen. In den letzten Monaten sinkt der DM-Kurs im europäischen Devisensystem unaufhaltlich. Den Finanzkapitänen der BRD gelingt es nicht, das Schiff im Fahrwasser der Stabilität zu halten. Der „Stern“ meint, es sei Zeit, die Rettungsringe anzulegen.

EXPORT IM DIPLOMATISCHEN GESPANN

Igor ARTEMJEW

Der kapitalistische Staat hat die Expansion seiner Bourgeoisie nach außen hin immer eifrig unterstützt. Angesichts des verschärften Konkurrenzkampfes auf dem kapitalistischen Weltmarkt greift er noch massiver in den Welthandel ein. Zugeleich gehört die Außenwirtschaftspolitik jedes bourgeois Staates zu seiner Außenpolitik. Wenn es diese erfordert, hört der Staat nicht nur auf, den Außenhandel zu stimulieren, sondern er engt ihn manchmal sogar ein.

Kontrollierter Export

Besonders weitgehend wird der Export im Interesse der Außenpolitik von den USA reguliert. Zwar geht das noch auf ein Gesetz von 1917 über den Handel mit dem Feind zurück, aber seit 1949, als das gegen die sozialistischen Länder gerichtete Exportkontrollgesetz verabschiedet wurde, wird der Export immer wieder aus außenpolitischen Beweggründen begrenzt. Zur gleichen Zeit bildete Washington zur Bekräftigung dieses Gesetzes in der NATO einen Koordinierungsausschuß für den Export strategischer Güter in die kommunistischen Länder (COCOM), dem neben den NATO-Staaten (außer Island) auch Japan angehört.

Heute benutzt Washington den Außenhandel aber nicht nur der sozialistischen Ländergemeinschaft gegenüber als Instrument der Außenpolitik. Die universelle Exportregulierung wurde 1977 gesetzlich erhärtet, u. zw. durch die Annahme eines Zusatzantrags im US-Kongreß, laut dem bei der Handelspolitik der USA einzelnen Ländern gegenüber solchen Faktoren wie der Art ihrer Beziehungen zu den USA und zu den mit diesen befreundeten oder verfeindeten Ländern Rechnung getragen werden muß. Senator Stevenson hat folgendes zugegeben: „Die USA sind das einzige Land der Welt, das den Verkauf seiner Waren als Privileg ansieht, welches entzogen werden kann, wenn die Politik eines Staates den USA mißfällt.“

Die Benutzung des Handels als außenpolitisches Druckmittel geht

auf die hegemonistischen Gefangenheiten der herrschenden Kreise zurück, die wiederum von der Sonderstellung herrühren, die die USA auf dem Weltmarkt in den ersten Nachkriegsjahren inne hatten. Seitdem hat sich die Lage wesentlich verändert. Die amerikanischen Handelsanktionen haben das Anwachsen der Wirtschaftsmacht des Weltsozialismus nicht verhindern können. Die Staaten Westeuropas und Japan, die wichtigsten Handelskonkurrenten der USA, haben diese in ihrer wirtschaftlichen Entwicklung ungefähr eingeholt. Trotzdem hat Washington seine hegemonistischen Angewohnheiten nicht abgelegt, was zu krassen Diskrepanzen zwischen den außenwirtschaftlichen Interessen und der Außenpolitik der USA führen mußte.

Verlust der Handelshegemonie

In den 60er und 70er Jahren nahm die Rolle der USA im Welthandel immer mehr ab. Ihr Anteil am Export der kapitalistischen Welt schrumpfte in diesem Zeitraum von 18 auf 12% zusammen. Zum ersten Mal war ihr Außenhandel 1971 passiv, was nach 1975 zu einer chronischen Erscheinung wurde. Im Jahre 1978 erreichte die Spanne zwischen Import und Export die Rekordgröße von 28,5 Md. und 1979 von 23,5 Md. Dollar.

Die erste Ursache für die Verschlechterung der Handelsbilanz der USA waren die akutere Energiefrage und die größere Einfuhr von Erdöl, die 1979 einen Wert von 58 Md. Dollar darstellte. Eine andere Ursache der Schwächung ihrer Außenhandelspositionen war die geringere Konkurrenzfähigkeit der Erzeugnisse der wissenschaftsaufwendigen verarbeitenden Industrien, auf die etwa 40% des Warenumsatzes der USA entfallen.

So z. B. macht der Anteil des Exports am Ausstoß der amerikanischen Leichtindustrie nur 1%, an dem des Automobilbaus und der Metallurgie 3% aus. Darüber braucht man sich nicht zu wundern. In den Nachkriegsjahren wurden die meisten Perfektionierungen im amerikanischen Textilmaschinenbau dank

der Einfuhr europäischer Betriebsanlagen bewerkstelligt, und keine einzige der 13 fundamentalen Neuerungen im Stahlschmelzen ist in den USA erfunden worden.

Bei der allgemein geringeren Rolle der USA im Welthandel ist es US-Monopolen aber doch gelungen, auf Warenmärkten wie denen für Agrarprodukte und Erzeugnisse der wissenschaftsaufwendigen verarbeitenden Industrien ihre Stellungen zu verbessern. Günstige Naturverhältnisse und moderne agrotechnische Methoden haben die USA befähigt, auf den Weltmärkten für Agrarprodukte einen der ersten Plätze einzunehmen. Sie exportieren über 25% ihrer Feldfrüchte. Durch ihre wissenschaftliche und technische Überlegenheit über die anderen kapitalistischen Länder sind sie in Industrien führend, die von der Revolution in Wissenschaft und Technik hervorgebracht worden sind. Die USA exportieren jetzt über 25% der Erzeugnisse ihres Flugzeugbaus, ihrer Rechner, ihrer Kontroll- und Meßgeräte sowie ihrer Chemikalien für die Landwirtschaft. Auf die Erzeugnisse der wissenschaftsaufwendigen Industrien kommen über 40% ihres Fertigwarenexports, während Japan, die BRD und Frankreich höchstens 30% aufzuweisen haben.

Wie wir sehen, hat die Stellung der USA bei der internationalen Arbeitsteilung ihre starken und schwachen Seiten. Die größte Überlegenheit der USA besteht in ihrem „technologischen Vorsprung“ vor der Konkurrenz in Europa und Japan. Zugleich aber hängen die USA von den Außenmärkten nicht nur mit dem Absatz ihrer Waren, sondern auch mit der Einfuhr von Rohstoffen sowie von Erzeugnissen einer Anzahl verarbeitender Industrien ab, die in den USA selbst nur teurer und schlechter fabriziert werden können. Und diese Abhängigkeit nimmt zu.

In den 60er Jahren konnten die USA mit den Aktiva im Handel mit wissenschaftsaufwendigen Erzeugnissen nicht allein die Fehlbeträge im Handel mit Waren der herkömmlichen verarbeitenden Industrien wettmachen, sondern sogar einen großen Teil der von der Einfuhr mi-

nerischer Roh- und Brennstoffe herrührenden Passiva decken. Zu Anfang der 70er Jahre war aber der Anteil der wissenschaftsaufwendigen Erzeugnisse an der Handelsbilanz nicht mehr ausreichend, die größeren Fehlbeträge im Handel aufzuwiegeln.

Also kann nicht einmal die führende Stellung der USA in Wissenschaft und Technik das Schrumpfen ihrer Stellungen im Welthandel aufhalten. Noch mehr leiden sie unter der kurzsichtigen Art, den Handel als Werkzeug der Außenpolitik zu benutzen.

Zuckerbrot und Peitsche

Um sich im wissenschaftlichen und technischen Wettbewerb mit der UdSSR Vorteile zu sichern und den „technologischen Vorsprung“ vor den anderen kapitalistischen Staaten zu behalten, fördert die US-Regierung nach Kräften das wissenschaftliche und technische Potential der Wirtschaft ihres Landes (s. Heft 49/1979). Zugleich schränkt Washington die Ausfuhr des modernen Know-how mit Hilfe eines Lizenzsystems zur Exportregulierung ein.

Es beruht darauf, daß jede Ware vom Export nach allen Ländern (außer Kanada) ausgeschlossen ist, für die keine Einzellizenz existiert oder die in keine Generallizenz einbezogen ist. Ist eine vorhanden, so wird die betreffende Ware exportiert, ohne daß man jedes Mal um Erlaubnis der Regierung ansucht. Auf Generallizenzen werden etwa 90% der Exportgüter der USA ausgeführt. Für die übrigen 10% müssen Einzellizenzen besorgt werden. Besonders streng ist die staatliche Kontrolle beim Export wissenschaftsaufwendiger Erzeugnisse (des Flugzeug- und Maschinenbaus sowie der Elektronenindustrie). Über 35% die-

ses Exports ist durch Einzellizenzen geregelt.

Von den Firmengesuchen an das Handelsministerium der USA um Einzellizenzen machen diejenigen auf Lieferungen an die sozialistischen Länder etwa 10—12% aus. Die Bundesbürokraten prüfen sie so „gründlich“, daß mindestens eins von vier solchen Gesuchen nicht in den vorgeschriebenen drei Monaten erledigt wird. Die anderen 88 bis 90% der Gesuche betreffen Lieferungen nach kapitalistischen oder nach Entwicklungsländern. Formal ist diese staatliche Kontrolle dazu da, einen Weiterexport der betreffenden Waren an sozialistische Länder zu verhindern. Außerdem achtet die Regierung aber darauf, daß das modernste Know-how auch nicht an kapitalistische Länder ausgeführt wird. Die Regierungsbeamten nötigen Firmen manchmal, wissenschaftsaufwendige Erzeugnisse, die sie ausführen wollen, zu vereinfachen. Zu einem solchen „technologischen Protektionismus“ hält das 1969 verabschiedete Gesetz über die Steuerung des Exports durch die Administration unmißverständlich an.

Mit der Exportkontrolle will man aber nicht nur das Monopol der USA auf technische Neuerungen aufrechterhalten. Außerdem zweckt sie eine Erfüllung außenpolitischer Aufgaben der herrschenden Kreise der USA. Dadurch, daß die Regierung Lieferungen ins Ausland heute erlaubt und morgen verbietet, will sie anderen Staaten „mit Zuckerbrot und Peitsche“ ihren eigenen Willen aufzwingen und sich in deren innere Angelegenheiten einmischen.

Zur kommerziellen „Peitsche“ greifen die mit dem Militär- und Industriekomplex liierten reaktionären Kreise mit besonderer Vor-

liebe. Die Liste der zu kontrollierenden Exportgüter weist heute nicht mehr wie in den 50er Jahren „strategische Posten“ wie Kaugummi, Büroklammern und Knöpfe auf. Wenn es sich aber um technische und technologische Exporte an die sozialistischen Länder handelt, dann ist das Pentagon gleich zur Stelle.

Das Verteidigungsministerium der USA bekam 1974 die Befugnis, beliebige Gesuche um Exportlizenzen, die bei der Regierung eingehen, einer Revision zu unterziehen. Als daher der Konzern Control Data um die Genehmigung einkam, die EDV-Anlage Cyber 76 an den sowjetischen Wetterdienst zu liefern, brauchten sich die Militärs nicht mal um eine Ausrede für das Verbot des Exports derartiger Computer zu bemühen, weil ähnliche vom Verteidigungsministerium selbst verwendet werden. Die Beamten, die das Verbot aussprachen, fühlten sich aber nicht bemüßigt, der Öffentlichkeit ein „kleines“ Detail mitzuteilen: daß die EDV-Anlage nur auf eine Analyse aus Wettervorhersagen eingestellt sein sollte. Wie die Zeitschrift „Government Executive“ schrieb, würde man mindestens 10 Jahre dazu brauchen, sie für militärische Zwecke umzufunktionieren, und jede Abschaltung der ursprünglichen Einstellung würde sofort bei Control Data bemerkt werden.

Das Blatt fügt sarkastisch hinzu: „Das Know-how hat eine genaue Bestimmung, wenn neben diese aber das Wort Export gestellt wird, dann verbiegt man sie so, wie es für den, der das macht, von Nutzen ist.“

Noch ein Beispiel derart kurzsichtigen „Verbiegens“ ist Washingtons Verbot von 1978, Libyen Flugzeuge und Ersatzteile für die früher gelieferten zu verkaufen. Das Staatsdepartement mußte das Verbot wohl oder übel aufheben, nachdem die libysche Luftfahrtgesellschaft beschlossen hatte, Flugzeuge bei anderen Ländern zu kaufen. Um Sadats Regierung nicht zu verärgern, gestattete das Staatsdepartement auch keine Lieferung von Schwerlastern der Firma Oshcoch Truck an Libyen.

Indessen sind Exportverbote ziemlich oft aufgehoben worden wenn das für die USA politisch/vorteilhaft war. Das krasse Beispiel einer solchen Kehrtwendung in der Exportpolitik besteht darin, wie die US-Regierung die kommerziellen, wissenschaftlichen, technischen und militärischen Verbindungen mit China nach Kräften fördert. Im November d. J. bestand Washington darauf, daß die Beschränkungen des COCOM, selbst Angriffswaffen an Peking zu liefern, aufgehoben werden sollen. Eine ebensolche Kehrtwendung in der Exportpolitik ist

AUSSENHANDEL DER USA
(HANDELSBILANZ FÜR 1968—1979 IN MILLIARDEN DOLLAR)

	1968	1972	1975	1978	1979
Agrarprodukte	1,1	2,9	12,4	15,1	17,8
Mineralische Rohstoffe, Brennstoffe, Metalle*	-4,1	-6,5	-24,2	-43,2	-57,4
Erzeugnisse verarbeiten—der Industrien	4,5	-2,4	22,3	2,2	8,2
Darunter:					
wissenschaftsaufwendiger Branchen	5,7	5,6	15,7	11,8	17,7
sonstiger Branchen	-1,2	-8,0	6,6	-9,6	-9,5
Sonstige Waren	-2,3	0,4	0,5	1,8	7,9
Insgesamt	-0,8	-5,6	11,0	-24,1	-23,5

*Außer Stahl und Aluminium, verarbeitenden Industrien (sonstige

die zu den Erzeugnissen der verarbeitenden Industrien (sonstige Branchen) gezählt sind.

auch Pakistan gegenüber ausgeführt worden. Unter Vorschützung der Vorgänge in Afghanistan hob Washington Anfang dieses Jahres das ein Jahr vorher wegen der von Islamabad geplanten Entwicklung einer „islamischen A-Bombe“ verhängte Verbot auf, Pakistan wirtschaftliche Hilfe zu leisten. Gleichzeitig führten die USA einen regulierten Wirtschaftskrieg gegen den benachbarten Iran, sie spererten die Lieferung fast aller Waren an dieses Land. Davon, daß es anderen Ölländern ebenso gehen kann, wenn sie vor Washington nicht kuscheln, zeugt die Tatsache, daß eine Exportkontrolle im Hinblick auf die OPEC-Länder schon im US-Kongress zur Debatte stand.

Die Benutzung der Exportkontrolle für die von der Regierung Carter angesagte Politik eines „Schutzes der Menschenrechte“ ist besonders zynisch. Befugt, die Hilfe an Länder zu kürzen, deren Regierungen gegen die Menschenrechte verstößen, hat die Regierung Carter 1978 die wirtschaftliche und militärische Hilfe nur an das von Somoza drangsalierte Nikaragua gekürzt, dagegen seine Lieferungen an den vom Schah regierten Iran und an Südkorea sogar vergrößert. Zwischen 1971 und 1978 steigerte die staatliche Export- und Importbank der USA die Kredite, die als Sicherung finanzieller Abschlüsse amerikanischer Firmen mit der rassistischen RSA dienen, auf das Fünffache.

Sanktionen — ein Bumerang

Wie die Exportkontrolle zu außenpolitischen Zwecken die Wirtschaft der USA schädigt, das hat sich besonders während der Amtszeit der Regierung Carter gezeigt. Sie debattierte 1978 6000 Mal über Exportverbote auf Waren und Know-how, davon 1700 Mal unter Vorschützung einer „Verteidigung der Menschenrechte“. Außerdem liefen bei Staatsrätern jährlich etwa 70 000 Gesuche im Rahmen des Programms für die Exportkontrolle aus Gründen der „Landessicherheit“ ein. Einem im vergangenen Februar veröffentlichten Bericht des Nationalen Sicherheitsrates der USA zufolge werden die Verluste durch solche Verbote auf rund 10 Md. Dollar geschätzt.

Groß sind auch die sozialen Verluste durch die „Diplomatie der Sanktionen“. Exporte geben 10 bis 15% der in der verarbeitenden Industrie der USA Beschäftigten Arbeit. Die Exportverbote tragen noch zum Anwachsen der Arbeitslosigkeit bei. Infolge der chronisch passiven Handelsbilanz, die auf die kurzsich-

tige Exportpolitik zurückzuführen ist, werden auch andere Wirtschaftsprobleme Amerikas akuter: die chronische Inflation und die wankenden internationalen Positionen des Dollars.

So paradox es auch klingen mag, hat die US-Regierung die Stellung des Landes im Welthandel besonders in den Jahren untergraben, als der Fehlbetrag in der Handelsbilanz Rekordhöhe erreichte. Die Wirtschaftsdiplomatie der Regierung Carter läuft sogar den Interessen der industriellen Oligarchie zuwider. Im Herbst 1978 sandten die Leiter von 60 größten US-Konzernen einen Brandbrief an den Präsidenten. Darin nannten sie die Exportkontrolle übertrieben und verlangten, die Regierung solle eine „öffentliche Erklärung über die wirtschaftlichen Folgen der aus politischen Gründen verhängten Verbote auf den Know-how-Export“ abgeben. Darauf sagte Washington zu, „die Folgen politisch motivierter Entscheide über den Export zu berücksichtigen“, worauf viele Lieferungsverbote aufgehoben wurden.

Das Versprechen bedeutete aber keineswegs, daß Washington die „Diplomatie der Sanktionen“ aufgab. Unter den Sanktionen Washingtons vom Januar 1980 gegen die UdSSR war die Einschränkung der Getreidelieferungen und die Exportsperrre auf technisch hochkomplizierte Erzeugnisse, d. h. im Hinblick auf die beiden Waren, bei denen die Ausfuhr der USA vorläufig die Einfuhr noch übersteigt.

In den letzten Jahren zeigt es sich, daß in einflußreichen Kreisen der USA ein erbitterter Kampf im Gange ist. Auf der einen Seite stehen die Kreise, die für einen Ausbau des für beide Seiten vorteilhaften Handels, für die Zusammenarbeit mit allen Ländern und dafür sind, daß sich die starken politischen Konjunkturschwankungen in den USA nicht auf diese Beziehungen auswirken sollen; auf der anderen Seite die vor allem im Rüstungsgeschäft engagierten Monopolgruppierungen, die am Aufheizen der internationalen Spannungen und an einer Konfrontation auch in Weltwirtschaft und Handel interessiert sind. Die reaktionären Kreise nötigen der US-Diplomatie eine „Position der Stärke“ auf und überschätzen dabei die kommerzielle, wissenschaftliche, technische und währungsfinanzielle Macht der USA, ja, sie wollen nicht zugeben, daß die Zeiten unwiderruflich vorbei sind, als sie in der Weltwirtschaft eine herrschende Stellung einnahmen.

Die 21. UNESCO-Generalkonferenz, die kürzlich in der jugoslawischen Hauptstadt Belgrad beendet wurde, zeigte, daß eine der bedeutendsten Spezialinstitutionen der UNO (heute 153 Mitgliedstaaten) und die sich um die UNESCO gruppierende internationale Öffentlichkeit entschieden für den Frieden, die Fortführung der Entspannungspolitik und für die Ausweitung der internationalen Kontakte eintreten. Gerade das war das Leitmotiv sowohl der Generaldebatte, an der mehr als 100 Bildungs- und Kulturminister teilnahmen, als auch der Tagungen zahlreicher Arbeitsorgane der Konferenz im Belgrader Sava-Zentrum.

Auf Initiative der Sowjetunion und der anderen sozialistischen Länder verabschiedete die Konferenz einige wichtige Resolutionen, darunter „Die Rolle der UNESCO bei der Schaffung einer günstigen öffentlichen Meinung für die Einstellung des Wettrüstens und für den Übergang zur Abrüstung“ und „Über gleichberechtigte und allseitig vorteilhafte kulturelle und wissenschaftliche Zusammenarbeit als wichtiger Faktor der Festigung des Friedens, der Freundschaft und Verständigung unter den Völkern“, eine Resolution über die gesamteuropäische Zusammenarbeit in Bildung, Wissenschaft und Kultur.

Die weitaus meisten Mitgliedstaaten der UNESCO wiesen die Versuche zurück, ihnen einen Kurs auf die Konfrontation, die Drosselung der internationalen wissenschaftlichen und kulturellen Verbindungen und die Einmischung in fremde Angelegenheiten unter der verlogenen Lösung des „Schutzes der Menschenrechte“ aufzuzeigen. Auf der Belgrader Tagung scheiterten die Versuche, eine sogenannte afghanische oder kampucheanische Frage zu fabrizieren. Sie fanden in keinem der Schlußdokumente Niederschlag — trotz der Anstrengungen der Delegationen der USA, Chinas, Pakistans und einiger anderer Länder.

In dem verabschiedeten Arbeitsprogramm der Organisation für 1981—1983 sind viele Maßnahmen in Bereichen vorgesehen wie Alphabetisierung, Austausch fortschrittlicher Lehrerfahrungen, Durchführung internationaler Kampagnen zur Bewahrung historischer und architektonischer Denkmäler, verstärkter Austausch von Kunstwerken. Die großen internationalen Programme zur Erforschung des Weltmeeres, in der Hydrologie, dem Umweltschutz und in der Informatik sollen fortgesetzt werden.

Die Generalkonferenz sprach sich konkret dafür aus, daß die UNESCO in der zugesetzten Weltlage auch weiter ein aktives Forum und Instrument für die Zusammenarbeit und die friedliche Koexistenz der Staaten mit unterschiedlicher Gesellschaftsordnung bleibt.

DIE UNESCO UND DIE MEDIEN



Juri KASCHLEW

Unter allen in Belgrad erörterten Problemen fanden die Fragen der internationalen Informationsströme besondere Beachtung.

Schon vor mehr als 20 Jahren begann die UNESCO, die ungleichmäßige Verteilung der Massenmedien über die Welt zu untersuchen, Fachseminare abzuhalten und in einigen Ländern Journalistenfortbildungskurse zu organisieren.

In den 70er Jahren wurde auf Initiative der Sowjetunion und der anderen sozialistischen Länder in der UNESCO eine Deklaration über die Prinzipien für den Einsatz von Nachrichtensatelliten zur Informationsverbreitung formuliert. 1978 folgte die bekannte „Erklärung über die Hauptprinzipien für die Nutzung der Massenmedien, um Frieden und internationale Verständigung zu festigen, und gegen Kriegspropaganda, Rassismus und Apartheid“. Sie verlangt von den Mitarbeitern der Massenmedien, deren große Möglichkeiten für den Frieden zu nutzen. Die westlichen Länder machten gute Miene zum bösen Spiel und mußten sich mit der Erklärung abfinden. Sie versuchten sogar, diese als ihren Sieg hinzustellen.

Parallel zur Arbeit an der Deklaration wurde 1977 bei der UNESCO eine Internationale Kommission zur Untersuchung der Massenmedienprobleme mit namhaften Journalisten aus 16 Ländern unter Lenin- und Nobelpreisträger Sean MacBride gebildet. Die UdSSR entsandte die TASS-Generaldirektoren in die Kommission — anfangs Leonid Samjatin, dann Sergej Lossew. In fast drei Jahren wurde der Schlußbericht vorbereitet.

Der Schlußbericht der MacBride-Kommission wurde der 21. UNESCO-Generalkonferenz als gesonderter Tagesordnungspunkt vorgelegt. Zur betreffenden Problematik wurden ferner die von der Sowjetunion aufgeworfene Frage der Verwirklichung besagter Massenmedienerklärung sowie die Aufgabe erörtert, im Rahmen der UNESCO ein umfassendes Hilfsprogramm für die Entwicklungsländer auf dem Informationssektor zu schaffen.

Diese „Ideologieträchtigkeit“ der Tagung fand die Aufmerksamkeit der WeltPresse. Es erschienen im Westen Artikel, in denen der Sinn der diesbezüglichen UNESCO-Tätigkeit entstellt und

behauptet wurde, die UNESCO wolle die Freiheit der Presse untergraben und überall die Zensur einführen. Den Entwicklungsländern tischte man die These auf, nur die westlichen Industrieländer könnten ihnen wirksam bei der Schaffung eigener Massenmediensysteme helfen. Reuter-Generaldirektor Gerald Long gab eine von vielen Presseorganen verbreitete Erklärung ab, die Entwicklungsländer sollten sich um Hilfe nicht an die UNESCO, sondern an die USA wenden, die das „perfektste Masseninformationssystem der Welt“ geschaffen hätten.

Um von der Tagung zu berichten, begaben sich Korrespondenten zahlreicher Presseorgane, von Rundfunk und Fernsehen nach Jugoslawien. Und im Belgrader Sava-Zentrum kam es zu der von ihnen erwarteten heißen Debatte.

Sie begann mit einem Frontalangriff der UNESCO-Gegner. Als erster erklärte Herr Irani, Präsident des „Internationalen Presseinstituts“ (ein prowestliches journalistisches Zentrum in London), der völlig uneingeschränkte „freie Informationsstrom“ müsse das wichtigste Prinzip bleiben. Er attackierte massiv die UNESCO, die sozialistischen Staaten und viele Entwicklungsländer, u. a. Indien, aus dem er stammt. Anschließend ergriff der indische Informationsminister das Wort und erteilte diesem Nachbeter der Monopole die gebührende Abfuhr. Dabei betonte er, daß in der heutigen Welt der „freie Informationsstrom“ einseitig ist und faktisch zur hemmungslosen ideologischen Expansion der imperialistischen Nachrichtenagenturen in den Ländern Asiens, Afrikas und Lateinamerikas führt. Was heißt denn „freier Informationsstrom“, wenn die kapitalistischen Staaten in die Entwicklungsländer viele hundertmal mehr Informationen übermitteln als sie von dort übernehmen? Die Delegierten vieler Länder der dritten Welt stellten zu Recht diese Frage.

Fast bei allen debattierten Themen standen zwei Auffassungen gegeneinander: der Standpunkt der sozialistischen Staaten und der meisten Entwicklungsländer sowie derjenige der kapitalistischen Länder unter Führung der USA.

Die sowjetische Delegation sah die Aufgabe der Tagung darin, erstens die grundlegende Bedeutung der 1978 ver-

abschiedeten Massenmedienerklärung für die UNESCO-Arbeit zu stärken und deren Verwirklichung zu gewährleisten, zweitens dazu beizutragen, daß der Bericht der MacBride-Kommission ein großes Echo findet, zur Demokratisierung internationaler Informationsbeziehungen beiträgt, sowie drittens weitmöglichst die Tätigkeit der UNESCO zu unterstützen, um den Entwicklungsländern in diesem Bereich zu helfen.

All diese Aufgaben konnten weitgehend erfüllt werden. Auf der Grundlage des von der Sowjetunion eingebrachten Entwurfs sowie dank dem gemeinsamen Auftreten der sozialistischen Staaten und der Entwicklungsländer wurde eine Resolution über die Maßnahmen angenommen, um die Erklärung von 1978 zu verwirklichen. Sie enthält einen Aufruf an alle Staaten und die Journalistenverbände, weitmöglichst zur Verwirklichung der Forderungen der Erklärung beizutragen, dieses Dokument umfassender zu popularisieren, seinen vollen Text zu veröffentlichen (was in den meisten westlichen Ländern nicht geschehen ist) und die UNESCO darüber zu informieren, was diesbezüglich in den einzelnen Ländern geschehen ist. Für 1983 ist anlässlich des 5. Jahrestages der Annahme der Deklaration vorgesehen, einen repräsentativen internationalen Überprüfungskongreß einzuberufen.

Die westlichen Länder, die nach 1978 zunächst die Erklärung entstellt und dann versucht hatten, sie auf Eis zu legen, wollten die Erörterung dieser Frage auch in Belgrad abblöcken. Doch sie erlitten eine Niederlage. Die meisten Tagungsteilnehmer demonstrierten Verständnis dafür, daß ohne neue, gerechte Prinzipien für den internationalen Informationsaustausch, ohne die Verwirklichung von Dokumenten wie der Erklärung von 1978 ein wirksamer Kampf gegen den „Informationsimperialismus“ nicht geführt werden kann.

Die sozialistischen Staaten und die meisten Entwicklungsländer traten gemeinsam bei der Debatte über den Bericht der MacBride-Kommission auf. Die westlichen Delegationen suchten in der diesbezüglichen Resolution möglichst viele bürgerliche Konzeptionen über die „Menschenrechte“ und Formulierungen von der Art des „freien Ideenstroms“ durchzusetzen. So sprach sich der US-Delegierte gegen die in der Resolution verkündete These aus, die Pressefreiheit dürfe nicht verantwortungslos gehandhabt werden. Doch die Delegierten der sozialistischen Staaten und der Entwicklungsländer setzten durch, daß in der Resolution eindeutig von der Notwendigkeit gesprochen wird, den „geistigen Kolonialismus“ zu liquidieren.

Schließlich wurde auf der Tagung der

wichtige Beschuß gefaßt, ein neues Internationales Entwicklungsprogramm für die Massenmedien zu schaffen. Es soll mit Mitteln aus dem UNESCO-Haushalt sowie freiwilligen Spenden der Staaten und internationaler Organisationen den Entwicklungsländern beim Aufbau von Massenmediensystemen helfen. Man denkt dabei an Hilfe für dieses Programm nicht nur als finanzielle Beiträge, sondern auch durch Überlassung von Anlagen, Stipendien und durch Konsultationen. Zur Leitung des Programms wurde ein Rat auf Regierungsebene gebildet, dem die Vertreter von 35 Staaten angehören — u. a. die UdSSR, die DDR, Kuba, Jugoslawien sowie Indien, Tunesien, Nigeria, Mexiko, die USA und die BRD.

Viele Delegierte verwiesen darauf, daß Hilfe für die Entwicklungsländer dringend erforderlich ist. Angaben wurden angeführt, denen zufolge die meisten Entwicklungsländer nur sehr schwach von modernen Massenmedien versorgt werden. So entfallen auf die Entwicklungsländer nur 4 Prozent der Fernsehsender der Welt, 17 Prozent der erscheinenden Bücher und ca. ein Viertel der Rundfunksender. In der dritten Welt aber lebt mehr als die Hälfte der Menschheit. Und die Kluft zu den Industrieländern wird in dieser Hinsicht nicht geringer, sondern offenbar sogar größer.

Die Delegationen der UdSSR und der sozialistischen Bruderländer berichteten von ihrer Hilfe für die Völker Asiens, Afrikas und Lateinamerikas und versprachen eine Fortsetzung. Die meisten westlichen Länder hingegen nahmen in Belgrad eine negative Haltung gegenüber dem Programm ein. Der amerikanische Delegationschef erklärte ganz offen, daß die USA dieses Programm nicht über die UNESCO unterstützen werden.

Trotz des Widerstandes imperialistischer Kräfte faßte die Tagung insgesamt nützliche Beschlüsse zu Fragen der Masseninformation. Das ist ein großer Erfolg der sozialistischen Staaten und der Entwicklungsländer. Die Offensive gegen die Positionen des Imperialismus geht an einem wichtigen Abschnitt des heutigen ideologischen Kampfes weiter.

KAMPF DEM NEOFASCHISMUS

Ende Oktober tagte in einem ehemaligen Kloster am Dominikanerplatz in Frankfurt am Main zwei Tage lang ein internationales Symposium „Kampf gegen Nazismus und Faschismus — ein Beitrag zurVerteidigung der Demokratie und Entspannung“. Das Symposium fand die Aufmerksamkeit der bundesdeutschen Öffentlichkeit, sogar des zentralen BRD-Fernsehens.

Das große Interesse an dem Treffen erklärt sich durch die Aktualität der dort erörterten Fragen. Gegenwärtig zeichnet sich im politischen Leben der kapitalistischen Welt, u. a. in Westeuropa, ein bedrohlicher Rechtstrend ab — in den herrschenden Kreisen wie im Staatsapparat, wo die Nostalgie nach dem „eisernen Besen“ zu spüren ist, und bei dem Teil der Öffentlichkeit, der unter den Einfluß des Neokonservatismus gelangt ist. Dieser Trend kommt auch in der Verstärkung des konservativen Flügels in den bürgerlichen Parteien zum Ausdruck, in dem Abwischen einiger dieser Parteien von rechtzentristischen auf extrem rechte Positionen und nicht zuletzt in der Aktivierung rechtsextremistischer Gruppen, neofaschistischer im Untergrund wirkender Terrorbanden.

Die Bombenexplosionen in Bologna, München und Paris haben gezeigt, wozu die Neofaschisten fähig sind, um sich erneut als bedeutende politische Kraft behaupten zu können. Diese Terrorakte zeigen auf tragische Weise, wie schwach die These ist, der Faschismus sei „endgültig überwunden“ und die Rechtsextremisten seien nur harmlose weltfremde Irre. So sucht man schon viele Jahre die Bürger in den Schlaf zu wiegen, und manche dämmern bis heute vor sich hin.

Das auf Initiative der FIR, der Internationalen Föderation der Widerstandskämpfer, unter Teilnahme der bundesdeutschen VVN einberufene Frankfurter Symposium war sehr repräsentativ. An ihm nahmen viele internationale Organisationen und bedeutende Wissenschaftler teil: Vertreter der UNESCO, des Weltfriedensrates, der Internationalen Vereinigung Demokratischer Juristen, des WBDJ, der IDFF, des Internationalen Auschwitz- und des Internationalen Sachsenhausen-Komitees u. a. Das Symposium führte namhafte Wissenschaftler nach Frankfurt wie Wolfgang Abendroth, Reinhard Kühnl, Walter Bartel,

Enzo E. Agnoletti, Gerhard Stuby und Hans-Jürgen Krysmanski. Etwa 60 Delegierte aus 18 Ländern und von 10 internationalen Organisationen sprachen in der Diskussion.

Erörtert wurden drei Fragegruppen. Die erste betraf den Charakter der neofaschistischen Bedrohung. Die meisten Teilnehmer vertraten die Auffassung, daß das Streben nach rechtsradikaler Organisationen, ihren Einfluß auf die Jugend zu verstärken, kennzeichnend für die Aktivitäten der Neofaschisten ist. Die heutige kapitalistische Gesellschaft gibt vielen Jugendlichen keine Arbeit und nimmt ihnen jegliche Hoffnung. Deshalb sind neue Eruptionen der Gewalt möglich, die dieser Jugend die Fähigkeit der Rechtsextremisten zu „aktivem Handeln“ demonstrieren sollen. Neofaschistische Organisationen erhalten immer häufiger die finanzielle Unterstützung der herrschenden Klasse. Dank der „Duldung“ seitens Staatsbeamter, die insgeheim mit rechtsextremistischen Gruppen sympathisieren, rechnen die Neofaschisten auch mit relativer Straffreiheit.

Bei der zweiten Fragegruppe sollten die Gründe für die Aktivierung der Neofaschisten Ende der 70er/Anfang der 80er Jahre geklärt werden. Insgesamt hat die Diskussion bestätigt, daß die Wiederbelebung des Neofaschismus in engem Zusammenhang mit der Vertiefung der allgemeinen Krise des Kapitalismus sowie mit der Zuspitzung der internationalen Lage, mit den provozierten Aggressionsakten des Imperialismus zu sehen ist. Die Diskussionsteilnehmer machten insbesondere auf die Krise der politischen Institute des heutigen Kapitalismus aufmerksam, auf die Veränderung der Gesellschaftsstruktur, hervorgerufen durch die Verarmung der Kleinbourgeoisie, und auf die chronische Massenarbeitslosigkeit. Deutlich ist auch eine ideologische Verwirrung im bürgerlichen Lager infolge des Einsturzes der Illusionen, ein „modernisierter“ Kapitalismus könne eine „Wohlfahrtsgesellschaft“ schaffen. Für die Aktivierung der rechtsradikalen Kräfte, die stets auf Angst, Mißtrauen und Haß zwischen den Völkern gediehen, schafft die Militarisierung des gesellschaftlichen Lebens in den westlichen Ländern einen günstigen Nährboden.

Die dritte Fragegruppe sollte Wege und Mittel für eine Abwehr

der neofaschistischen Bedrohung aufzeigen. Die Symposiumsteilnehmer betonten die Notwendigkeit, die in den 20er und 40er Jahren gesammelten Erfahrungen des Kampfes gegen den Faschismus zu nutzen, die

antifaschistische Erziehung an Schulen und Hochschulen zu intensivieren, insbesondere durch eine Revision der Geschichtslehrbücher im Bezug auf Fehlurteile. Die Juristen verwiesen darauf, daß die Verfassungen und Gesetzesammlungen westeuropäischer Länder Bestimmungen enthalten, die es bei ihrer vollen Anwendung ermöglichen würden, das subversive Treiben neofaschistischer und anderer rechtsextremistischer Organisationen zu unterbinden. Die Antifaschisten müssen die Regierungen dieser Länder bewegen, die bestehenden gesetzgeberischen Mög-

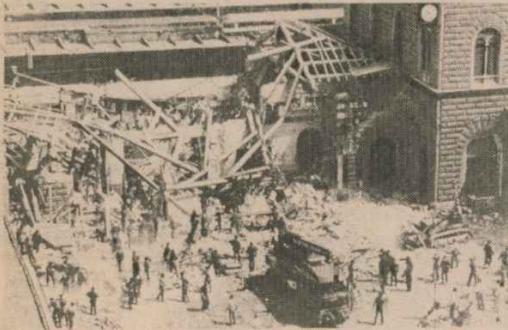
lichkeiten gegen die Bedrohung von rechts voll auszuschöpfen.

An dem Symposium nahm auch eine Delegation des Sowjetischen Komitees der Kriegsveteranen teil. Die sowjetischen Delegierten betonten, daß die Solidarität des Sowjetvolkes, das größte Opfer im Kampf gegen den Faschismus gebracht hat, mit den antifaschistischen Kräften im Westen die Gewähr dafür ist, daß den heutigen Spielarten des Rechtsextremismus und Neofaschismus letztlich eine vernichtende Niederlage beigebracht wird.

Professor A. GALKIN

BLUTIGE SPUREN

Fotos: „Stern“ und „Spiegel“ (BRD)



BOLOGNA, 2. August 1980
84 Tote, 260 Verletzte



MÜNCHEN, 26. September 1980
13 Tote, 213 Verletzte



PARIS, 3. Oktober 1980
4 Tote, 12 Schwerverletzte

NIE WIEDER!

In der Sowjetunion hielt sich kürzlich der Generalsekretär des Internationalen Neuengamme-Komitees, der bundesdeutsche Kommunist Fritz Bringmann, auf. Dem nach dem Krieg von ehemaligen Häftlingen des KZ Neuengamme gegründeten Komitee gehören Organisationen aus Belgien, Holland, Polen, der CSSR, Frankreich, der Sowjetunion und aus anderen Ländern sowie deutsche Antifaschisten an.

Von den 110 000 Häftlingen, die durch dieses Todeslager gingen, ermordeten die Hitlerfaschisten die Hälfte. 55 000 wurden erschossen, starben an Folterungen, Hunger und Krankheiten. Fast 8000 kamen bei den sinnlosen britischen Bombenangriffen auf die „Cap Arcona“, die „Athena“ und die „Tilbek“ um, auf die die Neuengamme-Häftlinge getrieben worden waren. Fritz Bringmann gehört zu den Überlebenden.

„In der Bundesrepublik hat sich in letzter Zeit die gefährliche Tendenz abgezeichnet, den deutschen Faschismus zu rehabilitieren“, sagte Fritz Bring-

mann unserem Korrespondenten Nikita Sholkwer. „Es herrscht die Meinung, all das sei schon sehr lange her, und warum solle man Altes wieder aufwühlen. Tatsachen über die Greuel der Nazis werden verschwiegen, nicht selten wird die Geschichte verfälscht. Die Errinnerungen von Leuten aus Hitlers Umgebung und Biographien über Nazigrößen überschwemmen den Buchmarkt. Die bundesdeutschen Behörden dulden das. Die Verleger derartiger Literatur wagen es sogar mit amtlichem Segen, für ihre Machwerke auf der Frankfurter Buchmesse zu werben. Unser Komitee veranstaltete eine Demonstration und verlangte von den Messeveranstaltern, die Ausstellung derartiger Werke zu verbieten.“

Das Neuengamme-Komitee betrachtet es als seine vordringliche Pflicht, gegen die Neonazis, gegen deren Einfluß auf die Jugend zu kämpfen. Wir berichten in Schulen und Hochschulen, auf Kundgebungen von den Schrecken der Todeslager, von unseren antifaschistischen Kameraden, die ihr Leben im Kampf

gegen den Hitlerfaschismus gegeben haben. Wir bringen die jungen Leute zum Nachdenken, zur Analyse, damit sie nicht einfach die Berichte der bundesdeutschen Massenmedien schlucken. Und diese unsere Arbeit trägt Früchte. So gehören dem Neuengamme-Komitee jetzt nicht nur ehemalige Häftlinge, sondern auch Menschen an, die den Hitlerfaschismus nicht am eigenen Leib erfahren haben.“

Von Anfang an hat sich das Neuengamme-Komitee aktiv in die Friedensbewegung eingereiht. Ich gehörte unserer Delegation zum Weltkongress der Friedenskräfte (Moskau, 1973) an, der mich zutiefst beeindruckte. Wir haben viel gelernt, und die Kongressdokumente waren Richtschnur für unsere Arbeit. Delegierte des Neuengamme-Komitees beteiligten sich auch an der Weltversammlung der Erbauer des Friedens (Warschau, 1977) und an dem kürzlichen Weltparlament der Völker für den Frieden (Sofia). Anschließend verbreitete unser Komitee Hunderte Flugblätter und Informationsbroschüren.“

DIE TÜRME VON THAT LUANG

Valerian SKWORZOW

Am 2. Dezember wird in Laos ein großes Fest begangen. Die Menschen in Stadt und Land feiern den 5. Jahrestag der Proklamierung der Volksdemokratischen Republik Laos. Als eines der einst ärmsten und rückständigsten Länder der Erde schreitet Laos auf dem von seinem Volk gewählten Weg der Unabhängigkeit, des Wohlstandes und des Sozialismus voran. Die Sowjetunion und die anderen sozialistischen Bruderländer zeigen Verständnis für die Schwierigkeiten beim Aufbau der neuen Gesellschaft und helfen der VDR Laos wirksam. Die Freunde des laotischen Volkes freuen sich über die in den vergangenen fünf Jahren erzielten Erfolge und wünschen ihm Frieden und Wohlstand.

Im tropischen Laos zieht der Winter mit einer kaum spürbaren „Abkühlung“ ein — die Hitze fällt von 30 auf 25 Grad im Schatten, und die Tage sind nicht so düster. Vom Fahrwasser des Mekong verschwindet der Dunstschieleier, der mattschimmernde Fluß wird silbrig glänzend, und weit in der Ferne ist das gegenüberliegende thailändische Ufer zu sehen.

Man könnte meinen, das Leben verlaufe unter den Eukalyptusbäumen und den windzerzausten Palmkronen ebenso behaglich wie alle 2523 Jahre des für die Laoten traditionellen buddhistischen Kalenders. Doch hier ist wohl nur der ewige Wechsel der Jahreszeiten unverändert geblieben.

Der Sieg der Volksmacht

Der historische Umschwung erfolgte am 2. Dezember 1975. An jenem Tag nahm der Nationalkongreß der Volksvertreter die Abdankung des Königs an, stimmte der Selbstauflösung der Koalitionsregierung zu, gab die Beseitigung der Monarchie und die Bildung der VDR Laos bekannt. Diese Ereignisse waren das gesetzmäßige Ergebnis des 30jährigen Kampfes der patriotischen Kräfte, das Finale des bewaffneten politischen Aufstandes eines Volkes, das sich erhoben hatte, um die Macht in ganz Laos zu erringen.

Bei dem Aufstand der Einwohner von Vientiane spielten die Arbeiter und Techniker der Electricité du Laos eine führende Rolle. Noch Anfang 1975 hatte man sie nicht als politische Kraft angesehen. Niemand, selbst die „Asien-Profs“ in der Hauptstadt, ein Dutzend „renommierte“ Journalisten aus Amerika, Europa und Japan, hatte das für möglich gehalten. Man meinte eben, das Schicksal des Landes werde in Washington, Paris, Tokio oder Peking, doch keineswegs in Vientiane selbst entschieden. Das laotische Volk wurde ignoriert, doch gerade es wurde unter Führung der

Laotischen Revolutionären Volkspartei zur entscheidenden Kraft in den Ereignissen von 1975.

Von jenen dramatischen Tagen berichtete mir Bounket Khamphaphongphan, einer der aktivsten Teilnehmer des Volksaufstandes, Techniker bei der Electricité du Laos. Während unseres Gesprächs gingen wir aus einem Dispatchersaal in einen anderen. Genosse Bounket entschuldigte sich immer wieder, um dann einige Worte mit seinen Kollegen zu wechseln, die die Stromzufuhr vom Nam-Ngum-Wasserkraftwerk für Objekte in Laos und im benachbarten Thailand regelten.

„Im königlichen Laos gab es ein Gesetz, das den Arbeitern jegliche politische Tätigkeit untersagte“, erläuterte Genosse Bounket. „Doch 1973, nach der Bildung der Koalitionsregierung, der Vertreter von der Revolutionären Volkspartei geleiteten Patriotischen Front angehörten, wurde in Vientiane ein Verband der Arbeitskräfte gebildet. Er war der erste legale Gewerkschaftsverband in einer früher von den Rechten kontrollierten Zone. Die Mitglieder des Verbandes waren im Untergrund tätig. In der Electricité du Laos selbst blieb alles beim alten: Die Direktoren stahlen Strom für ihre „Klienten“, und in der Betriebsleitung hatten sich Amerikaner und deren Agenten breitgemacht. Sie zweigten eine Verteilleitung zur „US-Mission für Wirtschaftshilfe“ ab, von wo sie jeden Augenblick das Nam-Ngum-Wasserkraftwerk vom Netz abschalten konnten.“

Am 12. Oktober 1974 trafen leitende Aktivisten des Verbandes der Arbeitskräfte in einer Kraftwerksbaracke zusammen und beschlossen zu streiken. Am 14. Oktober um 4 Uhr morgens war die Zone Vientiane ohne Strom. Zwei Wochen wurden das Wasserkraftwerk und die Gebäude mit den Schaltpulten der Electricité du Laos von Soldaten der rechtsgerichteten Generäle belagert. Doch für die Elektriker setzten sich entschieden die Minister der

Patriotischen Front von Laos ein. In der Betriebsleitung wurden Umbesetzungen vorgenommen. Doch wenig änderte sich. Im Mai 1975 unternahmen die Elektriker eine weitere Aktion. 3000 Arbeiter und Techniker der Electricité du Laos, die Bauleute, die sich ihnen angeschlossen hatten, sowie Hunderte von Hilfsarbeitern, Rikschaführern, Studenten und sogar Soldaten gingen auf die Straße mit Losungen wie „Nieder den königlichen Rat!“ und „Nieder das reaktionäre Parlament!“

Hitzköpfe unter den Rechten setzten Polizei ein. Daraufhin versammelten sich am 9. Mai im städtischen Stadion und bei dem Anousavari-Denkmal in der Lang-Xang-Avenue des Stadtzentrums bereits Tausende Demonstranten. Die rechtsgerichteten Minister verließen die Koalitionsregierung, ihre Sessel wurden von Vertretern der Patriotischen Front eingenommen. Doch der Kampf war noch nicht zu Ende. Im Gebäude der „US-Mission für Wirtschaftshilfe“, wo sich der Kontrollverteiler für den Strom des Nam-Ngum-Wasserkraftwerks befand, behielten Ausländer das Sagen. Am 23. Mai zog Bounket mit einer Gruppe von Elektrikern um 3 Uhr morgens zum Stacheldrahtzaun. Auf die Forderung, die Tore zu öffnen, antwortete das Wachpersonal mit Schüssen. Im nächsten Polizeirevier erbeuteten die Arbeiter Waffen, doch setzten sie diese nicht ein, um Blutvergießen zu vermeiden. In die Ventilationsanlage schütteten sie eine Tüte roten Pfeffer, und blitzschnell verließen die US-Angestellten das Missionsgebäude. In verschiedenen Teilen des Landes übernahmen Arbeiter, Bauern und patriotisch eingestellte Militärs immer neue Positionen des korrupten monarchistischen Regimes. Ende 1975 war die entscheidende Überlegenheit der Revolutionären Volkspartei von Laos ganz deutlich.

Erste Erfolge

Als die Nachricht von den revolutionären Veränderungen des 2. Dezember 1975 bekannt wurde, fanden sich im Ausland nicht wenige Skeptiker, die einen baldigen Zusammenbruch der Volksmacht prophezeiten. Ja, die Lage war katastrophal. Die Bevölkerung erwartete von der neuen Regierung Nahrung und Kleidung, Arbeit und Schutz vor den reaktionären Banditen. Die wirtschaftlichen Schwierigkeiten wurden noch dadurch verschärft, daß die traditionellen Handelsverbindungen gestört waren — die thailändischen Behörden schlossen die Grenze. Nicht wenige Fachleute ließen sich zur Flucht aus Laos provozieren. Trotz allem überstand die junge Republik diese schwersten Monate und

gewann den Kampf. Die Revolutionäre Volkspartei vermochte die gesunden Kräfte der Nation zu mobilisieren und die Führung der überwiegenden Mehrheit der Bauern, der Arbeiter, der Vertreter der nationalen Bourgeoisie und der Intelligenz zu übernehmen. Von großer Bedeutung war dabei die Hilfe der ausländischen Freunde, insbesondere die Luftbrücke der UdSSR und der SRV.

Jene Periode im Leben der jungen Republik war eine Zeit des Umbruchs in Stadt und Land. Brigaden der gegenseitigen Hilfe entstanden, die erste Stufe gemeinsamer kollektiver Arbeit. Einkaufsgenossenschaft-

gen haben. Die Führung von Laos weiß und versteht das sehr wohl. Die Partei kämpft entschieden gegen Übergriffe bei der Entwicklung der Genossenschaftsbewegung und achtet darauf, daß das Prinzip der Freiwilligkeit beim Eintritt der Bauern in die Genossenschaften strikt befolgt wird. Zugleich leistet der Staat den Genossenschaftsbauern wirkliche Hilfe. Und deshalb hat sich die Hälfte der Bauernfamilien in den Reisanbauregionen bereits der Genossenschaftsbewegung angeschlossen. Es gibt jetzt schon über 2500 Genossenschaften. Außer ihnen und den Privatwirtschaften gibt es 17 große Staatsgüter und 10 -farmen. Durch die Staatsinvestitionen, den Einsatz von Technik und Düngern wurden die Ernteerträge gesteigert, wurde die Fläche des bewässerten Bodens verdoppelt, ist der Zugviehbestand so hoch wie nie zuvor. Schon bald wird die Republik sich vollständig selbst versorgen.

Auch in der laotischen Industrie sind erfreuliche Veränderungen zu konstatieren. Wiederaufgebaut wurden alte Betriebe und Dutzende neue Objekte entstanden. Die Bedürfnisse

der Landwirtschaft werden besser befriedigt, die Bevölkerung erhält mehr Konsumgüter einheimischer Produktion. Der Staatssektor umfaßt bereits 500 Betriebe. Ihre Zahl nimmt ständig zu, vor allem durch modernste, mit Hilfe der sozialistischen Bruderländer errichtete Werke. Die Zusammenarbeit basiert auf einem soliden völkerrechtlichen Fundament: In den Jahren 1975—1979 wurden mehrere Verträge und Abkommen über wirtschaftliche und wissenschaftliche Zusamenarbeit mit der UdSSR, Vietnam, Ungarn, der DDR, der CSSR, Bulgarien und Polen unterzeichnet. Seit 1976 nehmen laotische Vertreter als Beobachter an RGW-Tagungen teil.

Die richtige politische Linie der Laotischen Revolutionären Volkspartei, der Enthusiasmus des laotischen Volkes und die allseitige Hilfe der ausländischen Freunde ermöglichen nicht nur große wirtschaftliche Fortschritte. Am Vorabend des 5. Jahrestages der Republik konnten erstmals alle Laoten zwischen 15 und 45 Jahren lesen und schreiben.

An der Schwelle der Zukunft

Mit Beginn des kommenden Jahres werden die Laoten an die Ver-

wirklichung ihres ersten Fünfjahrplans für die Entwicklung der Volkswirtschaft gehen. Er wird Laos zu neuen Höhen der sozialökonomischen Entwicklung führen. Die Perspektiven der VDR Laos sind mit der Festigung ihrer Zusammenarbeit mit den anderen sozialistischen Ländern verbunden. Am 12. September d. J. wurde in Moskau ein Protokoll über die Ergebnisse der Koordinierung der Volkswirtschaftspläne der UdSSR und der VDR Laos für das bevorstehende Planjahr fünf unterzeichnet. Vorschläge für die weitere Entwicklung der wirtschaftlichen Zusammenarbeit wurden behandelt und Maßnahmen ergriffen, die eine stabile Entwicklung der Volkswirtschaft ermöglichen. Besondere Aufmerksamkeit gilt hierbei der Stärkung der materiell-technischen Basis des laotischen Verkehrswesens, das von großer volkswirtschaftlicher Bedeutung ist. Neue Baumaterialbetriebe sind geplant, die Bildung von Bauunternehmen und die Konsolidierung des nationalen Projektierungs- und Prospektierungsdienstes werden unterstützt. Eine Zusammenarbeit auf Kompensationsgrundlage wird eingeleitet. Im bevorstehenden Planjahr fünf werden die sowjetischen Lieferungen von Maschinen und Anlagen, von Erdölprodukten und Konsumgütern merklich zunehmen. Laos wird in die Sowjetunion Erzeugnisse seiner Holz- und Landwirtschaft exportieren. Der Außenhandelsumsatz wird gegenüber 1980 um 350 Prozent zunehmen.

Die Sowjetunion bringt der Außenpolitik der VDR Laos Verständnis entgegen. Die UdSSR und Laos stimmen darin überein, daß die derzeitigen Spannungen in Südostasien durch den abenteuerlichen Kurs Pekings mit Schützenhilfe der USA geschaffen werden und sich gerade die chinesische Führung in die inneren Angelegenheiten der Länder Indochinas einmischt, indem sie versucht, die Lage dort zu komplizieren.

Am Vorabend des Nationalfeiertags der VDR Laos wurde auf dem Platz vor dem historischen That-Luang-Denkmal in Vientiane die traditionelle internationale Messe eröffnet. In diesem Jahr nehmen an ihr die UdSSR, Ungarn, Vietnam, die DDR, die CSSR, Kampuchea, Thailand, Indonesien und einige internationale Organisationen teil. Die Bürger der VDR Laos haben allen Grund zum Stolz. Die leuchtenden vergoldeten Türme von That Luang symbolisieren nicht nur reiche Traditionen, sondern auch Hoffnungen auf eine glückliche Zukunft.



Hauptschaltpult des Nam-Ngum-Wasserkraftwerkes

Foto: TASS

ten, staatliche Läden und Kantinen wurden eingerichtet. Die Waren wurden jetzt zu festen Preisen verkauft. Die Einführung einer strengen Staatskontrolle über den Außenhandel brachte den Positionen der Kompradorenbourgeoisie den entscheidenden Schlag bei.

Die Nahrungsmittel-, die Textil-, die Holzverarbeitungs-, die Tabakbetriebe u. a. nahmen allmählich die Arbeit wieder auf. Probleme der Versorgung mit Rohstoffen, Ersatzteilen und Brennstoffen wurden in Angriff genommen, die Arbeiterkontrolle und die Leitung begannen wieder zu funktionieren. Dabei gab es auch Fehler und Irrtümer. Doch all das waren nur Kinderkrankheiten, die allmählich überwunden wurden.

Während die Voraussetzungen für den Aufbau des staatlichen Volkswirtschaftssektors geschaffen wurden, blieben die gemischten Betriebe führend. Die Vertreter der patriotisch gesinteten Bourgeoisie waren sich bewußt, daß ihre Zukunft in ehrlicher Zusammenarbeit mit der neuen Staatsmacht lag.

Realismus, Ausdauer und sorgfältige Vorbereitung sind bei der sozialistischen Umgestaltung von Industrie und Landwirtschaft notwendig. Nichtdurchdachte, übereilte Schritte können katastrophale Fol-

NEUES LEBEN EINES ALTEN SYMBOLS

Nikolai BARATOW

Auf verschiedene Weise werden Städte berühmt — meistens durch die Arbeit und das Talent ihrer Bewohner. Wer kennt nicht Stahl aus Solingen, Spitzen aus Wologda oder z. B. Venezianer Glas? Abomey aber, eine kleine Stadt 100 km vom Golf von Guinea entfernt, Verwaltungszentrum einer der sechs Provinzen der VR Benin, ist durch seine Teppiche berühmt. Nein, diese Teppichapplikationen können es nicht mit persischen oder turkmenischen Teppichen aufnehmen. Aus verschiedenfarbigen Stoffen werden Tier-, Menschen- und Pflanzenapplikationen ausgeschnitten und auf kontrastfarbenen Stoff aufgenäht.

Bei ihrer Arbeit wenden sich die Meister der Geschichte des Königreiches Danhomé zu, dessen Hauptstadt Abomey war. Die Bilder berichten meist von Heldenaten der Krieger oder illustrieren Aussagen der Könige von Abomey. So ist die Darstellung eines Fisches und einer Reuse auf einem Teppich nur der symbolisierte Name des Königs Wégbadja. Die Könige von Abomey hatten mehrere Namen, im Grunde Spitznamen, die auf sinnbildlichen Äußerungen der Monarchen selbst beruhten. Aho, Gründer des Königreichs, sagte z. B. bei seiner Krönung „Ue gbe adja“ — „Ein Fisch, der einmal entwischen konnte, wird nicht mehr ins Netz gehen.“ Damit meinte er: „Ich werde nicht in die von meinen Feinden gestellte Falle gehen.“ So wurde die Darstellung des Fisches und der leeren Reuse zum Symbol der Herrschaft von



Wégbadja und zu dessen königlichem Wappen.

Wann nun entstand in Abomey die leuchtende, farbenprächtige Applikationskunst? Ist ja der Stoff, aus dem die Teppiche von Abomey angefertigt werden, nicht von ewiger Dauer. Man weiß, daß sie bereits im 18. Jh. hergestellt wurden, und in der Mitte des 19. Jh. waren hier 130 Meister und Gehilfen aus der Familie des Yémadjé tätig, die sich bis heute auf dieses Handwerk spezialisiert.

Die Teppichwerkstatt nimmt ein ganzes Viertel unweit des Stadtzentrums ein. In den Galerien um einen großen Hof herum arbeiten nur Männer. In der Mitte unter einem großen schattigen Baum sitzen ebenfalls Kunstgewerbetreibende.

Ein kahlgeschorener Mann in farbigen Pluderhosen begrüßt uns.

„Was für einen Teppich wollen Sie, einen größeren oder kleineren?“ fragt er und sagt, meine Unentschlossenheit falsch deutend: „Machen Sie sich keine Sorgen, der Stoff verbleicht nicht, er ist gut, kommt aus Europa...“

Wiederholt hörte ich Ähnliches. Die einheimischen Händler richteten sich darauf ein, daß die europäischen Touristen am liebsten bekannte Waren kaufen. Bisweilen wird es kuriös. Als ich einmal Ananas auf dem Basar kaufen wollte, fragte ich die Händlerin, ob sie frisch seien.

„Ja, frisch“, antwortet die üppige Matrone. Sie lächelte: „Gute Ananas, ganz frisch aus Paris...“

In der Hofwerkstatt erkannte ich Symbole, die mir schon in Büchern über die Geschichte des Königreichs Danhomé begegnet waren. Hier ein gefiederter Kardinal, der ebenfalls ein Königswort veranschaulicht:

„Selbst ein Vogel mit feuerroten Flügeln kann die Savanne nicht in Brand stecken.“ Und da die Umriss eines Segelbootes, die in das Wappen des vierten Königs Agadja eingingen. Unter seiner Herrschaft nahm Abomey Kontakte zu Europäern auf. Dann eine Jagd auf Elefanten. Ein Krieger mit einer Feuersteinklinke trägt einen Gefangenen fort...

Interessant, daß einige Sinnbilder früher einmal konkret verwandt wurden, bei Dingen, die zudem große Genauigkeit verlangen. Mit solchen Zeichen meldeten Kundschafter die Lage des Gegners — und das brachte den Truppen von Danhomé wiederholt den Sieg.



Meister aus Abomey bei der Arbeit

Foto des Autors

Kein Feldzug begann ohne einen vorhergehenden Kundschaftereinsatz. Wer einige örtliche Dialekte beherrschte, wurde vor einem Angriff als fliegender Händler getarnt in Ortschaften geschickt. Die „Spione“ übermittelten ihre Meldungen in Form von Zeichnungen, ähnlich jenen, wie wir sie heute auf den Applikationsteppichen finden.

Die Einwohner von Danhomé waren des Lesens und Schreibens unkundig, doch die Geschichte des alten Königreiches ist uns dennoch bekannt — und nicht nur dank den Überlieferungen von Generation zu Generation und den Volkssängern. Sie fand auch graphischen Ausdruck, vor allem auf Teppichen. So erinnert die Applikation, die einen Tonkrug mit vielen Löchern darstellt, an eine bekannte Legende vom Gefäß des Königs Guézo.

Der achte König Guézo (erste Hälfte des 19. Jh.) rief einmal seinen Hof zusammen und gab ihm ein



ZUSAMMENARBEIT IM FERNSEHEN

schweres Rätsel auf. Er reichte ihnen einen Tonkrug mit vielen Löchern und ordnete an, diesen mit Wasser zu füllen. Natürlich wurde daraus nichts, und die Minister begannen aus Furcht vor dem rachsüchtigen König zu zittern. Da sagte Guézo:

„Und jetzt streckt alle gleichzeitig eure Hände aus, bedeckt die Löcher und füllt dann das Gefäß. Wenn es im Lande keine Einheit gibt, dann gleicht es einem löchrigen Krug. Das Volk darf die Wachsamkeit nicht verlieren, dann werden die Kräfte des Landes nicht versickern.“

Heute ist das Gefäß des Königs Guézo zum Symbol der Einheit der multinationalen VR Benin geworden. Die Aufgabe, eine einheitliche Nation zu schaffen, war stets lebenswichtig für dieses kleine Land mit seinen knapp 3 Millionen Einwohnern und mehr als 60 Völkern. Die Kolonialherren hatten auf jegliche Weise die Stammesfehden geschrägt und selbst in den Namen der Kolonie den Keim nationalen Haders gelegt; nachdem die Franzosen Ende des 19. Jh. das Königreich Dahomé besetzt hatten, nannten sie es willkürlich um und gaben allen in dieser Region eroberten Gebieten einen Namen — Dahomé, obgleich das Königreich Dahomé, in dem vor allem Vertreter der Fon lebten, nur ein Fünftel des heutigen Landesterritoriums einnahm.

Die Militärregierung, die 1972 an die Macht kam, korrigierte diese Ungerechtigkeit, indem sie den von den Kolonialherren aufgezwungenen Landesnamen änderte. Am 30. November 1975 wurde die VR Benin proklamiert, die den Namen der dort bestehenden entwickelten Zivilisation annahm. Ein gemeinsamer Nenner für die Nationwerdung der Völker des ehemaligen Dahomé war gefunden worden.

Jetzt hat die Legende vom Gefäß des Königs Guézo einen neuen Sinn erlangt. Die Darstellung dieses alten Symbols sieht man jetzt nicht nur auf Teppichen, sondern auch auf Plakaten, auf Feiertagstransparenten und auf Briefmarken der VR Benin. Und nicht von ungefähr haben die Teilnehmer des ersten nationalen Jugendfestivals das Gefäß des Königs Guézo mit den vorgestreckten Händen zu ihrem Emblem — vor dem Hintergrund ganz Afrikas — erkoren.

Cotonou—Moskau

Die bekannte Silhouette des Fernsehturms von Ostankino findet sich auf dem Emblem des Moskauer Telefums. Viele Teilnehmer des 14. Intervision-Telefums (13.—19. November) waren nicht zum erstenmal in der sowjetischen Hauptstadt.

Vertreter der neun Intervisionmitglieder — Bulgarien, CSSR, DDR, Finnland, Kuba, Polen, Rumänien, UdSSR und Ungarn — sowie Vietnams und Jugoslawiens demonstrierten ihre Streifen. Die anderen Forumsteilnehmer wollten Filme ankaufen oder sich zumindest über das neue Angebot der Intervision informieren. Als Käufer traten diesmal Vertreter von Fernsehstudios aus Österreich, Großbritannien, den Niederlanden, Griechenland, Dänemark, Westberlin, Indien, Spanien, Italien, aus Kongo, Madagaskar, Nikaragua, Norwegen, Syrien, den USA, Suomi, der BRD, Frankreich, der Schweiz, Schweden und Japan auf.

Und doch ist das Teleforum mehr als nur ein Filmmarkt.

„Der ständige Austausch von Fernsehfilmen“, betonte Wladimir Popow, stellvertretender Vorsitzender des Staatlichen Fernseh- und Rundfunkkomitees der UdSSR in einer Begrüßungsansprache, „trägt dazu bei, eine Atmosphäre der Verständigung und der gegenseitigen Erkenntnis zu schaffen, die in der heutigen unruhigen Welt so nötig ist...“

Sieben Tage sahen sich die TV-Leute mehr als 300 Dokumentar-, Spiel-, Kinder- und Musikfilme an.

Die Sowjetunion stellte 59 Streifen vor — u.a. Dokumentarfilme zum bevorstehenden XXVI. Parteitag der KPdSU.

Vertreter der ARD (BRD) erörterten interessiert einen möglichen Ankauf von Leonid Sopotarewskis „Eine afghanische Reportage: Das Jahr 1980“. Über ein interessantes polnisches Programm wurde lebhaft diskutiert. Ich schaue beim Studio des CSSR-Fernsehens vorbei. Mikulaš Gavala, Leiter des TV-Exports aus Bratislava, hat gerade Verhandlungen mit holländischen Kollegen abgeschlossen. „Viele unserer Filme, besonders die Folklore- und Musikprogramme, finden offenbar großen Anklang. Doch die Vertreter der Studios entscheiden sich oft erst später. Sie bitten in der Regel um Videokassetten, diskutieren lange intern über den Streifen, und dann gehen die Ankaufsverhandlungen weiter. Und die können ein-

ganzes Jahr dauern...“ Hervé Ralaivao, Handelsrat der Botschaft Madagaskars in der UdSSR, sprach von seinen Eindrücken:

„Madagaskar nimmt zum zweitenmal an den Fernsehforen teil. Im vergangenen Jahr wählten wir entsprechend dem madagassis-ch-sowjetischen Abkommen über Austausch und Zusammenarbeit in Fernsehen und Rundfunk selbst einige Streifen aus, und meine Landsleute konnten sich selbst ein Bild von der vielseitigen Produktion des sowjetischen Fernsehens machen...“

Mit dem europäischen Vertreter der amerikanischen Firma Time-Life Television, William John Peck, sprachen wir in einer Vorführpause.

„Ich unterhalte seit langem Kontakte zum sowjetischen Fernsehen“, sagte Mr. Peck. „In den letzten Jahren repräsentierte ich die britische Firma Richard Price TV Ass. Unsere Zusammenarbeit war sehr fruchtbar. Jetzt, da ich in neuer Eigenschaft nach Moskau gekommen bin, möchte ich die alten Kontakte weiterknüpfen. Die Teleforen gefallen mir besonders, weil man hier in ruhiger Atmosphäre fachliche Fragen erörtern und nützliche Bekanntschaften anbahnen kann...“

Unmittelbar vor Abschluß des Forums traf ich mit Jean-Claude Veil, Leiter der Ankaufabteilung des ersten Kanals des französischen Fernsehens (TF 1) zusammen.

Er sagte:

„TF 1 unterhält zum sowjetischen Fernsehen traditionelle Beziehungen der Freundschaft und Zusammenarbeit. Auf den letzten Teleforen der Intervision haben wir jedesmal Streifen für einen späteren Ankauf gewählt. Ich bin besonders an wirklich originellen Storys interessiert. In diesem Zusammenhang hat mir ihr Film „Besagter Münchhausen“ gefallen. Nach meiner Rückkehr werde ich mit den Leitern von TF 1 über alle Streifen sprechen, die ich hier in Moskau gesehen habe. Durch die Teleforen sind wir nicht nur besser informiert, sondern haben auch gelernt, einander besser zu verstehen.“

G. SIDOROWA

DIE „GEISELFRAGE“ – EIN CHINESISCHER PRÄZEDENZFALL

Andrzej LEDOWSKI

Seit mehr als einem Jahr beobachtet die Welt voll Besorgnis die Spannungen zwischen den USA und dem Iran. In Washington führt man sie auf die Geiselfrage zurück. Die US-Regierung erklärt die Aufstokkung der Streitkräfte im Raum des Persischen Golfs damit, daß sie entschlossen sei, die unter Spionageanklage in Teheran festgehaltenen Beamten der US-Botschaft zu befreien. Mit diesem Argument bereitet sie neue Kriegsabenteuer vor.

Der Vorwand für die Versuche der USA, die iranische Revolution niederzuwerfen, ist keineswegs original. Vor etwa 30 Jahren fabrizierte man in Übersee nach demselben Rezept das Drehbuch für den Einsatz der US-Truppen gegen die chinesische Revolution. Unlängst freigegebene Archivakten des US-Staatsdepartements gestatten einen Blick nicht nur in die Giftküche des amerikanischen Geheimdienstes und hinter die Kulissen des Weißen Hauses, wo alle Für und Wider der feindlichen Aktionen gegen China erwogen wurden, sondern auch darauf, was Washington veranlaßte, den Gedanken an einen Überfall auf Volkschina aufzugeben.

* * *

Einige Monate, nachdem sowjetische Truppen im Jahre 1945 Nordostchina (die Mandschurei) von den japanischen Okkupanten befreit hatten, wurde in der größten Stadt dieses Landesteils, in Mukden (Sheyang), ein Generalkonsulat der USA eröffnet. Damals kreuzte auch eine Einheit des militärischen US-Geheimdienstes, die „Amerikanische Verbindungsgruppe“ (ALG), dort auf. Leute von der ALG wurden aus Shanghai (Changchong) zusammen mit den ersten Truppenteilen der Guomindang dorthin verlegt.

Sie traten ein nicht zu verachtenches Erbe der Geheimdienste Japans und des Marionettenstaates Manzhouguo an: das einige Jahrzehnte vorher geknüpfte Spionagenetz. Außerdem warben sie Leute an Ort und Stelle. Die Spione und Sabotageagenten wurden mit Waffen, Sendegeräten und Sprengstoff versehen,

damit sie Aktionen gegen die Truppen der KP Chinas vorbereiten konnten. Das Spionagenetz umstrickte Nordostchina. Besonders machte es sich ab Ende 1948 bemerkbar, als die Nordostprovinzen von der Guomindang gesäubert wurden. Die Konterrevolution verkroch sich im Untergrund und beging Sabotageakte gegen die Streitkräfte der KP Chinas. Sie suchte die Wirtschaft zu desorganisieren. Die Mandschurei war damals der wichtigste Stützpunkt der revolutionären Kräfte aller befreiten Gebiete Chinas. Selbst ein nicht sehr versierter Beobachter erkannte unschwer, daß hinter alledem ein erfahrener Drahtzieher steckte.

Tatsächlich konnte die Volksmacht im Nordosten bald darauf eine große Gruppe von Agenten der USA auf frischer Tat ertappen. Die dabei beschlagnahmten Schriftstücke besagten eindeutig, daß die Terroristen und Saboteure ihre Instruktionen nicht nur von der ALG, sondern auch vom US-Generalkonsul in Mukden bezogen. Am 20. November 1948 schlossen die neuen chinesischen Behörden dieses Amt und nahmen seine der Spionage überführten Beamten fest.

Der Generalkonsul, Agnes Ward, schilderte 13 Monate später, d. h. nach seiner Freilassung, dem Staatssekretär die Geschehnisse in einem chiffrierten Telegramm. Darin hieß es:

„Am 20. November v. J. umzingelten Soldaten des kommunistischen Chinas ohne jede Warnung das Generalkonsulat und zwei Wohnhäuser und versperrten alle Eingänge. Fernsprechverbindung, Strom- und Wasserzufuhr wurden abgesperrt. Eine Abordnung des militärischen Kontrollkomitees von Mukden händigte ein Schreiben ein, in dem man mir ohne Anrede mit meinem Titel mitteilte: „Ihre Weigerung, den Sender abzuliefern, ist ein wissentliches Vergehen. Den Beamten des bisherigen amerikanischen Generalkonsulats ist von jetzt an jeder Kontakt mit der Außenwelt untersagt.“ Das geschah, obwohl ich den Funkverkehr eingestellt und veranlaßt hatte, die Funkgeräte zu versiegeln oder bei ihnen einen Wacht-

posten aufzustellen... Nach einem 10stündigen ununterbrochenen Wortgefecht erklärte die Abordnung, das Personal des Generalkonsulats dürfe dieses nicht verlassen und bis auf weiteres mit niemandem in Verbindung treten.“

Das Personal wurde dort ein Jahr festgehalten, und am 24. Oktober 1949 wurden Ward und vier andere Diplomaten in ein Gefängnis eingeliefert. Zusätzlich wurden sie einer brutalen Behandlung der chinesischen Angestellten angeklagt.

Einige Tage nach der Inhaftierung, am 9. November 1949, richtete das Staatsdepartement folgendes Rundschreiben an die Botschaften und Konsulate der USA in China sowie an seine Vertreter in Hongkong:

„Sie und ausgewählte Mitglieder Ihrer Vertretung müssen beliebige Möglichkeiten finden, in Gesprächen mit Chinesen, die eventuell einen Einfluß auf die chinesischen Kommunisten oder auf die Informationsquellen über sie haben, ihnen in Form Ihrer persönlichen Meinung und nicht einer Instruktion vom Staatsdepartement zu sagen, daß die Öffentlichkeit der USA über die Beamten in Mukden sehr entrüstet sei, was unweigerlich zu einer energischen Forderung nach Gegenmaßnahmen führen werde.“

Mit Gegenmaßnahmen meinte man diplomatische Demarchen, wirtschaftliche Sanktionen usw. bis zum Einsatz amerikanischer Streitkräfte. Über eine Verwendung von Truppen zur Lösung des Geiselproblems wurde von allem Anfang des Konflikts an in den herrschenden Kreisen der USA debattiert. Dabei wurden mehrere Standpunkte laut. Das Staatsdepartement z. B. meinte, militärische Aktionen könnten für die zu Befreienden tragisch ausgehen. Viele befürchteten, daß Gewalt von Seiten der USA chinesische Gegenmaßnahmen auslösen und daß die Auseinandersetzung in einen Waffenkonflikt ausarten werde, dessen Umfang und Folgen schwer abzusehen seien. In diesem Zusammenhang schrieb der Staatssekretärassistent Butterworth in einer Meldung: „Wir halten eine Fortsetzung unserer Bemühungen in einer weniger harten Art für zweckmäßig.“

In diesem Sinne leitete das Staatsdepartement dem US-Vertreter bei der UNO am 10. November 1949 die Anweisung zu, möglichst stark auf Peking zu drücken. Das Schreiben lautete:

„Sollte bei der Chinadebatte in der UNO-Vollversammlung eine Einladung von Vertretern der kommunistischen Behörden Chinas nach Lake Success zur Sprache gebracht werden, dann wird die US-Regierung Schwierigkeiten haben; falls bis zur Beantragung der Visa Ward und seine Kollegen nicht freigelassen sein sollten..., wird es der US-

Regierung und der UNO äußerst schwerfallen, den Vertretern der chinesischen Kommunisten eine ungehinderte Reise und ihre persönliche Sicherheit zu garantieren."

Viel härter verhielten sich das Weiße Haus und sein damaliger Herr, Präsident Truman. Am 14. November forderte er beim Staatsdepartement und bei den Militärräten Pläne für ein eventuelles Vorgehen gegen die VR China an. Unterstaatssekretär James Webb hat den Inhalt seines Gesprächs mit dem Präsidenten folgendermaßen aufgezeichnet:



Die Verbindungen zu Vertretern Washingtons wurden lange vor dem „Zwischenfall von Mukden“ aufgenommen. Auf dem obigen Foto von 1946 steht US-General Marshall neben Zhou Enlai, Zhu Dey und Mao Zedong

(Foto aus dem NZ-Archiv)

„Der Präsident sagte, er überlege sich noch die Befreiung von Generalkonsul Angus Ward, wir sollten die Möglichkeit einer Sperrung der Kohlelieferungen über die chinesischen Küstengewässer nach Schanghai sorgfältig erwägen. Seiner Ansicht nach werde die Einstellung dieser Lieferungen von Tientsin und einem anderen Kohlenhafen aus sowie der Lieferung von Kohle nach Schanghai die Kommunisten zu der Erkenntnis zwingen, daß wir es ernst meinen, und es wird sie dazu nötigen, Ward freizulassen. Er sagte, das werde unser internationales Ansehen heben und obendrein Großbritannien zusätzliche Schwierigkeiten bei seinen Bemühungen machen, hinsichtlich der Anerkennung und anderer Angelegenheiten unabhängig vorzugehen.* Weiter sagte er, wir hätten in der Nähe Schiffe und Flugzeuge genug dafür. Ich fragte ihn, wie weit er zu gehen bereit sei, ob er wirklich Gewalt anwenden wolle, um die Kohlelieferungen zu sperren, falls man sich weigern sollte, den Befehlen

* Damals neigte es zur Anerkennung der VR China, manche britische Firmen erhielten Handelsbeziehungen zu China aufrecht, und Schiffe unter britischer Flagge liefen chinesische Häfen an.

unserer Kriegsflotte nachzukommen. Und er: Wenn wir das schon unternähmen, dann müßten wir bereit sein, ein beliebiges Schiff zu versenken, das unsere Warnung in den Wind schlagen sollte.“

Die vom Präsidenten angeforderten Pläne waren ziemlich schnell fertig. Als erste meldeten sich die Militärs. Der Vorsitzende der Vereinigten Stabschefs, General Omar Bradley, meldete am 18. November in einem Memorandum an den Verteidigungsminister:

„... wenn man die politischen Erwägungen nicht in Betracht zieht, dann gibt es, streng genommen, nur zwei Möglichkeiten für militärische Aktionen, u. zw.:

- 1) Gewaltmaßnahmen zur Befreiung von Generalkonsul Ward aus Mukden;
- 2) militärische Gegenmaßnahmen.“

Die Generale im Pentagon beschrieben ausführlich, wie sie sich die militärischen Aktionen gegen die junge Republik bei jeder der beiden Varianten vorstellten. Die erste, so hieß es im Memorandum Bradleys, „würde viel Truppen zur Sicherung einer Landung vom Meer oder von der Luft aus erfordern, Truppen, die die Befreiungsoperation durchzuführen und sich außerdem einen Rückweg zu bahnen hätten. Die Alternative wären Geheimoperationen zum Abtransport von Ward aus der Mandschurei, nachdem er gewaltsam aus dem Gefängnis befreit wäre. Die Stärke der Truppen für die Landung und die Befreiung Wards muß von Anfang an groß genug sein, einen Erfolg der Operation bei sämtlichen Eventualitäten zu gewährleisten, und es werden wahrscheinlich mehr Truppen nötig sein, als jetzt verfügbar sind. Eine derartige militärische Aktion würde einen Konflikt mit den Zivilkräften an Ort und Stelle und wahrscheinlich auch mit den militärischen Kräften auslösen. Folglich könnte die Aktion durchaus zu einem offenen Krieg mit der kommunistischen Regierung Chinas führen. Mehr noch, es ist kaum ernsthaft darauf zu rechnen, daß die UdSSR von einem Eingreifen absehen würde, namentlich angesichts der strategischen Interessen der Sowjets in der Mandschurei und der Präsenz sowjetischer Einheiten im Raum Dalni—Port Arthur. Infolgedessen ist es durchaus wahrscheinlich, daß eine offene militärische Aktion der USA einen Weltkrieg auslösen würde.“

Weiter hieß es in dem Memorandum, daß eine Geheimoperation zur Befreiung und Fortschaffung von Ward nicht minder schwierig und gefährlich sein könne. Die Militärs äußerten Zweifel an der Zweckmäßigkeit der Verwendung „geheimer Kräfte der USA“ in China, weil diese sich als unzureichend erweisen könnten. Ferner zweifelten sie an der Möglichkeit, Ward bei einer derartigen Operation die persönliche Sicherheit zu garantieren.

In dem Memorandum sind auch andere „Gegenmaßnahmen“ eingehend untersucht. So wird darin eine „eventuelle Ergreifung“ eines oder mehrerer führender chinesischer Politiker durch die „Geheimkräfte der USA“ ziemlich detailliert beschrieben. Zwar hielten die Vertreter der Vereinigten Stabschefs eine solche Operation für völlig ausführbar, sie warnten aber, daß sie sogar im Falle des Gelingens die chinesischen Behörden kaum zwingen könnten, die amerikanischen Diplomaten freizulassen. Mehr noch, nach Ansicht der Militärs könnte dadurch die Sicherheit anderer Staatsbürger der USA gefährdet werden.

Die Vereinigten Stabschefs erwogen auch den Vorschlag des Präsidenten, die chinesischen Häfen zu blockieren. Sie schrieben, eine „friedliche Blockade“ (ohne Kriegserklärung an China) werde kaum wirken, weil in einem solchen Fall nur die Schiffe des Landes interniert würden, dessen Häfen blockiert seien, während die meisten Schiffe, die die chi-



31 Januar 1949. Die Truppen der KP Chinas marschieren in Peking ein. Hinter ihrem Rücken wurden sogleich Kontakte mit den Amerikanern aufgenommen.

nesischen Häfen in diesem Zeitraum anliefen, britisch wären. Was eine Blockade im üblichen Sinne angehe, so werde sie nur im Krieg verhängt, und das würde als eine Kriegserklärung an China gelten, was, wie die Verfasser der Denkschrift betonen,

„... schließlich den Einsatz von Streitkräften in der gleichen Stärke erforderlich machen könnte, wie sie für Gegenaktionen gegen die sowjetischen See- und Luftstreitkräfte im Fernen Osten notwendig wären.“

Um nichts ungesagt zu lassen, erinnerte man das Weiße Haus in dem Memorandum daran, daß „die UdSSR gemäß den ihr im chinesisch-sowjetischen Vertrag von 1945 eingeräumten Rechten in Dalni und Port Arthur Voraussetzungen für den Einsatz

von U-Booten und anderen Schiffen geschaffen hat".

Alle diese Vorbehalte, Warnungen und Ermahnungen zeugten keineswegs davon, daß die Spitzen des militärischen und des diplomatischen Amtes „Tauben“ oder Anhänger einer friedlichen Bereinigung von Streitfragen gewesen wären. Sie bemühten sich einfach, die damaligen politischen Realitäten nüchterner als der Präsident zu sehen. Sowohl General Bradley als auch Staatssekretär Acheson legte sich Rechenschaft darüber ab, daß das chinesische Volk die UdSSR mit ihrer ganzen wirtschaftlichen und militärischen Stärke auf seiner Seite hatte. Das war die Schwelle, die sich der US-Imperialismus nicht zu überschreiten traute.

Die diplomatischen Vertreter der USA in China bekamen Weisung, sich an Zhou Enlai und andere Spitzenpolitiker zu wenden. Die chinesische Führung mußte darüber informiert werden, daß Washington beschlossen hatte, das Generalkonsulat in Mukden zu schließen, und sie wurde gebeten, bei der Freilassung Wards und seiner Mitarbeiter aus dem Gefängnis zu helfen sowie den übrigen die Rückkehr nach den USA zu erleichtern. In Peking betätigte sich energisch der Generalkonsul Edmund Clubb. In Nanking verhandelte US-Botschafter Stuart mit Huang Hua, der damals die Auswärtige Abteilung des Nankinger Militär- und Verwaltungskomitees leitete.

Am 23. November 1949 richtete das US-Staatsdepartement persönliche Schreiben an die Außenminister in Ankara, Athen, Bern, Brüssel, Canberra, Caracas, Delhi, Den Haag, Havanna, Kairo, Kopenhagen, Lima, Lissabon, London, Manila, Mexiko, Oslo, Ottawa, Panama, Paris, Rangun, Rom, Stockholm, Wien usw. Darin ersuchte er sie, Besorgnis über das Vorgehen der chinesischen Behörden zu äußern. Washington fand aber nicht den gewünschten Rückhalt. Seine Alliierten wahrten in China ihre eigenen Interessen und wollten sich mit der neuen chinesischen Führung nicht überwerfen.

Der Prozeß gegen Ward und vier Beamte des Generalkonsulats in Mukden fand Ende November 1949 statt. Sie wurden zu Freiheitsstrafen von 3—6 Monaten verurteilt und danach zur Ausweisung begnadigt.

Am 11. Dezember reisten sämtliche amerikanischen Konsulatsangestellten mit einem nach Japan abgehenden Schiff aus China ab.

Der Fall der Spionage treibenden US-Diplomaten war friedlich erledigt. Im weltpolitischen Leben der letzten 40er Jahre kam es nicht zu

den sehr gefährlichen Geschehnissen, die im Frühjahr 1980 im Raum des Persischen Golfs in Gang kamen, als amerikanische Fallschirmjäger in der iranischen Wüste landeten.

Die zur Veröffentlichung freigegebenen Aktenstücke hoben jeden Zweifel auf, warum der Frieden und die Stabilität im Fernen Osten trotz der Wutausbrüche des US-Imperialismus gewahrt blieben. In Washington konnte man sich nicht der Einsicht verschließen, daß bei einer amerikanischen Intervention die UdSSR Volkschina zu Hilfe kommen würde. Auch in Peking wußten das alle. Mehr noch, Mao Zedong, Zhou Enlai und andere Repräsentanten des nationalistischen Flügels in der Führung der KP Chinas versuchten schon damals, auf die internationalistische Einstellung Moskaus zu spekulieren. Sie suchten nicht allein, möglichst viel Vorteil für Peking herauszuschlagen, sondern auch die Beziehungen zwischen der UdSSR und den USA zu erschweren. Der „Fall von Mukden“ beweist das zur Genüge.

Warum kam es gerade in Mukden, verhältnismäßig nahe der sowjetischen Grenze, zu diesem Zwischenfall? Die Geheimdienste der USA waren doch in anderen chinesischen Großstädten nicht minder rührig. Es bestanden insgesamt 15 amerikanische Konsulate und Handelsvertretungen. Besonders rege betätigten sich mit Diplomatenpässen oder Firmenschildern getarnte Agenten Amerikas in Schanghai, Tientsin, Nanking und Kanton.

Hatte die Führung der KP Chinas vielleicht bloß keine ausreichenden Beweise für die Umtriebe dieser Agenten, weil diese Städte später befreit wurden? Nein, es ist genau bekannt, daß die Sicherheitsorgane der KP Chinas die Guomindangleute und die Amerikaner überall im Land, auch in den von Chang Kai-shek kontrollierten Gebieten, scharf beobachteten, wovon zahlreiche Ausstellungen zu diesem Thema zeugten, die kurz nach dem Sieg der Revolution in ganz China veranstaltet wurden.

Und noch eine Frage: Glaubten Mao und Zhou Enlai, die sich direkt mit den amerikanisch-sowjetischen Beziehungen befassen, vielleicht, der Griff ins Wesennest der US-Agenten sei in Nordostchina am ungefährlichsten, wo die KP Chinas ja ausreichende Truppen für den Fall hatte, daß die USA militärisch vorgehen sollten? Kaum, denn nach der Befreiung der Mandschurei rückte die Nationale Befreiungsarmee (NBACH) zur Befreiung Nordchinas aus und marschierte von dort weiter

nach Süden. In der Mandschurei blieben nur verhältnismäßig wenig Truppen, die gerade ausreichten, die Ordnung aufrechtzuerhalten.

Die Antwort auf alle diese fremdländischen Fragen ist in später bekannt gewordenen Tatsachen zu finden, namentlich in Angaben über die damaligen chinesisch-amerikanischen Kontakte.

Bekannt ist, daß Zhou Enlai nach der Befreiung Pekings über die dort befindlichen amerikanischen Diplomaten und Kundschafter ein Schreiben an die „obersten amerikanischen Behörden“ richtete. In Nanking nahm Huang Hua in Maos Auftrag im Mai 1949, kurz nach der Befreiung der Stadt durch die Vereinte Demokratische Armee, Geheimverbindungen zu US-Botschafter Stuart auf. Er überbrachte ihm eine Einladung zu Verhandlungen nach Peking. Der Vorwand für die Reise in die Hauptstadt sollte ein Besuch der für amerikanisches Geld geleiteten Yanjing-Universität sein.

Unter anderem wollten Mao und sein Anhang vor allem versuchen, Washington zur Änderung seiner Chinapolitik zu bestimmen. Das insgeheime Hofieren Washingtons war von einer offenen Druckausübung auf die USA begleitet. Wissend, wie riskant solche Versuche waren, wollte sich Mao vor eventuellen Gegenschlägen rückversichern. Deshalb hatte er sich für seine Aktion ein Gebiet ausgesucht, das möglichst nahe der sowjetischen Grenze und in unmittelbarer Nähe des sowjetischen Marinestützpunkts Port Arthur lag. Er rechnete darauf, daß die USA dort keine Gelegenheitsnahmen wagen würden und es, falls doch, vielleicht mit den sowjetischen Streitkräften zu tun bekämen. Das paßte durchaus zu der hinterhältigen Strategie Maos, der, wie man jetzt weiß, schon lange darauf ausgegangen war, die UdSSR und die USA aufeinander zu hetzen.

Im „Fall von Mukden“ — einer von vielen Episoden aus der Geschichte der Beziehungen zwischen Peking und Washington — spiegeln sich wie in einem Wassertropfen die außenpolitischen Methoden, für die die Maoisten eine besondere Vorliebe haben. Sie bestehen darin, einerseits zum eigenen Vorteil Konflikte zu stiften, anderseits in der Bereitschaft, sinnlos zu riskieren, statt Streitfragen friedlich zu bereinigen. Leicht abgeändert, werden diese Methoden noch jetzt angewandt. Es ist also begreiflich, warum die Weltöffentlichkeit die amerikanisch-chinesische Allianz mit zunehmender Besorgnis beobachtet, diese Allianz, die für den Weltfrieden und die internationale Stabilität eine greifbare Gefahr darstellt.

DISKUSSION MIT DEM LESER

Ich begreife nicht, warum die UNO trotz aller ihrer Resolutionen Israel nicht zur Räson bringen und veranlassen kann, die besetzten arabischen Gebiete zu räumen.

O. KRUPNOW

Nowosibirsk, RSFSR



Es diskutiert
NZ-Kommentator
Andrej
STEPANOW

Ihr Befremden ist völlig begründet, werter Genosse Krupnow. Leser haben uns schon oft danach gefragt, und wir antworten ihnen, aber offenbar ist es sinnvoll, hier nochmals darauf zurückzukommen.

Tatsächlich ist es die Bestimmung und Pflicht der UNO, die internationale Sicherheit und den Weltfrieden zu gewährleisten, keine Aggressionen und Kriege zuzulassen und zur friedlichen Behebung von Konfliktsituationen beizutragen. Warum ist sie außerstande, eine gerechte Aufhebung der Nahostkrise zu erreichen? Um das zu klären, muß man sich folgendes vor Augen halten.

Der UNO-Sicherheitsrat hat tatsächlich Möglichkeiten, auf Israel einzuwirken. Wichtige Beschlüsse wie solche über die Aufstellung internationaler Kräfte, die imstande wären, den Aggressor an die Kandare zu nehmen, oder über wirtschaftliche und andere Sanktionen können im Rat nur einstimmig von allen seinen ständigen Mitgliedern — der UdSSR, den USA, Großbritannien, Frankreich und der VR China — gefaßt werden. Wie Sie wahrscheinlich wissen, stehen diese Staaten aber ganz verschieden zu Israels Expansionspolitik. Die USA z. B. unterstützen es in jeder Hinsicht: mit Waffen, durch eine ausgiebige wirtschaftliche und finanzielle Hilfe und einem diplomatischen Beistand. Der „Jerusalem Post“ (Israel) zufolge haben die USA Tel Aviv nur in den letzten 10 Jahren Waffen und anderes Heeresgut für 13 Md. Dollar geliefert. Präsident Carter in eigener Person hat er-

klärt: „Ich bin stolz darauf, daß von der Hilfe, die unser Land Israel in den 32 Jahren seines Bestehens geleistet hat, die Hälfte auf die Amtszeit meiner Regierung entfällt.“ In den 32 Jahren hat Israel aber mehrmals die Weltöffentlichkeit herausgefordert, das Völkerrecht mit Füßen getreten und sich über Beschlüsse der UNO hinweggesetzt. Durch die Unterstützung aus Übersee wird Tel Aviv faktisch darin bestärkt. Ohne sie hätte es doch bestimmt nicht so frech Raubzüge in die arabische Welt unternommen können.

Die engen Beziehungen zwischen den USA und Israel reichen, meiner Ansicht nach, weit über den Rahmen von Bündnisbeziehungen hinaus. Das liegt an der organischen Verbundenheit des amerikanischen Monopolkapitals mit der Spalte des internationalen Zionismus und dessen vorgeschobenem Posten Israel. Nicht von ungefähr üben die Zionisten mit starken Hebeln einen Druck auf Washington aus, sowohl über die sogenannte jüdische Lobby als auch durch die kolossalen Spenden proisraelischer Finanzleute und Industrieller für die Regierungspartei. Das jüngste Beispiel dafür ist der kürzliche Wettsstreit der Präsidentschaftsanwärter um die jüdischen Wähler. Beide geizten nicht mit Versprechungen, Tel Aviv in jeder Hinsicht zu unterstützen.

Bei demagogischem Gerede von „Sicherheitsrücksichten“ erschließt sich Israel Schritt für Schritt die besetzten arabischen Gebiete. Es hat dort Wehrdörfer gebaut, hat den Osten Jerusalems annexiert und beabsichtigt, die syrischen Golanhöhen an sich zu reißen. Vor allem aber führt es faktisch

Krieg gegen die UNO-Truppen in Südlibanon.

Und was tun die USA? Sie legen im Sicherheitsrat bei jedem Versuch ihr Veto ein, die frech gewordenen Zionisten zur Ordnung zu rufen. Folglich ist die UNO aus Verschulden der USA außerstande, im Nahostkonflikt ihrer Mission nachzukommen. Das wird aber bestimmt nicht endlos so weitergehen. Die herrschenden Kreise Israels und ihre Gönner stehen weltpolitisch immer isolierter da. Immer mehr Staaten sind der Ansicht, daß eine Nahostregelung nur möglich ist auf der Grundlage einer Zurücknahme der Truppen Israels aus den 1967 besetzten arabischen Gebieten, einer Garantie für die legitimen Rechte des Volks von Palästina einschließlich seines Rechts auf Gründung eines eigenen Staates sowie aufgrund internationaler Sicherheitsgarantien für alle Staaten der Region, auch für Israel. Ich möchte hervorheben, daß das der Standpunkt der UdSSR ist. Immer mehr internationale Anerkennung gewinnt die einzige legitime Vertreterin des palästinensischen Volkes, die PLO, was die kürzliche UNO-Sondertagung überzeugend vor Augen geführt hat. Sie hat mit Stimmenmehrheit nochmals das Recht der Palästinenser bestätigt, sich einen eigenen, unabhängigen Staat zu bilden.

Die grundsätzliche und aktive Einstellung der sozialistischen Staaten zur gerechten Sache der arabischen Völker und die zunehmende Unterstützung dieser Sache durch die Weltöffentlichkeit werden, so glaube ich, schließlich entscheidend dafür sein, daß die UNO ihrer edlen Mission nachkommen kann, den Nahostkonflikt gerecht beizulegen.



Vor kurzem las ich vom Wiener Zentrum für Sozialforschungen. Was ist das?

I. DJAKOW
Gebiet Moskau

Das Europäische Koordinationszentrum für Sozialwissenschaftliche Forschung und Dokumentation (Wiener Zentrum) entstand vor 17 Jahren gemäß einer Resolution der UNESCO-Generalkonferenz.

Seine beiden Hauptaufgaben seit der Gründung sind die Förderung der Zusammenarbeit der Wissenschaftler von Ost und West und Beteiligung an einer Perfektionierung von Theorie und Praxis der Forschungen in verwandten Fächern, die von Wissenschaftlern einzelner Länder Europas betrieben werden.

An der Tätigkeit des Zentrums sind jetzt etwa 200 wissenschaftliche Organisationen aus 35 Ländern beteiligt. Die AdW der UdSSR ist seit 1963 Mitglied. Im Zentrum sind über 20 Forschungsprojekte ausgeführt worden, die wichtigsten im Rahmen der Themen „Das Aussehen der Welt im Jahre 2000“, „Zeitbudgets und Industrialisierung“, „Automation und Industriearbeiter“ und „Richtungen und Tendenzen der kulturellen Entwicklung in der modernen Gesellschaft“.

PS

Wenn sie wüsten



In dem kürzlich in den USA erschienenen Buch „Kartenhäuser: die Reinfälle Amerikas im Nahen Osten“ charakterisiert der Verfasser, Wilbur Eveland, ein ehemaliger Agent der CIA, die Politik Washingtons in dieser Region wie folgt: „Zwischen dem offiziellen Gerede über die Nahostlage und unseren außenpolitischen Schritten besteht nicht einmal eine entfernte Ähnlichkeit... Wir haben diesen Völkern nach wie vor eingeredet, daß wir Amerikaner die besten Freunde der Araber sind. Wenn sie wüsten, wieviel geheuchelte Reden in den USA geschwungen werden und wie viele unserer offiziellen Vertreter erst zur Landkarte greifen müssen, ehe sie in eine Debatte über die Probleme dieser Region eintreten können, dann würden sie das Vertrauen zu den USA endgültig verlieren.“

Lob der Knechtschaft

Als Folge dessen, daß in China die „Bestimmungen zur Belebung der Wirtschaft“ und zur Entwicklung des Privatsektors ausgeführt werden, sei — so das Harbiner Blatt „Heilongjiang ribao“ — dort eine „unwesentliche Ausbeutung“ von Arbeitern festzustellen. Die Zeitung rechtfertigt das folgendermaßen: In allen früheren Formationen — bei der Sklaverei, im Feudalismus und im Kapitalismus — sei

ausgebeutet worden, und das sei „unbedingt notwendig“ gewesen. Die Sklaverei sei zwar die grausamste Ausbeutungsform gewesen, in jener Zeit habe die Gesellschaft jedoch „riesige Fortschritte“ gemacht. Und die Schlußfolgerung? In China müsse man eine „unwesentliche Ausbeutung“ beibehalten, da es für ihre „restlose Abschaffung noch nicht Zeit“ sei.

Galgenhumor

Die Machenschaften der britischen Zeitungskönige haben das Eingehen der größten englischen Abendzeitung, der Londoner „Evening News“, verursacht. Etwa 1750 Angehörige des Personals sind gekündigt worden. Kein Wunder, daß bei der Abschiedsfeier in der Redaktion eher eine Stimmung wie bei einem Begräbnis herrschte. Die Anwesenden tauschten auch bittere Scherze aus. Einer schrieb an einen Lieferwagen, der tags zuvor noch Zeitungen ausgefahren hatte: „Bitte nicht stören, der Fahrer zählt gerade sein Kündigungsgeld.“

Abgespeist



Der Marionetten-Chefminister des südafrikanischen Homelands Qwaqwa, Herr Mopeli, war zu einer Konferenz nach Heilbronn (Oranien-Freistaat) eingeladen. Nach der Konferenz ging er in die Gaststätte eines Hotels, um zu essen, wurde aber als Schwarzer hinausgewiesen — um hier

essen zu können, hätte er sich beizeiten eine Genehmigung der RSA-Regierung besorgen müssen. Heimgekehrt, sagte er enttäuscht: „Die Regierung Botha erklärt ständig, sie entferne sich von der Apartheid!“

Eine naive Dame



Die Bremer Segelkameradschaft „Das Wappen von Bremen“ veranstaltete ein Fest und lud dazu alle ein, die für die Kameradschaft zu spenden pflegen. Da stellte es sich heraus, daß ein Spender eine Spenderin ist, eine Frau Antje, Besitzerin einer kleinen Firma, die regelmäßig 500 DM überweist. Sie teilte schriftlich mit, daß sie zu dem Fest kommen wolle. Eine Frau an einem Herrenabend! Wie schrecklich! Man rief sie an und sagte: „Frauen sind nicht zugelassen. Wenn Sie erscheinen, wird es ein fürchterliches Gelächter geben. Schicken Sie doch Ihren Ehemann oder einen anderen würdigen Vertreter des männlichen Geschlechts.“ Frau Antje war empört: Ihre Spenden werden anstandslos angenommen, aber sie selbst ist unerwünscht.

Berühmte Füße

In Los Angeles weist der Asphalt eines Gehsteigs die Namen vieler Berühmtheiten und die Abdrücke ihrer Hände auf. In New York hat man sich zu Ruhm und Preis von Berühmtheiten etwas Neues ausgedacht: einen Saal berühmter Füße. Die erste Dame, die die Ehre hatte, darin ihren Fußabdruck zurückzulassen, ist die amerikanische Schauspielerin Cyd Charisse. Eröffnet wurde der

Saal von einer Gesellschaft, die Strümpfe erzeugt.

Erloschener Heilgenschein

In Domodossola (Norditalien) stellte das Gericht in einem Entscheid fest, daß die 78jährige Alfonsina Cottini sich zu Unrecht als Wundertärin ausgibt, nämlich dank einer normalen Ernährung einer guten Gesundheit erfreut. Jetzt haben die langjährigen Pilgerfahrten zu ihr ein Ende, die begannen, als sich das Gerücht verbreitete, sie liege schon 12 Jahre in einer „religiösen Verzückung“ und nehme weder Speis noch Trank zu sich.

Auch ein Rekord

Noch nie haben die Bundesbürger soviel Bier, Wein und Schnaps getrunken wie 1979 — das teilt die „Frankfurter Rundschau“ mit. In reinen Alkohol umgerechnet, kamen 12,74 Liter auf den Bundesbürger. Pro Person sind dafür durchschnittlich 635,50 und insgesamt in der BRD 39 Md. DM ausgegeben worden.

Völlig wertlos



Englische Parlamentarier veranstalteten im Unterhaus einen Empfang für eine Delegation von Industriellen aus York. Sie waren so extravagant, die Einladung in Nirostatplättchen gravieren zu lassen. Wie der „Guardian“ schreibt, war es nicht nur sinnlos, dafür Stahl zu verschwenden, sondern diese Einladungen seien überhaupt wertlos gewesen, weil die Nachfrage nach Schrott infolge des Niederganges der Stahlindustrie stark abgenommen habe.

Zeichnungen:
W. Tschakiridis

NEUE ZEIT

на немецком языке

„Aeroflot“ bringt die „Neue Zeit“ prompt in jedes Land

АЭРОФЛОТ

AEROFLOT FÜR IHRE FRACHT



Aeroflot, die größte Fluggesellschaft der Erde, transportiert jährlich Hunderttusende Tonnen Fracht.

Kunden in allen Ländern nehmen ihre Dienste in Anspruch.

Der Frachttransport erfolgt mit allen Linienflugzeugen und mit Frachtcharterflügen.

Ausführliche Informationen über den Fracherverkehr erhalten Sie in jeder Vertretung von Aeroflot sowie in der Zentralen internationalen Agentur von Aeroflot (Moskau, Leningrader Chaussee 29, Telex — 7222, Code — SITA MOWFRSU).

АЭРОФЛОТ
Soviet airlines



INTERNATIONALER FOTOWETTBEWERB

Im Objektiv: PLANET ERDE

Wir beenden hiermit die Veröffentlichung der 1980 zum Wettbewerb eingesandten Fotos und danken allen Teilnehmern. Die von der Jury zu bestimmenden Preisträger teilen wir in einem der ersten Hefte von 1981 mit.



B. Erbow
(UdSSR) —
Söhne des
unbezwungenen
Chiles



Juri Koroljow
(UdSSR) —
Straßenszene
in Neapel



Ernst
Hellner

(DDR) —

Winterspiele



Jaroslav
Hrdý
(CSSR) —
Herbstmorgen



Kim und Fernando Gonçalves
(Australien) —
Friedensmarsch